Rede der Genossin Karin Wagner vor Gericht

1 H 3752 CX

Seite 9

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

Nr. 21 vom 22. Mai 1976 | 10. Jahrgang | 50 Pfennig

Terrorurteile im ROTER-MORGEN-Prozess

1 Jahr und 4 Monate Gefängnis!

Am 13. Mai wurde im Dortmunder Amtsgericht das Urteil im Prozeß gegen den ROTEN MORGEN gefällt: 1 Jahr Gefängnis für den Verleger, Genossen Gernot Schubert, und 4 Monate für die verantwortliche Redakteurin, Genossin Karin Wagner. Beide Strafen wurden auf Bewährung ausgesprochen. Damit endete vorerst der bisher umfangreichste Prozeß gegen das Zentralorgan der KPD/ML. Mit diesem Urteil will die Justiz dem ROTEN MORGEN verbieten zu schreiben, daß politische Gefangene in Gefängnissen der Bundesrepublik durch Isolationshaft gefoltert werden; mit diesem Urteil wird es strafbar, die Bundesrepublik einen „Ausbeuterstaat" zu nennen, von „Kapitalistenklasse", von „angeblicher Demokratie", von „Diktatur der Bourgeoisie" usw. zu sprechen. Es ist ein Schritt zum Verbot der kommunistischen Presse überhaupt. Gegen das Urteil wurde Berufung eingelegt.



Zwei Tage nach der Urteilsverkündung fand in Dortmund eine Demonstration der Partei gegen diese Terrorurteile statt unter der Parole: „Der Kommunismus läßt sich nicht verbieten! Freiheit für den ROTEN MORGEN!" Auf der Veranstaltung am Nachmittag sprach Genosse Gernot Schubert über den Prozeß. Über 500 Menschen nahmen an der Veranstaltung teil. (siehe auch S. 10)

Trotz Niederlage durch 6%-Verrat des IG-Druck-Apparates

Der Druckerstreik hat die Kampfkraft der Arbeiterklasse gestärkt!

Mit dem großen Streik der Druckereiarbeiter ging in der vergangenen Woche ein Kampf zu Ende, der zu den bedeutendsten Kämpfen der Arbeiter Westdeutschlands und Westberlins in den letzten Jahren zählt. Sicher, – an dem unmittelbaren Ergebnis, dem 6%-Lohnraubabschluß, läßt sich das nicht ablesen. Wenn man allein davon ausgeht, welche Lohnerhöhung er den Arbeitern gebracht hat, dann muß man diesen Kampf als Niederlage bezeichnen. Aber diese Betrachtungsweise ist nur einseitig.

Daß die Drucker nach solch machtvollem und hartem Kampf jetzt nur ein halbes Prozent mehr als z. B. die Metaller erhalten, obwohl die Metaller nicht gestreikt haben (abgesehen von einer Reihe Warnstreiks), ist einzig und allein das Ergebnis des niederträchtigen Verrates der Gewerkschaftsbonzen, die den Streik zuerst zu verhindern versucht haben, die dann, als ihnen dies nicht gelang, sich verzweifelt bemühten, die Streikfront zu schwächen (Schwerpunktstreiks), und die dann schließlich, als die Situation für sie günstig war, den Streik abgewürgt haben.

Aber ungeachtet des bitteren Endes, das der Streik genommen hat, und das nur auf das Konto des Gewerkschaftsapparates und der Arbeiterverräter vom Schlage der D„K"P-Revisionisten geht, die die Streikbruchtaktik der Bonzen teils offen, teils versteckt unterstützten, war es ein großartiger Kampf, der den Kapitalisten und ihrem Bonner Staat einen heftigen Schlag versetzte, und der allen Ausbeutern und Reaktionären den Schrecken in die Glieder gejagt hat. Es gibt eben Niederlagen, die im Grunde genommen Siege sind, während umgekehrt manchmal Siege sich in letzter Instanz als Niederlagen erweisen.

Karl Marx und Friedrich Engels, die großen Lehrer und Führer der Arbeiterklasse haben die Arbeiter gelehrt, daß das eigentliche Resultat der Kämpfe des Proletariats, das auf lange Sicht Bestand hat, nicht in dem unmittelbaren Erfolg oder Mißerfolg zu suchen ist, nicht darin, ob man den Kapitalisten nun eine entsprechende Lohnerhöhung abgerungen hat oder nicht. Sicherlich ist dies auch sehr wichtig, und um so besser, konsequenter und machtvoller die Arbeiter einen Kampf führen, um so eher wird im allgemeinen auch eine Forderung durchgesetzt. Aber von viel größerer Bedeutung ist letztlich die Frage, ob ein Streik die Kampfpositionen der Arbeiterklasse gestärkt oder geschwächt hat, ob die Arbeiter aus der Auseinandersetzung im Hinblick auf die zukünftigen Klassenkämpfe gestählt und fester zusammengeschlossen hervorgehen, oder ob umgekehrt die Kapitalistenklasse in der Auseinandersetzung ihre Waffen schärfen konnte.

Der Kampf für bessere Löhne und mehr Rechte ist notwendig. Wenn dabei ein Erfolg errungen wird, ist das sehr gut. Aber die erkämpften Verbesserungen sind im Kapitalismus für uns immer nur etwas Vorübergehendes. Die Kapitalisten sind die herrschende Klasse. Der Staat ist ihr Instrument. Sie stehlen uns Arbeitern auf allen möglichen Wegen stets aufs Neue das, was wir uns mühsam erkämpft haben. Gerade in den vergangenen zwei bis drei Jahren wurden nicht nur unsere Reallöhne durch Teuerung und Inflation abgebaut, sondern der Staat hat auch eine Vielzahl von sogenannten Sozialleistungen unter dem Vorwand von „Sparmaßnahmen" rückgängig gemacht. Deshalb dürfen wir nicht beim Kampf um Verbesserungen innerhalb dieses Systems, beim Kampf um den Groschen und ums Teewasser stehenbleiben, so unerläßlich und notwendig er auch ist. Die Arbeiterklasse muß, um ihre Lage grundlegend zu bessern, und um sich von der Sklaverei des kapi-

Fortsetzung auf S. 4, Spalte 3



In vielen Städten – wie hier in Westberlin – kam es zu Auseinandersetzungen zwischen streikenden Druckern und der Polizei, die die Auslieferung von Zeitungen gewaltsam gegen die Blockade der Arbeiter erzwingen wollte.

Gegen Isolationsfolter und Vernichtungshaft

5 000 gaben Ulrike das letzte Geleit

Zu einer eindrucksvollen Demonstration gegen Isolationsfolter und Vernichtungshaft wurde der Tag des Begräbnisses der Genossin Ulrike Meinhof in Westberlin. 5 000 Menschen gaben der Genossin das letzte Geleit. Im Anschluß an das Begräbnis demonstrierten Tausende durch Westberlin und forderten die sofortige Aufhebung von Isolationsfolter und Vernichtungshaft sowie Freiheit für alle politischen Gefangenen.

Am Grabe der Genossin Meinhof sprachen u.a. Verteidiger von RAF-Gefangenen und ein Angehöriger eines RAF-Gefangenen. Es sprach auch ein Vertreter unserer Partei. In seiner Rede am Grab der Genossin Ulrike Meinhof prangerte er die Isolationsfolter und Vernichtungshaft an. Auf das kämpferische Leben der Genossin Ulrike Meinhof eingehend sagte der Genosse unserer Partei, daß Ulrikes Kampf erfüllt war vom Haß gegen den Kapitalismus und die Bourgeoisie, daß sie für das große Ziel einer Gesellschaft ohne Ausbeutung und Unterdrückung gekämpft habe und daß dieser Kampf weitergehen und siegen werde. Die Partei legte am Grabe der Genossin einen Kranz nieder.

Der Tod von Ulrike Meinhof hat in Deutschland und international Empörung und Proteste ausgelöst. Selbstmord? – Den Tod der Genossin Ulrike Meinhof als Selbstmord hinzustellen ist mehr als zynisch. Dabei kommt es gar nicht darauf an, ob die offizielle Version des „Tod durch Erhängen" zutrifft oder ob man sich den Zweifeln der Verteidiger und Angehörigen an dieser Behauptung der staatlichen Stellen anschließt. So oder so starb Ulrike Meinhof nach jahrelanger Isolationsfolter und durch die Isolationsfolter.

Und diese Tatsache versucht der Staatsapparat zu vertuschen. Da wird von der Staatsanwaltschaft gleich das von der Springer-Presse erfundene „Motiv" dankbar aufgegriffen, Ulrike Meinhof habe sich

Fortsetzung auf S. 7, Spalte 1

AUS DEM INHALT

Wahlparolen von SPD und CDU/CSU

Betrugsparolen für das Volk

Nun hocken sie wieder in den Startlöchern, die Bonner Parteien, um ja nicht zu kurz zu kommen, wenn es bei den Bundestagswahlen im Herbst um die besten Plätze an den Futterkrippen des Kapitals geht. Die Wahlkampagnen der bürgerlichen Parteien, von Werbeagenturen entwickelt und von den Spenden des Großkapitals finanziert, kommen langsam auf Touren.

Leicht erklärlich, daß die SPD dabei vor besonderen Problemen steht: Massenarbeitslosigkeit, Verschlechterung der Lebenslage der Werktätigen, Sozialabgaben erhöht, Benzinpreis über 1 DM getrieben, Gesetze zur Verschärfung der politischen Unterdrückung usw. – das sind alles nicht gerade Wahlkampfknüller. Der Rückzug in scheinradikale Opposition ist der SPD als Regierungspartei naturgemäß versperrt, und so bleibt ihr nur noch die Flucht nach vorn. So wollen die SPD-Wahlkampfstrategen Wirtschaftskrise und Faschisierung als „Modell" verkaufen. Einerseits trommeln sie nach wie vor unverdrossen, daß der Aufschwung nun doch kommt. Andererseits erklären sie verbissen, daß es in anderen Ländern noch mehr Arbeitslose, noch größere Preissteigerungen, noch mehr niedrigere Löhne usw. gebe. Alles nach dem Motto, daß unter den Blinden der Einäugige König ist. Wenn alle kapitalistischen Länder von Krisen geschüttelt werden, dann wird aus dem Land, in dem die Krise sich relativ am schwächsten ausdrückt, gleich ein Modell. Ist das nicht wirklich eine offenherzige Bankrotterklärung des Kapitalismus?

Die Wahlpropaganda der SPD, nach der die Bundesrepublik ein Modell für andere sein soll, hat allerdings auch eine weniger komische Seite. Vor dem Hintergrund der sich häufenden offenen Einmischungsversuche der Bundesregierung in die inneren Verhältnisse der anderen westeuropäischen kapitalistischen Länder erscheint die Losung vom „Modell Bundesrepublik" als eine Neuauflage des chauvinistischen Kampfrufs „Am deutschen Wesen, soll die Welt genesen!" Je mehr die kapitalistische Krise sich vertieft, desto stärker versuchen die Kapitalisten und ihre bürgerlichen Parteien, durch chauvinistische Kraftmeierei von den Schwierigkeiten im Innern abzulenken, desto hemmungsloser betreiben sie wirtschaftliche und politische Expansion als vermeintlichen Ausweg aus der Krise.

„Freiheit oder Sozialismus?" ist die Hauptlosung, mit der die CDU/CSU in den Wahlkampf zieht. So ähnlich war bereits die Stoßrichtung des Wahlkampfes der CDU/CSU beim letzten Bundestagswahlkampf. Auf der einen Seite spekuliert die CDU/CSU darauf, daß nach wie vor viele Menschen, auch viele Werktätige, als Sozialismus das Beispiel der revisionistischen Länder vor Augen haben, in denen ja in Wirklichkeit eine faschistische Diktatur herrscht und in denen für die Werktätigen tatsächlich keine Freiheit besteht. Es ist der moderne Revisionismus, der hier den CDU/CSU-Reaktionären in die Hände spielt, indem er sozialfaschistische Diktaturen als sozialistisch ausgibt, wodurch die Gleichung der CDU/CSU Sozialismus = Unfreiheit für viele Menschen glaubwürdiger wird.

Auf der anderen Seite soll durch diese Parole der Eindruck erweckt werden, die SPD sei eine Partei, die den Sozialismus errichten will und bei der Bundestagswahl könnten die Werktätigen entscheiden, ob sie zukünftig im Kapitalismus oder im Sozialismus leben wollen. Daß die SPD keine Partei des Sozialismus ist, hat sie inzwischen schon mehr als 50 Jahre unter Beweis gestellt. Daß sie heute eine Partei des Monopolkapitals ist wie die CDU/CSU, daran läßt gerade die jetzige Regierung keinen Zweifel. Daß CDU/CSU und SPD letztlich die gleichen Interessen vertreten, nämlich die der Kapitalisten, davon zeugt u.a. die Tatsache, daß über 90% der Gesetze in der laufenden Legislaturperiode bislang von allen drei Bonner Parteien gemeinsam verabschiedet wurden, wenn auch häufig erst nach großen Redeschlachten. Kapitalismus oder Sozialismus – diese Alternative steht im Herbst nicht zur Wahl, diese Entscheidung wird nicht in den Wahlkabinen, sondern auf den Barrikaden kommender Klassenschlachten entschieden. Die Wahl, die wir im Herbst haben, das ist die Wahl zwischen den Parteien der Kapitalistenklasse, die Wahl zwischen Ausbeutung und Ausbeutung, zwischen Unterdrückung und Unterdrückung.

Solidaritätsadressen an den ROTEN MORGEN

Viele Protestresolutionen und Solidaritätsadressen sind bereits an die KPD/ML und an den ROTEN MORGEN aus Anlaß des Prozesses gegen den bisherigen Verleger des ROTEN MORGEN, Genossen Gernot Schubert, und die zeitweilige Redakteurin, Genossin Karin Wagner, gesandt worden.

So veröffentlichte die Redaktion der „Roten Fahne", Zentralorgan der GRF (KPD), eine Solidaritätsadresse an den ROTEN MORGEN. Solidaritätsadressen an die Partei richteten auch das Regionalkomitee NRW der GRF (KPD) und der Landesverband der Roten Hilfe e. V. Der Iranische Studentenverein Bochum-Dortmund, Mitglied der CISNU, übersandte ebenfalls eine Solidaritätsadresse. In Hamburg verabschiedeten am 15. Mai auf einer Veranstaltung der Afghanischen Studentenvereinigung 250 bis 300 Teilnehmer eine Protestresolution. Von der Redaktion der Radio-Tirana-Hefte sowie von der Gesellschaft für die Verbreitung des wissenschaftlichen Sozialismus erreichten uns ebenfalls Solidaritätsschreiben. Eine Protestresolution unterzeichnete der Trikont-Verlag, München. Der Fachschaftsrat Germanistik der Joh.-Gutenberg-Universität Mainz verabschiedete am 4. Mai eine Protestresolution.

Protestresolutionen und Solidaritätsadressen sandten an den ROTEN MORGEN und an die Genossen Gernot Schubert und Karin Wagner auch Landesverbände, viele Ortsgruppen und Zellen der KPD/ML. Auf vielen Veranstaltungen der Partei zum Roten 1. Mai sowie zum Prozeß gegen den ROTEN MORGEN wurden Protestresolutionen verabschiedet. Eine Protestresolution erreichte uns auch von einer Veranstaltung des KBW in Preetz.

Verschiedene Persönlichkeiten unterzeichneten gegen den Prozeß gegen den ROTEN MORGEN Protestresolutionen. Unter anderen: Prof. Dr. Gerhard Bauer, Westberlin; Dr. Hans Christian Buch, Schriftsteller, Westberlin; Ingeborg Drewitz, Schriftstellerin, Westberlin; Dr. Ernst Klusen, Regisseur, Düsseldorf; Helmut Lechner, Ingenieur, Westberlin, Helmut Scharaika, Redakteur, Bochum; und andere. Unter anderem sandte uns auch ein Gerichtsreferendar aus Westberlin eine Protesterklärung.

Bundeshaushalt 1976

Ein Klassenbudget für die Bourgeoisie

In der vergangenen Woche hat der Bundestag den neuen Staatshaushalt für das Jahr 1976 debattiert. Mit Ausgaben von insgesamt 164 Milliarden DM hat der diesjährige Haushalt eine neue Rekordhöhe erreicht.

Aber für die Werktätigen unseres Landes bedeutet diese Riesensumme die Aufbürdung noch größerer Lasten, die beträchtliche Erhöhung der Mittel für ihre Niederhaltung, sie bedeutet die Steigerung der Ausgaben für die Aufrüstung und Vorbereitung auf einen neuen imperialistischen Krieg und schafft den Monopolen eine Quelle zusätzlicher Bereicherung

Betrachten wir die Sache im einzelnen.

Im Bundestag waren sich alle Parteien darüber einig, daß die Ausgaben für „soziale Zwecke", für die „Volksbildung" usw. noch weiter gekürzt werden sollen. Bezeichnenderweise hatte es schon im Bericht des Haushaltsausschusses geheißen, „... daß Kürzungen vorzugsweise im konsumtiven und nicht im investiven Bereich" vorgenommen werden. Konkret heißt das z.B.: Verminderung der Ausbildungsförderung und des Wohngeldes, Streichung eines Zuschusses von 1,6 Milliarden DM an die Bundesanstalt für Arbeit usw. usf. Gleichzeitig aber plant die Bundesregierung noch mehr Geld aus den Werktätigen herauszupressen. Deshalb ihr Plan, die Mehrwertsteuer um 2 auf 13% zu erhöhen. Bezahlen werden dies die Werktätigen mit neuen Preissteigerungen. Den gleichen Effekt wird auch die Rekordverschuldung des Bundes von 33 Mrd. DM haben. Die Kredite, die jetzt aufgenommen werden, um dieses Loch zu stopfen, werden unweigerlich zu neuen Steuererhöhungen und anderen Lasten für die breiten Massen führen. Die Bourgeoisie finanziert ihren Staatshaushalt zum allergrößten Teil durch die direkten und indirekten Steuern, durch die Ausplünderung der Werktätigen also. Im Haushalt dieses Jahres beträgt diese Summe ca. 127 Mrd. DM.

Die Bourgeoisie verwendet den größten Teil der riesigen Summe von 164 Mrd. DM, um ihren Staatsapparat auszubauen und zu vervollkommnen, um die Faschisierung und die Aufrüstung gegen das Volk voranzutreiben, schließlich, um sich an der Seite der amerikanischen Imperialisten auf einen neuen imperialistischen Weltkrieg vorzubereiten, in dem sie auch ihre eigenen aggressiven und expansiven Ziele zu verwirklichen hofft. So ist es kein Zufall, daß der Militärhaushalt in diesem Jahr die Summe von fast 32 Mrd. DM erreicht. Rechnet man die Kosten für die amerikanischen und anderen ausländischen Besatzer dazu, die Ausgaben für die „zivile Verteidigung" und den Etat des Ministeriums für Forschung und Technologie und zahlreiche andere, in verschiedenen Einzeltiteln versteckten militärischen Ausgaben, kommt man auf eine Summe, die bei über 45 Mrd. DM liegt. Das macht fast ein Drittel des gesamten Haushaltsvolumens aus. Ähnlich verhält es sich mit den Ausgaben für die Organe der bürgerlichen Klassenjustiz, die Spitzeldienste der westdeutschen Imperialisten, den Bundesgrenzschutz, das Bundeskriminalamt usw. Dafür werden, allein nach den offiziellen Zahlen, fast 2 Mrd. DM ausgegeben, wobei zu berücksichtigen ist, daß das nur ein verschwindender Bruchteil der Summe ist, die die Bundesländer für diese Zwecke ausgeben.

Ein anderer, wesentlicher Teil des Bundeshaushaltes fließt direkt in die Taschen der Monopole. Es handelt sich hier um die direkten und indirekten Subventionen, um die Investitionsaufträge, die der Bund an die Monopole vergibt. Den offiziellen Zahlen zufolge, beträgt die Summe, die dafür in diesem Jahr ausgegeben werden soll, fast 37 Mrd. DM. **Zählt man dazu noch die Kosten für die gesamte Bürokratie in der Höhe von 33 Mrd. DM, so ergibt sich, daß weit über 2/3 des Haushalts entweder direkt den Monopolen in den Rachen geworfen oder zur Niederhaltung der Volksmassen und zur Vorbereitung neuer Kriege verwendet wird.**

Der Staatshaushalt eines kapitalistischen Landes ist „ein Klassenbudget, ein Budget für die Bourgeoisie", wie Karl Marx feststellte und damit auch den Bundeshaushalt dieses Jahres kennzeichnete.

Parlament als Schwatzbude bezeichnet

Prozess gegen Ernst Aust und Gernot Schubert

Am 21. Mai findet in Hamburg der Berufungsprozeß der Genossen Ernst Aust und Gernot Schubert gegen das Urteil der bürgerlichen Klassenjustiz gegen den ROTEN MORGEN Nr. 23/1973 statt.

Genosse Ernst Aust, damals verantwortlicher Redakteur des ROTEN MORGEN, und Genosse Gernot Schubert, damals Verleger des ROTEN MORGEN, waren von der bürgerlichen Klassenjustiz zu einer Geldstrafe von 2 000 bzw. 1 500 DM verurteilt worden. Das Gericht besaß außerdem die Unverschämtheit anzuordnen, daß das Urteil im ROTEN MORGEN abgedruckt werden soll.

Worum geht es in diesem Prozeß?

Auf dem Höhepunkt der Bestechungsaffären Steiner und Wienand schrieb der ROTE MORGEN damals unter der Überschrift „Bonner Parlamentarier – korrupt bis auf die Knochen", daß „in diesem Parlament nicht Vertreter des Volkes sitzen, sondern Huren des Kapitals", und daß die parlamentarische „Schwatzbude" nichts anderes verdient, als durch den Kampf der Massen auseinandergejagt zu werden. Diese klaren marxistisch-leninistischen Feststellungen haben offenbar die Bonner Parlamentarier so getroffen, daß die Bundestagspräsidentin Renger Strafantrag stellte.

Die Bourgeoisie will mit Hilfe ihrer Gerichte die Verbreitung der Wahrheit über das bürgerliche Parlament unterdrücken, weil sie die Verbreitung dieser Wahrheit fürchtet. In seiner Rede, die Genosse Ernst Aust 1974 unmittelbar vor dem Prozeß gehalten hat, führt er aus: „Klar, daß sie sich getroffen fühlen, wenn wir die Korruptheit, die Bestechlichkeit ihrer sogenannten ‚Volksvertreter' entlarven, wie sie in der Steiner-, der Wienand- und diverser anderer Affären, wie sie in der Praxis der sogenannten ‚Beraterverträge' zum Ausdruck kommen. Wie recht hatte doch Lenin, wie treffend auch für heute, als er sagte: **‚Andererseits hat die ganze Geschichte der bürgerlichen Demokratie die Parlamentstribüne, besonders in den fortgeschrittenen Ländern, zum hauptsächlichsten oder zu einem hauptsächlichen Tummelplatz für unerhörte Gaunereien, finanzielle oder politische Betrügereien am Volk, für Karrierismus, Heuchelei und Unterdrückung der Werktätigen gemacht. Daher ist der glühende Haß der besten Vertreter des revolutionären Proletariats gegen die Parlamente völlig berechtigt.'** "

Die Feststellungen, die Lenin über den Parlamentarismus getroffen hat, wo er z.B. sagt: **„Man sehe sich ein beliebiges parlamentarisch regiertes Land an ...: die eigentlichen ‚Staats'geschäfte werden hinter den Kulissen abgewickelt und von den Departments, Kanzleien und Stäben verrichtet. In den Parlamenten wird nur geschwatzt, speziell zu dem Zweck, das ‚niedere Volk' hinters Licht zu führen"**, sind prinzipielle, programmatische Feststellungen des Marxismus-Leninismus, die auch heute ihre volle Gültigkeit behalten haben. Hinter der demokratischen Fassade des Parlaments versteckt sich die Diktatur der Bourgeoisie, die Diktatur eines kleinen Häufleins von Ausbeutern über Millionen Werktätige. Die Bourgeoisie und ihre Lakaien, die modernen Revisionisten der D„K"P versuchen, gerade diese Tatsache zu vertuschen, wobei die modernen Revisionisten sogar so weit gehen, zu behaupten, der Sozialismus könne auf dem parlamentarischen Weg eingeführt werden. **Die Bourgeoisie greift uns mit Hilfe ihrer Gerichte an, weil wir den unterdrückten und ausgebeuteten werktätigen Massen sagen, daß sie sich von Unterdrückung und Ausbeutung nur befreien können durch die sozialistische Revolution, durch die Auseinanderjagung des bürgerlichen Parlaments, die Vernichtung des bürgerlichen Staatsapparates und die Errichtung der Diktatur des Proletariats, die, wie Lenin sagte, millionenfach demokratischer ist als jede noch so „demokratische" Republik.**

Kurz berichtet

RENDSBURG

Am 26. 4. fand in Rendsburg ein Treff der ROTEN GARDE zur Vorbereitung des Roten 1. Mai statt. Es war die erste öffentliche Veranstaltung der ROTEN GARDE in Rendsburg. 30 Sympathisanten, Freunde und Genossen waren gekommen, so daß der Raum kaum ausreichte. Nach einer Rede über die Bedeutung des Roten 1. Mai und der Verlesung einer Grußadresse des KJVD kam es zu einer lebhaften Diskussion. Sympathisanten der ROTEN GARDE trugen anschließend revolutionäre Lieder und ein Gedicht vor. Zum Abschluß wurde der Film über den Kampf für die Einbürgerung des Genossen Sascha Haschemi gezeigt. Die Genossen aus Rendsburg schreiben: „Diese Veranstaltung hat uns großen Auftrieb gegeben und wir werden die weitere Arbeit mit neuem Schwung anpacken."

WESTBERLIN

Am Abend des 1. Mai veranstaltete der Bezirk Nord der KPD/ML, Sektion Westberlin, ein Rotes Maifest. Die Genossen hatten dazu auf dem Tegeler See im Norden Berlins ein Schiff gemietet. Zuerst war ein Schiff mit 120 Plätzen gemietet worden, doch die Genossen sahen schon bald, daß das Interesse so groß war, daß sie ein Schiff mit 200 Plätzen mieteten. Das Ergebnis war hervorragend. Die 200 Eintrittskarten waren alle verkauft, und darüber hinaus waren noch einige Kollegen und Freunde ohne Eintrittskarten gekommen. Mehrere Kollegen waren zum ersten Mal zu einer Veranstaltung der Partei gekommen. Von Anfang an herrschte auf dem Schiff eine begeisternde Stimmung. Nachdem das Schiff abgelegt hatte, wurde von einem Beauftragten der Bezirksleitung Nord eine Begrüßungsrede gehalten. Im Anschluß daran wurde von ihm eingegangen auf die Erfolge und auch die Fehler bei der Arbeit im Bezirk während des letzten Jahres. Es wurde allen Genossen und Freunden für die Unterstützung der Partei gedankt. Es folgte ein Kulturprogramm, das aus vielen Einzelbeiträgen bestand, die Genossen der Partei und der ROTEN GARDE vorbereitet hatten. Mehrere iranische Genossen trugen iranische Lieder vor. Auch eine griechische Genossin trug zwei Lieder aus ihrer Heimat vor, darunter eins über die Befreiung der Frau. Nach den Beiträgen wurde nach deutscher, albanischer, jugoslawischer und griechischer Volksmusik getanzt. Durch eine Tombola und eine Versteigerung wurden 780 DM für den ROTEN MORGEN gesammelt.

DARMSTADT

In einer herzlichen und kämpferischen Atmosphäre verlief die Veranstaltung zum Roten 1. Mai in Darmstadt. Über 50 Kollegen und Genossen waren gekommen. Zum ersten Mal trat der Agit-Prop-Trupp der Darmstädter ROTEN GARDE auf, der alle Anwesenden begeisterte. Auf der Veranstaltung bekamen die Genossen von der ROTEN GARDE Bergstraße und vom KSB/ML an der Technischen Hochschule ein Geschenk überreicht für ihre erfolgreiche Arbeit. Eine Spendensammlung und eine anschließende Versteigerung zugunsten des ROTEN MORGEN erbrachten über 460 DM. Ein Genosse der Liga gegen den Imperialismus verlas eine Grußadresse.

BERICHTIGUNG

Im RM 21/76 berichteten wir auf Seite 8 über den 1. Mai in aller Welt, darunter auch über eine Veranstaltung der Kommunistischen Partei Britanniens/Marxisten-Leninisten. Im Text hieß es fälschlicherweise „KP Englands/Marxisten-Leninisten".



HERAUSGEBER: ZK DER KPD/ML

Verlag G. Schneider, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Bestellungen an Vertrieb 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26. Postscheckkonto Dortmund Nr. 236 00 — 465. Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 004 911 (Verlag G. Schneider). Telefon: 0231/43 36 91 und 43 36 92. Verantwortlicher Redakteur: Renate Bäthies, Hamburg Druck: Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund Erscheinungsweise: wöchentlich samstags, mit monatlicher Jugendbeilage „Die Rote Garde". Einzelpreis 50 Pfennig. Abonnement: 30,-- DM für 1 Jahr, 15,--1/2 Jahr. Die jeweilige Abonnementsgebühr ist im voraus auf eines unserer o.a. Konten zu überweisen. Das Abonnement verlängert sich jeweils um die entsprechende Laufzeit, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird. Ausgenommen sind Geschenkabonnements.

Bericht über die Entwicklung der DDR

Am Klassenkampf festhalten!

In den letzten Ausgaben des ROTEN MORGEN haben wir bereits drei Folgen eines Berichts abgedruckt, in dem eine Genossin ihre Erfahrungen schildert, die sie in der DDR gemacht hat, als diese noch sozialistisch war.

Immer wieder werden wir von Kollegen gefragt, wie es möglich war, daß ein sozialistischer Staat wie die DDR zu einem kapitalistischen, sozialfaschistischen Staat werden konnte. Der Bericht unserer Genossin, die Mitglied der SED, der FDJ und der Volkspolizei war, zeigt anhand konkreter Beispiele, wie sich bereits vor dem konterrevolutionären Putsch der Ulbricht-Clique falsche, bürgerliche Erscheinungen breit machten, wie diese zunahmen und wie dort schließlich erneut die Diktatur der Bourgeoisie herrscht. Diese Erfahrungen aus der DDR lassen uns verstehen, warum es so wichtig ist, auch unter den Bedingungen der Diktatur des Proletariats den Klassenkampf gegen die Bourgeoisie weiterzuführen, um eine erneute Machtergreifung der Kapitalisten zu verhindern.

Neben dem absoluten Mangel an Selbstkritik bei der SED-Führung war ein entscheidender Fehler, der sich wie ein roter Faden durch die Politik der Partei hindurchzog, das mangelnde Vertrauen in die Massen und damit verbunden die Anwendung der Methode des Administrierens. Z. B. wurde Ende der fünfziger Jahre in der DDR in einer Kampagne die vollständige Kollektivierung der Landwirtschaft durchgeführt. An und für sich eine gute Sache. Doch wie man dabei vorging, wie man anstatt zu überzeugen, Methoden des Drucks und der Erpressung anwandte, erfuhr ich von einem SED-Genossen, der an dieser Kampagne beteiligt war. Wen wundert es, daß wieder einmal die Zahl der Republikflüchtigen anstieg, nur waren es diesmal keine Gutsbesitzer und Großbauern, die die DDR verließen, sondern Klein- und Mittelbauern. Andererseits, dort, wo es notwendig gewesen wäre, Druck auszuüben, gegenüber dem Klassengegner, gegenüber korrupten, karrieristischen, feindlichen und anderen üblen Elementen verhielt man sich liberalistisch, blies man bürgerlichen Kapazitäten, Ärzten, Wissenschaftlern, Technokraten etc. Zucker in den Hintern, um diese „wertvollen Menschen" ja nicht zu verlieren. Sollten die Arbeiter schuften, damit die Manfred von Ardenne, Karl Eduard von Schnitzler, Karl Friedrich Kaul usw. ihr Luxusleben führen konnten.

Es war nicht leicht. Natürlich traten wir bei unseren Besuchen als Kommunisten auf, suchten Kontakt mit der Bevölkerung, besuchten Versammlungen und sprachen auf diesen. Natürlich verteidigten wir die Republik und immer kam es zu Widersprüchen zwischen Theorie und Praxis. Ich möchte versuchen, es an einem Beispiel zu erläutern: Einmal hatte man an unserem Wagen die Luft aus den Reifen gelassen, ein anderes Mal riefen nachts junge Leute vor meinem Elternhaus „Kommunistenschweine". Wir sind nicht zur Polizei gegangen, sondern haben diese jungen Leute ausfindig gemacht. Dabei stellte sich heraus, daß ein 22jähriger dabei war, der wegen angeblicher faschistischer Handlungen mehrere Jahre gesessen hatte. Beileibe war dieser junge Kollege keine Faschist. Er machte noch nicht einmal die westliche Mode mit, die bei vielen FDJlern schon gang und gäbe war. Er war ein ganz normaler Jungarbeiter. Er brachte noch mehrere junge Kollegen mit und wir haben die ganzen Differenzen ausdiskutiert und ein gutes Verhältnis zu ihm hergestellt. Dabei haben beide Seiten gelernt. Wir verloren, durch die konkreten Fakten und Beispiele, die uns die jungen Arbeiter aus der Praxis in den Betrieben, aus ihrem Leben brachten, die meisten Illusionen über den „Arbeiter- und Bauernstaat" DDR, sie lernten, daß Kommunismus nicht gleich Kommunismus ist. Später sagten sie oft: „Ja, wenn hier die Kommunisten so wären wie ihr, dann wären wir auch Kommunisten."

Inzwischen hatten wir auch näheres über die Differenzen in der internationalen kommunistischen und Arbeiterbewegung erfahren. Die Polemik zur Generallinie der kommunistischen Partei war in deutscher Sprache erschienen und wir begannen die Entwicklung in der DDR kritischer zu betrachten. Wenn ich auch schon viele Illusionen verloren hatte, eines aber wollte ich immer noch nicht glauben, daß man Arbeiter wegen oppositioneller Äußerungen bzw. Lapalien so einfach ins Zuchthaus bzw. Gefängnis bringt. Später mußte ich es dann selbst erfahren und zwar in meiner Familie.

Vor 10 Jahren, 1966, passierte folgendes. Mein Bruder, damals 33, Arbeiter auf einer Schiffswerft in Köpenik, mehrfacher Aktivist, freiwillig bei der Betriebsfeuerwehr, keinesfalls ein Gegner des Sozialismus, der DDR, kommt eines Tages von einem Fußballspiel. Seine Mannschaft, in der er spielt, hat gewonnen. Man hatte anschließend in der Sportlerklause wie üblich noch einen gebechert. Offensichtlich etwas zuviel. Auf dem Nachhauseweg, im Bus, beim Lösen seines Fahrscheins kommt nicht nur einer aus dem Automat, sondern fortlaufend die ganze Rolle. In Bierlaune verteilt er sie unter die Fahrgäste. Der Busfahrer will daraufhin einen bestimmten Betrag von ihm, den zu zahlen er auch bereit ist. Daraufhin mischt sich ein anwesender Volkspolizist ein. Der Bus wird gestoppt, ein Streifenwagen geholt, mein Bruder festgenommen. Dabei soll er angeblich abfällige Äußerungen über Walter Ulbricht gemacht haben.

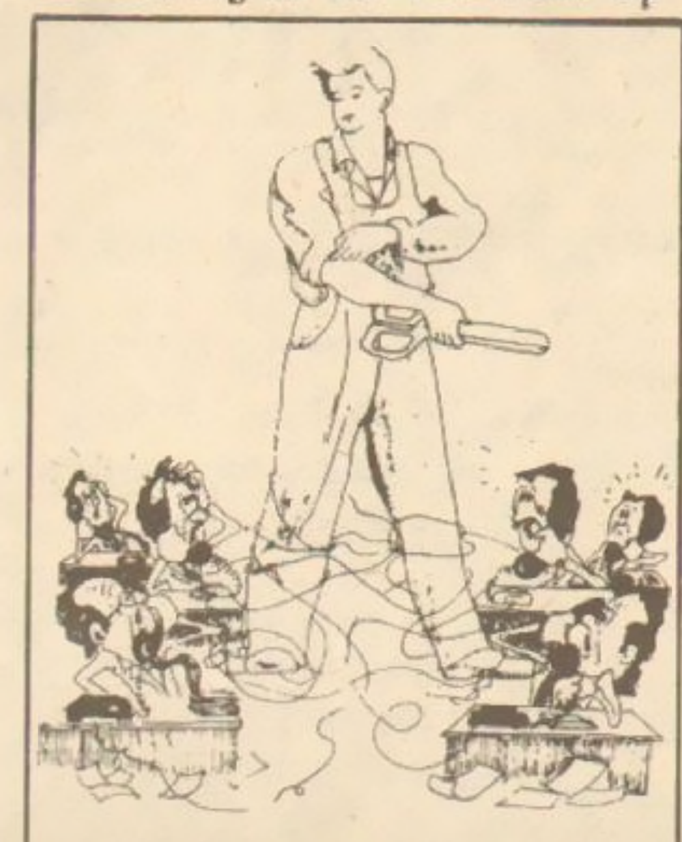
Erst drei Tage später, anläßlich einer Hausdurchsuchung, erhält meine Mutter über die Verhaftung Bescheid. Kurz darauf war ich bei dem zuständigen Untersuchungsrichter in Berlin-Lichtenberg. Es war eine Frau, die auf unseren Einwand, mein Bruder sei doch betrunken gewesen (2,2 Promille, wie man festgestellt hatte), sagte: „Ja, aber auch wenn man betrunken ist, darf man den Staatsratsvorsitzenden nicht beleidigen", dann aber fügte sie hinzu, „wissen Sie, es ist wahr, wir sprechen hier zwar von Makarenko, aber wir handeln nicht danach. Ich kann in dieser Sache auch nichts machen." Das war die Situation. Normalerweise, im Sozialismus, wäre ein solcher Fall am nächsten Tag im Betrieb im Kollektiv diskutiert worden und er hätte einen Verweis erhalten und wenn es öfter passiert wäre, hätte man Erziehungsmaßnahmen eingeleitet, aber hier . . . Abgesehen davon, daß man zu diesem Zeitpunkt Ulbricht schon gar nicht mehr beleidigen konnte.

Später kam es dann zum Prozeß, an dem mein Bruder mit Handschellen gefesselt teilnehmen mußte. Von den vier befragten Polizisten vermochten sich drei nicht zu erinnern, nur der eine, der aus dem Bus vermeinte etwas von „Ulbricht" gehört zu haben. Die Strafe: ein Jahr Gefängnis ohne Bewährung. Ich habe ihn später im Gefängnis in Rummelsburg besucht und war schockiert über die Menschen, die dort wie ich warteten. Eine lange Schlange war vor mir. Alte Männer und Frauen, die ihre Kinder besuchen wollten, junge Frauen mit Kindern, die ihren Männern Wäsche bringen wollten. Und ausschließlich alles Arbeiter. Hier konnte man sehen, wie sich die Diktatur des Proletariats in eine faschistische Diktatur gegen das Proletariat verwandelt hatte. Fast alle Politischen, die hier saßen, hatten sich in irgendeiner Form gegen Ungerechtigkeiten und Unterdrückung gewehrt. Manchmal hatte schon eine einfache Kritik ausgereicht, sie hinter Gitter zu bringen. Staatsgefährdende Hetze heißt das dann. Bei den Bonzen aber, den Schiebern im großen Stil, den Veruntreuern von „Staatseigentum" muß es schon hart kommen und nicht mehr zu vertuschen sein, ehe man sie zur Verantwortung zieht. Dafür gibt es zahlreiche Beispiele.

Dies sind nur einige Beispiele aus der Entwicklung der DDR, die ich persönlich erlebte. Leider habe ich seit 1968 die Entwicklung nicht mehr selbst verfolgen können, da die Partei in Westdeutschland wußte, daß ich im Gegensatz zu den Verrätern der Reimann und Co. meiner Weltanschauung, dem Marxismus-Leninismus treu geblieben war. Natürlich meldete man das nach drüben. Meine Mutter selbst, die 1968 verstarb, warnte mich. Der Stasi (Staatssicherheitsdienst) hatte sie aufgesucht und sich über mich erkundigt. Ältere KPD-Leute, die ich manchmal noch treffe und mit denen ich über die revisionistische Entartung der DDR diskutiere, geben mir zum Teil recht, doch einige meinen auch, das mag ja stimmen, aber du mußt auch sehen, die DDR ist ja erst noch in der Entwicklung. Das sind Übergangsschwierigkeiten.

Nur dauern diese sogenannten Übergangsschwierigkeiten immerhin schon 30 Jahre. Seit Gründung der SED sind 30 Jahre vergangen. Ich war damals nach Kriegsende 10 Jahre alt, also schon für den Aufbau der DDR die neue Generation, die politisch erzogen wurde. Die Generation, die damals geboren wurde, ist inzwischen auch bereits schon wieder 30 Jahre alt usw. Man sollte also glauben, daß inzwischen eine Generation neuer, im Geiste des Sozialismus erzogener Menschen herangewachsen sei. Daß dies nicht der Fall ist, davon kann sich jeder überzeugen, der die DDR von heute kennt. Die Jugend: die gleiche Ami-Kultur wie hier. Die Alteren: Konsumdenken, wann komm' ich zu meinem Trabant, meinem Wartburg etc. Zwar bekennen sich viele in Worten zu „ihrem Staat" und sind in der SED. Aber warum? Weil das nützlich ist und die Karriere fördert. Vergleicht man die Entwicklung der DDR mit der des sozialistischen Albaniens, dann sieht man den krassen Unterschied. Hier Restauration des Kapitalismus, dort Aufbau des Sozialismus. Und niemand soll kommen und sagen: „Ja die Albaner hatten es auch leichter, ihr Land war nicht, wie die DDR, von sowjetischen Truppen besetzt." Sicher spielen die äußeren Bedingungen eine Rolle, entscheidend aber sind die inneren. Im übrigen hatte es Albanien viel schwerer seine Unabhängigkeit zu wahren. Wesentlich stärker als die DDR, die 1960 schon ein hochindustrialisierter Staat war, war Albanien als Agrarland von Einfuhren abhängig.

Der Unterschied war eben der, daß Albanien in seiner Partei der Arbeit, mit dem Genossen Enver an der Spitze, eine im Kampf geborene, im Kampf gestählte prinzipienfeste marxistisch-leninistische Partei hatte und hat, während in der SED von Anfang an der Wurm des Opportunismus, des Revisionismus viel stärker war. Um so notwendiger wäre die ideologische Ausrichtung, die strikte Anwendung des demokratischen Zentralismus, des Prinzips von Kritik und Selbstkritik, des prinzipienfesten Kampfes gegen alle opportunistischen Tendenzen gewesen. Der Unterschied ist der, daß in Albanien von Anfang an eine unverbrüchliche Einheit von Partei, Klasse und Massen bestand, in der DDR sich die Spaltung zwischen Partei, Regierung und dem Volk ständig vergrößerte.



Diese Karikatur stammt aus der satirischen Zeitschrift „Hosteni" aus Albanien und ist betitelt: „Wenn die Arbeiterklasse die Ärmel hochkrempelt." Und man könnte hinzufügen: . . . gerät die Bürokratie in Panik. Die Karikatur ist Ausdruck davon, wie im wahrhaft sozialistischen Albanien unter der Führung der Partei der Arbeit Albaniens konsequent der Kampf gegen alle bürgerlichen Erscheinungen geführt und die Herrschaft der Arbeiterklasse ständig gefestigt und gestärkt wird.

Ich kann diese Entwicklung auch an mir selbst vollziehen. Obwohl ich in der DDR damals noch relativ politisch korrekt erzogen wurde, obwohl ich auch politische Schulen besuchte und immer politisch aktiv war, so muß ich doch sagen, erst in unserer Partei, der KPD/ML habe ich mich tatsächlich weiterentwikkelt, hat sich mein Bewußtsein von der Notwendigkeit der Führung des Kampfes zweier Linien, des Kampfes gegen jedwede ob „linke" oder rechte, Abweichungen, wobei die rechte, die revisionistische die gefährlichere ist, erhöht. Obwohl unsere Partei heute im Vergleich mit der SPD und D„K"P noch relativ klein ist, ist absolut sicher, daß wir durch unsere politisch korrekte Linie in der Perspektive die Massen gewinnen werden, ist sicher, daß sich auch die Arbeiterklasse der DDR unter der Führung der Partei von ihren in- und ausländischen Unterdrückern befreien wird.

Waltraud Aust

DDR-Reichsbahn in Westberlin

Die SEW fürchtet den "Roten Reichsbahner"

Korrespondenz. Am Freitag früh, den 23. April, wurde die erste Ausgabe der Betriebszeitung „Der Rote Reichsbahner" vor allen größeren Werkstätten der Reichsbahn in Westberlin verteilt. Die Reichsbahn gehört der DDR, und in Westberlin sind es vor allem SEW-Bonzen, die den Betrieb leiten. „Der Rote Reichsbahner" wird herausgegeben von den Marxisten-Leninisten in der SEW, die mit der KPD/ML sympathisieren. Sie haben einen klaren Trennungsstrich zur SEW gezogen und rufen zu ihrer Zerschlagung auf.

Da sie ihre Zeitung nicht selbst offen verteilen können, haben wir sie dabei unterstützt. Wie stark die SEW-Revisionisten durch diesen Kampf auch innerhalb ihrer eigenen Reihen getroffen sind, zeigt unsere Erfahrung beim Verteilen der ersten Ausgabe der Betriebszeitung.

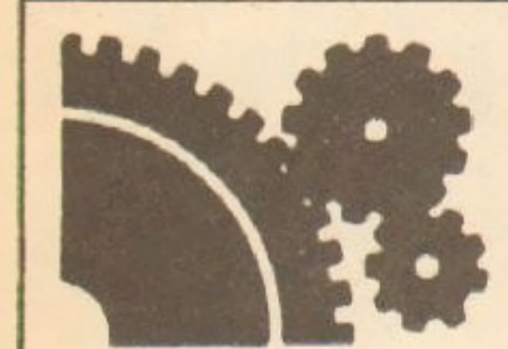
Wir waren zu zweit beim S-Bahnhof Lehrter Straße. Hier ist eine Werkstatt für den Hochbau der Reichsbahn. Um 7.30 Uhr fingen wir an zu verteilen. Einige Kollegen gingen gerade von der Arbeit nach Hause, einige kamen zur Arbeit, andere machten gerade Pause. Es waren insgesamt nicht sehr viele. Die einfachen Kollegen nahmen sehr interessiert die Zeitung.

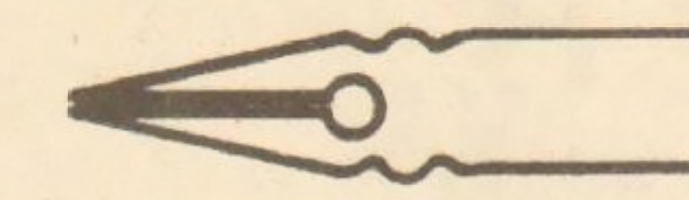
Kaum aber hatten wir die ersten Exemplare verteilt, kam schon einer mit dem SEW-Abzeichen am Jacket aus dem Gebäude. Er versuchte uns zu bequatschen: Die Kollegen würden sich doch gar nicht dafür interessieren, wir wüßten doch gar nichts über die Reichsbahn. Schließlich sei das doch ein sozialistischer Betrieb und ganz anders als ein kapitalistischer Betrieb. Vor allem würde bei ihnen auf den Betriebsversammlungen alles diskutiert werden und jeder könne seine Meinung sagen. Es gäbe auch solche, die so denken wie wir, aber die hätten keine Argumente. Als wir uns von seinem Gerede nicht beeindrucken ließen, ging er wieder hinein und rief uns noch zu, wir sollten lieber nicht stehenbleiben, denn die anderen würden mit uns nicht so lange diskutieren.

Wir verteilten weiter die Zeitungen. Ein Kollege wollte sogar gleich zwei mitnehmen. Doch es verging keine Minute, und einem angestochenen Wespennest gleich strömten aus dem Gebäude 7 bis 8 Mann. Drei kamen heraus zu uns, versuchten uns die Zeitungen zu entreißen und begannen, als wir uns wehrten, auf uns einzuschlagen. Es gelang ihnen, einen Teil der Zeitungen zu bekommen. Wir entlarvten laut ihr Vorgehen als Sozialfaschisten. Da in der Nähe vier Kollegen bei ihrem Auto standen und das Vorgehen der SEW-Typen verfolgten, zogen diese sich vorerst zurück. Sie warteten, bis die Kollegen abgefahren waren und kamen wieder. Wir aber hatten uns durch ihren ersten Anschlag nicht einschüchtern lassen und verteilten neue Zeitungen, die wir vorher unter die Jacke gesteckt hatten. Jetzt ließen die SEWler vollends ihre Maske fallen, fielen über uns her und schlugen zu. Einem Genossen zerschlugen sie die Lippe. Da sie in der Übermacht waren, mußten wir uns vom Eingang zurückziehen. Die Genossin, die mit mir verteilte, konnte noch gerade einem Kollegen, der von der Arbeit kam, eine Zeitung geben und von dem Vorfall berichten. Als die SEW-Revisionisten das sahen, folgten sie zu dritt der Genossin, während sie mich festhielten. Da die Straße sonst menschenleer war, blieb der Genossin nichts anderes übrig, als kurzerhand in einen Bus zu springen, der gerade anhielt, und abzufahren. Mich ließen sie schließlich los und sagten: „Wir lassen uns unseren Betrieb nicht von euch kaputtmachen." Es ist das gleiche Gerede wie es von den Kapitalisten und ihren Dienern in anderen Betrieben zu hören ist.

An ihrem ganzen Vorgehen wurde noch einmal deutlich, was sie für Angst hatten, daß gerade die Kollegen der Reichsbahn eine Zeitung in die Hände bekamen. Und es wurde auch deutlich, daß an diesen SEW-Revisionisten nichts, aber auch gar nichts fortschrittlich ist. Mit solchen Sozialfaschisten kann man nicht diskutieren. Sie handeln wie Faschisten und müssen auch so bekämpft werden. Das nächste Mal werden wir sicher besser gerüstet sein und diese Rechnung begleichen. Ihr Vorgehen hat sie aber gerade bei den Kollegen der Reichsbahn weiter entlarvt und war im Grunde ein Zeichen dafür, daß „Der Rote Reichsbahner" eine gute neue Zeitung ist.

AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT





Adresse der Redaktion des ROTEN MORGEN:
46 Dortmund 30, Wellinghofer Straße 103, Postfach 30 05 26

Vertrauensleutewahlen in meiner Abteilung

Genossen!

Ich arbeite in einem Großbetrieb, wo zur Zeit die Vertrauensleutewahlen voll im Gang sind. Der V-Leutekörper und der BR wurden dazu ausgerichtet, daß auf keinen Fall Kommunisten oder andere Revolutionäre als V-Mann gewählt werden sollten. So wendeten sie auch in den einzelnen Abteilungen verschiedenartige Taktiken an. Erst einmal wurde versucht die Wahl totzuschweigen. Doch hier führte die Partei einen Kampf um die Machenschaften der IGM zu durchkreuzen. Die Genossen diskutierten mit den Kollegen darüber. Auf der Betriebsversammlung wurde was zu den Wahlen gesagt und die Machenschaften entlarvt. Mehrmals rief die Betriebszeitung auf, revolutionäre und klassenkämpferische V-Leute zu wählen. Es wurde deshalb im V-Leutekörper beschlossen, daß nur Gewerkschaftsmitglieder gewählt werden und wählen dürfen. Die Kollegen waren darüber sehr empört. Ähnlich sahen dann auch die Wahlen in mehreren Abteilungen aus. Der zuständige BR für die Wahlen rief die Kollegen zusammen. Kurz zuvor wurde die Wahl bekanntgegeben. Dann sagte er, daß die IGM diesen Kollegen als V-Mann vorschlägt. Immer war es der alte gewesen. Wer ist dafür und wer dagegen – Handzeichen – in ein, zwei Minuten war die Wahl abgeschlossen. Doch in einigen Abteilungen wehrten sich die Kollegen dagegen, öffentlich zu wählen. Dort wurde durch den Druck der Kollegen dann auch geheim gewählt.

Wie war es nun bei uns? Ich selbst erfuhr erst zehn Minuten vor der Wahl, daß bei uns gewählt wurde. Der alte V-Mann hatte es nicht für nötig gehalten, die Kollegen vollständig zu informieren. Als der BR kam, waren wir alle versammelt. Natürlich auch die Nichtorganisierten. Vorweg ist noch zu sagen, daß der alte V-Mann zu mir und auch zu den anderen Kollegen sagte, „daß er diese Scheiße nicht mehr macht" (mit Scheiße meinte er die Funktion des V-Mannes). Anscheinend wurde er vom BR und V-Leutekörper so bearbeitet, daß er wieder kandidierte. Nachdem nun der BR kam und seinen Salm abgelassen hatte, meinte er, ob noch andere Vorschläge sind. Dies ging alles sekundenschnell. Ehe sich die Kollegen versehen hatten, meinte er, daß damit der alte V-Mann wiedergewählt sei. Natürlich schaltete ich mich jetzt sofort ein und entlarvte dieses Manöver. Ich sagte, daß erst einmal gesagt werden müßte, wer wählen darf und wer gewählt werden kann. Jetzt schalteten sich auch Kollegen in die Diskussion ein. Ein Kollege entlarvte hier sehr gut den BR. Er meinte auch noch, daß er die Wahl sowieso anfechten wird. Der BR war mittlerweile von einem Teil der Kollegen so in die Enge getrieben, daß er die Wahl wiederholen mußte. Doch das ist nicht alles. Die Forderung war, daß alle gewählt werden können und jeder wählen darf. Durch den Druck der Kollegen sah er sich gezwungen, hier zuzustimmen. Auch wurde erreicht, daß geheim gewählt wurde. Bei der Auszählung bekam der alte V-Mann wohl zwei Stimmen mehr, bei zwei Enthaltungen und einer ungültigen, doch war das für uns ein Erfolg. An dieser Wahl konnte ich sehen, daß ein großer Teil der Kollegen fest hinter mir steht, sie sich auch für mich eingesetzt haben, was ein Gradmesser für die weitere Arbeit von mir in der Abteilung ist. Auch sahen die Kollegen die reaktionäre Seite vom BR, der sich sonst, jedenfalls dieser BR, so demokratisch gab. Ein Kollege sagte dazu passend: „Der wollte das ja so machen, wie es bei Hitler gemacht wurde" (damit meinte er die Wahl). Mein Einfluß in der Abteilung ist weiter gestiegen. Das sah ich an der Wahl, aber auch daran, daß ein weiterer Kollege jetzt anfängt, regelmäßig den RM zu lesen (zwei andere machen das bereits), daß ich einen neuen Kollegen für die Rote 1. Mai-Demonstration und zwei neue Kollegen für die Maifeier gewinnen konnte. Ein weiterer Erfolg ist, daß sich die Kollegen mit der Wahl nicht abgefunden haben. Einer meinte, daß wir dem V-Mann kräftig Wind untern Hintern blasen werden und wenn der nicht spurt, dann werden wir eine Neuwahl fordern.

Ist das kein Erfolg gewesen?!!

Rot Front! Ein Genosse aus Westberlin.

Sozialgesetzgebung? — Nur Augenwischerei!

Liebe Genossen!

Am Fall meines türkischen Kollegen kann man sehen, wie „sozial" unsere Krankenkassen sind.

Seine Frau ist jetzt zum zweiten Mal wegen einer Lymphdrüsenschwellung am Hals operiert worden. Das ist eine sehr ernste Sache, und sie muß mindestens noch drei Monate im Krankenhaus zur Beobachtung bleiben. Mein Kollege hat zwei kleine Kinder, die natürlich, wenn er auf Arbeit ist, von jemand versorgt werden müssen.

Jetzt ist ja von der Bundesregierung (ich glaube vor zwei Jahren) mit großem Tamtam ein Gesetz verabschiedet worden, was beinhaltet, daß die Krankenkassen in solchen Fällen eine Hauspflegerin bezahlen müssen. Es sieht aber so aus, daß die Kassen für die Hauspflegerin so wenig Geld bezahlen, daß er wohl niemanden gefunden hätte, wenn nicht die Frau eines türkischen Kollegen das aus Hilfsbereitschaft gemacht hätte. Als mein türkischer Kollege allein oben bei der Krankenkasse war, wollten sie ihm nur 10 DM pro Tag geben, und als wir dann zusammen hochgingen, waren es 17,50 DM. Wenn man bedenkt, was für eine Arbeit zwei kleine Kinder im Alter von 3 und 4 Jahren machen, sind diese 210 bzw. 370 DM im Monat (für eine Arbeit von 8 bis 9 Stunden pro Tag) ein Hohn. Interessant ist auch, mit welchen Argumenten der Geschäftsführer der Krankenkasse diese Sache begründet: Rechtlich sei ja mein Kollege jetzt Arbeitgeber dieser Frau (obwohl die Krankenkasse das Geld direkt auf das Konto der türkischen Frau überweist), und wenn sie jetzt mehr Geld zahlen würden, wäre sie sozialversicherungspflichtig und er müßte Lohnsteuer, Rentenversicherung, Krankenversicherung und Arbeitgeberanteil zur Krankenversicherung bezahlen. Und im übrigen hätten „die Menschen, bevor dieses Gesetz herausgekommen sei, ja auch immer eine Lösung gefunden". Daraus wird deutlich: Die ganze Sozialgesetzgebung hat nur einen Zweck, zu vertuschen, daß die Kapitalisten dem Arbeiter nur das Minimum dessen bezahlen, was nötig ist, um ihn und seine Kinder als Lohnsklaven für die kapitalistische Produktion am Leben zu erhalten. Außerdem sagte der Geschäftsführer, daß die Betriebskrankenkasse unsere Beiträge erhöhen müßte, wenn sie für solche Sachen mehr Geld bezahlen wollte.

Auch dieses Argument zieht nicht. Daß die Krankenkassen so wenig Mittel haben, daß der Hauptteil dieser Mittel von uns selbst aufgebracht wird, liegt ja gerade daran, daß die Kapitalisten sich den von uns geschaffenen Reichtum aneignen, daß er als Profit in ihre Taschen fließt und nicht für das Wohl und die Gesundheit der Volksmassen verwendet wird.

Aber auch solche Vorfälle tragen dazu bei, die Einsicht unserer Kollegen in die Tatsache, daß nur der gewaltsame Sturz des Kapitalismus hier etwas ändern kann, zu vergrößern.

Denn als ich meinem Kollegen von den Kindergärten und Kinderkrippen in Albanien erzählte, die dort ja jeder Betrieb besitzt, wo die Eltern die Kinder bei Arbeitsbeginn abgeben, sich während der Pausen um sie kümmern können und nach der Arbeit wieder abholen, war er sehr begeistert. Er sagte: „So etwas ist nur in einem wirklich sozialistischen Land möglich."

Rot Front! Ein Genosse aus Bremen.

Druckerstreik stärkte die Kampfkraft der Arbeiterklasse

Fortsetzung von Seite 1

talistischen Lohnsystems zu befreien, den Kampf für den Sturz der kapitalistischen Ausbeuterordnung, für die Errichtung des Sozialismus aufnehmen.

Auch von daher ist es wichtig, daß die Tageskämpfe für das Proletariat zu einer Schule des Klassenkampfes werden. Es ist notwendig, daß sich das Proletariat in den Tageskämpfen stählt und sich für den Entscheidungskampf, für die Revolution vorbereitet und formiert. Gerade auch unter diesem Gesichtspunkt war der Kampf der Druckereiarbeiter ein Schritt nach vorn. Zweifellos hat er aber, was die unmittelbar, direkt vor uns stehenden Aufgaben im Kampf gegen den Lohnraub, gegen Rationalisierung und Arbeitslosigkeit betrifft, die Bedingungen für die Durchführung militanter Streiks im Sommer und Herbst, die so leicht von den Bonzen nicht gebremst und entschärft werden können, verbessert, trotz des 6%-Verrates der Mahlein und Konsorten! Daß dem Gewerkschaftsapparat die Abwürgung des Streiks und die Durchsetzung des 6%-Lohnraubabschlusses gelungen ist, kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß dennoch die Positionen des reaktionären Gewerkschaftsapparates innerhalb der Arbeiterschaft weiter angeschlagen und geschwächt wurden.

Auf der anderen Seite konnten die revolutionären Kräfte an Boden gewinnen und den Zusammenschluß der Kollegen gegen die Bonzen in Richtung des Aufbaus einer revolutionären Gewerkschaftsopposition vorantreiben. So haben auf einer Reihe von Streikversammlungen in verschiedenen Bezirken, z. B. in München, Kiel und Stuttgart, die Kollegen massiv gegen die Streikbruchtaktik der Gewerkschaftsbonzen opponiert. Nicht selten wurden die Bonzen gellend ausgepfiffen, wenn ihre Abwiegelei offenkundig wurde. In einigen Fällen wurden mit großer Mehrheit Resolutionen verabschiedet, die von revolutionären Kollegen vorgeschlagen worden waren und die die konsequente Fortsetzung des Vollstreiks forderten und der Streikbruchtaktik des Gewerkschaftsapparates eine Absage erteilten. So z. B. auf einer zentralen Streikversammlung in Stuttgart an einem der letzten Streiktage. In solchen Angriffen gegen die Lakaien und Wasserträger des Kapitals innerhalb der Arbeiterbewegung zeichnet sich für die kommenden Jahre die Perspektive des Zusammenschlusses breiter Teile der Arbeiterschaft auf der Linie des revolutionären Kampfes ab.

Der Kampf der Druckereiarbeiter gewinnt seine politische Bedeutung, seine vorantreibende Wirkung für die Arbeiterbewegung auch aus den Kämpfen mit der Polizei, die die Arbeiter bei der Verteidigung ihrer Streikfront gegen das Streikbrechertum zu bestehen hatten. Neben den Gewerkschaftsbonzen waren es hier auch die D„K"P-Revisionisten, die in verschiedenen Fällen offen als Abwiegler in Erscheinung traten und den mutigen revolutionären Widerstand der Kollegen als „unvernünftig" oder „abenteuerlich" zu diffamieren versuchten. Damit wollten sie verhindern, daß der reaktionäre Klassencharakter des bürgerlichen Staates deutlich enthüllt und von den Arbeitern erfahren und begriffen wurde. Aber daß die Bourgeoisie den Streik überall, ob in München, Neumünster oder Westberlin mit ihren Polizeitruppen angriff und daß sie mit faschistischem Terror gegen die streikenden Arbeiter vorgegangen ist, öffnete vielen Kollegen die Augen. Es wurde deutlich: diese sogenannte „freiheitlich demokratische Grundordnung" ist in Wahrheit eine Diktatur der Kapitalistenklasse über das arbeitende Volk. Mancher Kollege erkannte jetzt, daß die KPD/ML gute Gründe hat, wenn sie die Notwendigkeit der gewaltsamen Revolution aufzeigt und unbeirrbar die Lügen der D„K"P bekämpft über die angebliche Möglichkeit einer „friedlichen Umgestaltung" dieses Ausbeuter- und Unterdrückersystems und eines Weges zum Sozialismus und zur Befreiung der Arbeiter ohne Revolution und Gewalt.

Das bittere Ende des Druckereiarbeiterstreiks, die Niederlage der Arbeiter im Kampf gegen den Lohnraub, rief bei vielen Kollegen die wütende Frage hervor: „ ... und für lächerliche 0,5% mehr haben wir diesen Kampf durchgestanden? Wozu haben wir uns eigentlich weder durch die Hetzlügen im Fernsehen und Rundfunk, noch durch die Aussperrung und nicht einmal durch Polizeiknüppel einschüchtern lassen?!" – Ja, Kollegen, da muß einen schon die Wut packen, die Wut auf das niederträchtige Verräterpack, auf die Herren Mahlein und Konsorten, die uns in den Rücken gefallen sind! Sie allein sind schuld an dem Schandabschluß. Sie haben im Komplott mit den Kapitalisten den Lohnraub durchgesetzt! Sie haben den großen Kampf der Druckereiarbeiter heimtückisch abgewürgt. Aber trotz alledem, Kollegen, Euer Kampf hat die Kampfbereitschaft, die Geschlossenheit und die Solidarität der Arbeiterklasse gezeigt! Er hat gezeigt: trotz Krise, trotz schwerer Kampfbedingungen und Unterdrückung können die deutschen Arbeiter machtvolle Kämpfe führen, können sie, wenn sie die Manöver der Verräter, die Streikbruchtaktik der Gewerkschaftsführer bewußt bekämpfen und ihre Sache selbst in die Hände nehmen, ihre Forderungen durchsetzen und sich erfolgreich gegen den Lohnraub zur Wehr setzen!

Bericht

Die letzten Streiktage

Wie wir in der letzten Ausgabe des ROTEN MORGEN berichteten, fanden im Verlauf des Streiks in verschiedenen Städten und Gebieten Polizeieinsätze gegen die streikenden Arbeiter statt, so z. B. in Reutlingen, Marburg, München, Heilbronn, Neumünster, Westberlin und anderen Städten. Die Polizeiaktionen hatten zum Ziel, die Auslieferung von „Notausgaben" mit Gewalt gegen die streikenden Arbeiter zu erzwingen und Streikbrechern eine Gasse in die Ketten der Streikposten zu schlagen. Teilweise kam es, wie schon berichtet, zu heftigen Zusammenstößen zwischen den Arbeitern und der Polizei. Die Polizei ging äußerst brutal vor. In Westberlin setzte sie Tränengas ein. In Reutlingen nahm sie 31 Personen fest, die sich an einer Blokkade zur Verhinderung der Auslieferung einer „Notausgabe" beteiligten. Im Folgenden ein kurzer Bericht über die letzte Phase des Streiks.

Auch in den letzten Streiktagen kam es wieder zu Zusammenstößen zwischen Arbeitern und der Polizei. Vor dem Mercatorhaus in Westberlin kam es zum dritten Mal zu Kämpfen. Die zentrale Streikleitung hatte den Antrag auf Unterstützung der Blockade durch andere Belegschaften abgelehnt. Deshalb waren die Kräfte der Arbeiter verhältnismäßig schwach gegenüber dem Polizeiaufgebot. Die Druckereiarbeiter wurden von einer größeren Anzahl von Genossen unserer Partei und anderer revolutionärer Organisationen unterstützt. Es wurden wieder Barrikaden gebaut. Aber die Blockade mußte infolge der Angriffe der Polizei bald aufgegeben werden. In Darmstadt ereignete sich vor dem Burda-Verlag ein besonders brutaler Polizeieinsatz. Die Polizei setzte außer ihren Gummiknüppeln gegen die Arbeiter auch Hunde ein. Eine junge Frau wurde von einem scharfen Polizeihund gebissen und mußte in ein Krankenhaus gebracht werden. Ein Passant, der sich mit den Streikenden solidarisch erklärte, wurde von den Polizisten so brutal zusammengeknüppelt, daß er schwerverletzt mit dem Notarztwagen in das Krankenhaus eingeliefert werden mußte.

Als sich in der letzten Phase des Kampfes die Streikbruchtaktik des Gewerkschaftsapparates immer deutlicher abzeichnete, wuchs gleichzeitig auch die Opposition und der Protest dagegen unter den breiten Massen der Druckereiarbeiter. Die Kollegen setzten sich gegen die Sabotage durch den Bonzenapparat zur Wehr und kämpften gegen die Absetzung des Vollstreiks und seine Überführung in den sogenannten „Schwerpunktstreik". Im Bezirk Nordmark, zu dem unter anderem Hamburg und Kiel gehören wagte der Gewerkschaftsapparat infolge des heftigen Widerstandes der Arbeitermassen es nicht, den Vollstreik durch den „Schwerpunktstreik" zu ersetten. Hier wurde bis zum Tag, da der Streik im ganzen Land von der Gewerkschaftsführung abgewürgt wurde, voll gestreikt. Auf Streikversammlungen in Kiel gab es verschiedene Male heftige Proteste und Widerstand, als Vertreter der Streikleitung versuchten, den Vollstreik anzugreifen. Revolutionäre Arbeiter traten als Redner auf und verurteilten die Aussetzung des Vollstreiks im übrigen Bundesgebiet und Westberlin durch den Gewerkschaftsapparat.

In München unterbreitete ein revolutionärer Arbeiter auf einer Streikversammlung für Oldenburg und zwei kleinere Betriebe eine Resolution, in der gefordert wird, daß weiterhin voll gestreikt werden soll. In einem Redebeitrag griff er die Machenschaften des Gewerkschaftsapparates a.ı und kritisierte die „Taktik des Schwerpunktstreiks". Die Resolution wurde mit großer Mehrheit angenommen.

Auf einer zentralen Streikversammlung in Stuttgart wurde der Vertreter der Streikleitung ausgepfiffen, als er den Beschluß bekannt gab, daß der Vollstreik in den „Schwerpunktstreik" überführt werde. Ein revolutionärer Arbeiter trat als Redner auf und entlarvte die Sabotagepolitik des Gewerkschaftsapparates. Er forderte, daß der Vollstreik weitergeführt werden soll. Er prangerte auch den Polizeiterror an. Verschiedentlich erhielt der Kollege tosenden Beifall. Der Kollege schlug folgende Resolution vor, die fast einstimmig angenommen wurde: **„Wir lassen uns nicht kleinkriegen. Weder von Gummiknüppeln noch von irgendeiner Spaltungstaktik. Wir sind für den Vollstreik, bis wir durch eine Urabstimmung einen neuen Tarifvertrag angenommen haben."**

Im weiteren Verlauf traten noch Sprecher von 6 bis 7 Betrieben, die, nach den Anweisungen der Gewerkschaftsführung, nicht mehr streiken sollten, als Redner auf. Sie sagten, sie würden entgegen den Anweisungen der Streikleitung weiterstreiken.

Als der Gewerkschaftsapparat am Donnerstag den 13. Mai mittags den 6%-Schandabschluß mit den Druck-Kapitalisten vereinbart und den Streik abgeblasen hatte, herrschte unter den Massen der Druckereiarbeiter eine große Empörung. In verschiedenen Betrieben haben die Arbeiter an diesem Tag auf eigene Faust weitergestreikt.

Chemietarifrunde

Spontane Aktionen zeigen Kampfbereitschaft

Seit einigen Wochen hat die Tarifrunde in der Chemieindustrie begonnen. Im Bezirk Hessen und im Bezirk Nordrhein hat die IG Chemie die Verhandlungen vor kurzem (noch während des Druckerstreiks) für gescheitert erklärt. Das Angebot des Unternehmerverbandes war einheitlich zunächst 5%,und später wurde es auf 5,4% erhöht. Die Bonzen des IG Chemie-Funktionärsapparates „fordern" in Hessen 5% zuzüglich 50 DM und im Bezirk Nordrhein 5% zuzüglich 45 DM Festbetrag.

Wie man es bei Tarifverhandlungen der DGB-Gewerkschaften gewohnt ist, sind bereits diese „Forderungen", die von den Chemiebonzen aufgestellt wurden, ein Schlag gegen die Interessen der Arbeiter. Sie bedeuten weiteren Abbau des Reallohnes, weitere Senkung des Lebensstandards. Ähnlich wie bei Druck, so haben auch in den Chemiebetrieben Vertrauensleute wesentlich höhere Forderungen aufgestellt, und zwar in den meisten Fällen keine Prozentforderungen, sondern Festlohnforderungen. Z.B. hat die Vertrauensleutevollversammlung bei Merck in Darmstadt 170 DM mehr für alle gefordert. In einem Hamburger Chemiebetrieb haben alle Arbeiter einer Abteilung mit ihrer Unterschrift die Forderung nach 180 DM mehr für alle bekräftigt. Aber selbst solche Beträge reichen noch nicht hin, um den Abbau des Reallohnes durch Preissteigerungen, Steuererhöhungen, Erhöhung der Sozialabgaben usw. voll abzuwehren. Dennoch ist die Aufstellung solcher Forderungen,in Opposition zum Gewerkschaftsapparat,ein Zeichen für die Kampfbereitschaft, die unter den Chemiearbeitern herrscht.

Diese Kampfbereitschaft, die durch den Streik in der Druckindustrie noch gestärkt wurde, hat sich auch bereits in spontanen Kampfaktionen niedergeschlagen. Bei BASF in Ludwigshafen zogen am Vormittag des 7. Mai an die 150 Kollegen vor das Betriebsratsgebäude. Sie erzwangen, daß nach der Mittagspause eine außerordentliche Belegschaftsversammlung durchgeführt wurde, an der 1 300 Kollegen teilnahmen. Einige Tage später zogen nachmittags 600 Vertrauensleute zum Direktionsgebäude. Diese Aktion der V-Leute fand allerdings unter Führung der IG-Chemie-Bonzen statt,und es wurden dabei die Forderungen des Gewerkschaftsapparates gerufen. Nachdem zuerst die Arbeiter spontan zu Aktionen geschritten waren, sahen sich die Vertreter des Gewerkschaftsapparates genötigt, selbst in Aktion zu treten, um die Bewegung schon in den Anfängen unter ihre Kontrolle zu bringen.

Es wäre naiv zu glauben, der Bonzenapparat der IG Chemie, mit seinem Chef Hauenschildt an der Spitze, hätte die Absicht, die Kampfbereitschaft der Arbeiter zu stärken und gegen die Kapitalisten ins Feld zu führen. Ihnen geht es im Gegenteil, wie allen DGB-Bonzen, nur darum, sich deshalb an die Spitze der Bewegung zu stellen, um sie besser abbremsen und im entscheidenden Moment sabotieren und abwürgen zu können, so wie wir es jetzt wieder beim Kampf der Druckereiarbeiter in aller Deutlichkeit sahen. Hauenschildt, der laut „Der Spiegel" ein „enger Vertrauter von Bundeskanzler Schmidt" ist, erklärte oft genug, daß er das sogenannte „Stabilitätsprogramm" der Regierung voll unterstütze. Dieses „Stabilitätsprogramm" bedeutet jedoch in Wahrheit nichts anderes, als rücksichtslose Abwälzung sämtlicher Lasten der Wirtschaftskrise auf den Rücken der werktätigen Massen, noch unverschämtere Ausplünderung der Werktätigen, weitere Verschärfung der Ausbeutung der Arbeiter durch die Kapitalisten und ihren Staat. Es zielt darauf ab, den Monopolen um jeden Preis höchstmögliche Profite zu sichern. Es kalkuliert von vornherein die weitere Wegrationalisierung von Arbeitsplätzen und die langfristige Existenz eines großen Arbeitslosenheeres ein. Um den Widerstand der Arbeiter gegen diese Pläne der Ausbeuterherren und ihres Staates zu untergraben, verbreitet Hauenschildt die Theorie, in Zeiten der Wirtschaftskrise müßten die Arbeiter ja sowieso zurückstecken. So sagte er vor kurzem in einem „Spiegel"-Interview:

„Es gibt Jahre, da dominieren die anderen; es wird wieder Jahre geben, da dominieren wir, weil unsere Position dann stärker ist. In den letzten Jahren haben die Arbeitnehmer einen Einkommensvorsprung vor den Unternehmensgewinnen herausgeholt, und nun versuchen die Unternehmer, ihre Einkommen stärker steigen zu lassen, als die Arbeitnehmereinkommen. Auf mittlere Sicht gleicht sich das wieder aus."



Streik der Chemiearbeiter 1971 bei Merck in Darmstadt

Die Arbeiter sollen also in den letzten Jahren einen „Einkommensvorsprung vor den Unternehmensgewinnen" herausgeholt haben? Das ist eine unverfrorene Lüge des Herrn Hauenschildt, die seine ganze widerwärtige Handlangerrolle für die Kapitalisten bloßstellt! In Wahrheit sind die Reallöhne der Arbeiter schon seit mehreren Jahren gesunken, wurde unser Lebensstandard heruntergedrückt, während andererseits die Profite der Kapitalisten enorm gewachsen sind und diese Schmarotzer (vor allem die Monopolherren) immer größere Reichtümer für sich zusammenrafften. In Wahrheit beweist das wirkliche Leben in den letzten Jahren immer deutlicher, daß die von Karl Marx aufgedeckte Gesetzmäßigkeit von der Verelendung der Arbeiterklasse im Kapitalismus nach wie vor besteht. Gerade in den letzten Jahren sind die Löhne der Arbeiter nicht nur in Relation zu den immens, steigenden, riesigen Einkünften der Kapitalisten immer geringer geworden; als Reallöhne sind sie sogar absolut gesunken. Hauenschildt bezweckt mit seinen Lügen nur eines: die Arbeiter vom Kampf abzuhalten.

Die.Theorie, daß die Arbeiter in der Krise zu schwach seien, um die Angriffe der Kapitalisten mit erfolgreichen Kämpfen zu beantworten, wurde zuletzt wieder einmal durch den Streik der Druckereiarbeiter schlagend widerlegt. Sicher, die 6% ändern nichts am Lohnraub, und ein halbes Prozent, das die Druckereiarbeiter gegenüber den Metallern oder den Kollegen vom öffentlichen Dienst mehr erreicht haben, macht den Kohl auch nicht mehr fett. Aber daß die Druckereikollegen trotz des großen Kampfes, den sie den Kapitalisten geliefert haben, kein besseres Ergebnis erzielen konnten, liegt einzig und allein am Verrat der Gewerkschaftsbonzen. Sie haben den Kampf abgewürgt! Die Kollegen waren durchaus bereit so lange zu streiken, bis die Kapitalisten einige Prozent mehr als diese 6% zugestanden hätten. Und das wäre auch durchaus drin gewesen, wenn die Unternehmer sich nicht auf ihre „fünfte Kolonne" im Lager der Arbeiter, auf die Bonzen und Arbeiterverräter hätten stützen können. Deshalb müssen die Arbeiter sich von den Ketten des reaktionären Gewerkschaftsbonzenapparates freimachen. Sie müssen ihren Kampf in die eigenen Hände nehmen und jede Form von Klassenversöhnung kompromißlos ablehnen. Mit Leuten wie Hauenschildt als „Führer", die aus ihrer guten Zusammenarbeit mit den Monopolkapitalisten kein Hehl machen, können die Arbeiter die Kapitalisten nicht das Fürchten lehren. In dem besagten „Spiegel"-Interview antwortete Hauenschildt auf die Frage, ob das Verhältnis zwischen Gewerkschaftsführern und Kapitalisten denn auch wirklich gut sei, folgendermaßen:

„Die andere Seite bemüht sich in letzter Zeit mehr als früher darum, mit uns ins Gespräch zu kommen. Man trifft sich ja auch außerhalb der Tarifverhandlungen. (...) Es gibt tausend Anlässe, wo man sich sieht, zum Beispiel bei Fachtagungen, Forumsdiskussionen, in politischen und sozialen Beratungsgremien."

Hauenschildt ist in Wirklichkeit selbst ein Kapitalist. Aber auch gegenüber solchen „Arbeitervertretern" wie z.B. den Revisionisten der D„K"P müssen wir einen klaren Trennungsstrich ziehen, die mit linken und pseudoradikalen Phrasen auftreten und uns gleichzeitig einreden wollen, wir könnten mit solchen Bonzen wie Hauenschildt und Konsorten an unserer Spitze für unsere Interessen kämpfen.

Um erfolgreich für die Durchsetzung ihrer Forderungen kämpfen zu können, müssen die Arbeiter ihre Einheit schmieden. Aber das darf keine Einheit mit Arbeiterverrätern und Wasserträgern der Kapitalisten sein. Eine solche Einheit macht uns nicht stark, sondern sie zerstört unsere Kampfkraft. Wir brauchen die Einheit auf dem Boden des unversöhnlichen Kampfes Klasse gegen Klasse, die Einheit nicht nur gegen die direkten Vertreter des Kapitals, sondern auch gegen alle ihre Handlanger und Agenturen in unseren eigenen Reihen. Das ist eine wichtige Lehre, die der Streik der Druckereiarbeiter den Kollegen in der Chemieindustrie als Waffe für ihren Tarifkampf in die Hand gibt.

Aus unseren Betriebs- und Stadtteilzeitungen

DER SEEMANN

ZEITUNG DER KPD/ML FÜR SEELEUTE

APRIL 1976

Solidarität mit dem isländischen Volk!

Es ist bekannt, daß das isländische Volk im Oktober vergangenen Jahres seine Fischereigrenzen auf 200 Seemeilen erweitert hat, um die Reichtümer des Festlandsockels der Insel vor weiterem Raubbau an den Fischgründen zu schützen. Der Kampf des isländischen Volkes wird von allen Völkern der Welt unterstützt. Das isländische Volk führt einen Kampf um Leben und Tod gegen die Plünderung seiner Fischfanggründe durch die Fischfangflotten einiger weniger imperialistischer Mächte. Auf Leben und Tod? Ja, Kollegen! Es wird zwar frech behauptet, auch von der Bundesregierung, daß die neuen Grenzen „völkerrechtswidrig" seien und daß der Fischbestand um Island „nicht gefährdet" sei.

Aber das ist der blanke Hohn! Das isländische Volk lebt zum größten Teil vom Fang und der Verarbeitung seiner Fischbestände, ohne sie muß es verhungern. Während die Nordsee wie eine Torte aufgeteilt wurde,und die Anliegerstaaten — insbesondere Großbritannien und die Bundesrepublik — ihren 200-Meilen-Anteil scharf überwachen, soll bei Island alles anders sein. Jeder Fischdampfermatrose weiß, daß einst berühmte Fangplätze wie „Rosengarten", „Mehlsack" und „Gammelloch" in leere Wasserwüsten verwandelt wurden. Islands Herings- und Kabeljaufischerei mußte nahezu eingestellt werden und den übrigen Fischsorten droht das gleiche Schicksal!

IMPERIALISTISCHE PIRATEN RAUS AUS ISLANDS GEWÄSSERN!

Für das isländische Volk geht es um seine Existenz. Aber was kümmert die Räuber — vor allem Großbritannien, Westdeutschland und die Sowjetunion — ein kleines Volk, von dem sie glaubten, es durch Drohungen, Kanonenbootdiplomatie und schließlich offene Aggression einschüchtern zu können. Von Anfang an traten die britischen Imperialisten, die größten Raubfischer in Islands Gewässern, als offene Aggressoren auf. Seit Ende November gehen sie sogar mit Kriegsschiffen gegen die Rechte des isländischen Volkes vor. Zweimal versuchten britische Kriegsschiffe in den letzten Wochen, isländische Überwachungsschiffe zu rammen. Die westdeutschen Imperialisten gehören nach wie vor zu den größten Plünderern der isländischen Gewässer. Sie haben jetzt die isländische bürgerliche Regierung gezwungen, gegen den Willen des isländischen Volkes, ihnen in einem Vertrag außergewöhnlich hohe Fischfangquoten innerhalb der 200-Meilen-Zone zuzugestehen. Erreicht haben sie diesen Vertrag durch massive Drohungen und eine elfmonatige Blokkade gegen die Anlandung von isländischem Fisch in westdeutschen Häfen.

AUCH DIE SOWJETUNION BETEILIGT SICH AM RAUBZUG!

An der Seite vor allem des britischen Imperialismus stehen die beiden Supermächte USA und sowjetischer Sozialimperialismus, die — offen oder versteckt — die brutale Aggression der britischen Imperialisten gegen das isländische Volk unterstützen. Island und die Gewässer des Nordatlantik sind schon längst zum Schauplatz des erbitterten Ringens der beiden Supermächte um die Weltherrschaft geworden.

Die russischen Sozialimperialisten waren die ersten, die gegen die Ausdehnung der isländischen Fischereigrenzen protestierten. Und jetzt versuchen sie den gerechten antiimperialistischen Kampf des isländischen Volkes auszunutzen, um sich sein Vertrauen zu erschleichen und dann seine Freiheit und Unabhängigkeit um so sicherer zu erdrosseln.

Die USA haben vor allem durch ihr militärisches Instrument, die Nato, versucht, das isländische Volk unter Kontrolle zu bekommen. Die isländischen Marxisten-Leninisten des Kommunistischen Einheitsbundes/ML erklären daher:

„Der Nato-Block hat ebenfalls seine Aggressivität und seine Gier gezeigt, die Naturreichtümer Islands zu beherrschen. Er hat Druck auf die isländische Regierung ausgeübt, um sie zum Nachgeben und zum Abschluß eines ungerechten Vertrages zu zwingen. Er hat Kriegsschiffe in die isländischen Gewässer geschickt, um auf diese Weise eine kleine Nation, die nicht einmal eine Armee, eine Flotte oder eine Luftwaffe besitzt, einzuschüchtern. Darüberhinaus haben die britischen Imperialisten und Islands ‚Nato-Verbündete' damit gedroht, die Handelsbeziehungen abzubrechen und so versucht, den Kampfgeist und die Entschlossenheit des isländischen Volkes zu brechen. Das zeigt klar die wirkliche Natur der Nato, ihre imperialistische Aggression gegen die Völker und kleinen Nationen, ihre brutale und arrogante Plünderung der Reichtümer eines kleinen Landes wie Island es ist."

Für den amerikanischen Imperialismus und die Nato ist Island nur ein „unsinkbarer Flugzeugträger" und das isländische Volk Kanonenfutter für den Kampf um die Weltherrschaft mit der anderen Supermacht, dem russischen Sozialimperialismus.

ISLAND DEN ISLÄNDISCHEN ARBEITERN UND WERKTÄTIGEN!

Der Kampf des isländischen Volkes gegen Raubfischerei und Aggression des britischen und westdeutschen Imperialismus und gegen den amerikanischen Imperialismus und den russischen Sozialimperialismus zur Verteidigung seiner nationalen Rechte ist ein gerechter Kampf. Durch diesen Kampf mußten die britischen Imperialisten im Januar ihre Kriegsschiffe aus den isländischen Gewässern zurückziehen. Errungen werden konnte dieser erste Erfolg durch die Entschlossenheit der isländischen Arbeiter, Fischer und anderen Werktätigen, die zahlreiche Aktionen und Kämpfe gegen die Nato-Stützpunkte wagten. Zahlreiche Demonstrationen wurden durchgeführt und isländische Fischer blockierten den Zugang zu zwei Radarstationen der Nato. Im Kampf für die Verteidigung seiner nationalen Interessen stählt sich das isländische Volk. Letzten Endes wird es den Sieg über alle seine Feinde erringen und die Herrschaft der Ausbeuterklassen, die es jetzt ausplündern und unterdrücken, durch die sozialistische Revolution zerschmettern!

NIEDER MIT DER AGGRESSION DER AUSLÄNDISCHEN IMPERIALISTEN GEGEN DAS ISLÄNDISCHE VOLK!

AUSLÄNDISCHE PIRATEN RAUS AUS ISLANDS GEWÄSSERN!

NIEDER MIT DEN BEIDEN SUPERMÄCHTEN, DEN HAUPTKRIEGSTREIBERN UND GRÖSSTEN AUSBEUTERN UND UNTERDRÜCKERN DER VÖLKER!

NIEDER MIT DEM WESTDEUTSCHEN IMPERIALISMUS!

ES LEBE DIE FREUNDSCHAFT ZWISCHEN DEM DEUTSCHEN UND DEM ISLÄNDISCHEN VOLK!

Revisionistisches

BERUFSWAHL IN DER DDR: KARRIEREDENKEN WIRD GEFÖRDERT

In einem an das DDR-Jugendmagazin „Neues Leben" gerichteten Leserbrief heißt es: „Seit September 1975 bin ich dabei, Krankenschwester zu werden. In unserer Klasse sind auch Studentinnen, die überhaupt keine Lust zu dieser Arbeit haben. Sie erlernen diesen Beruf nur, um später einen Facharbeiterbrief in der Tasche zu haben. Andere, die sehr viel Lust und Ehrgeiz dafür hätten, wurden abgelehnt, nur weil ihr Durchschnitt nicht glänzend war." Unter der Herrschaft der neuen Bourgeoisie ist das Ausbildungssystem in der DDR wie in allen kapitalistischen Ländern auf den materiellen Anreiz und das individuelle Aufsteigen ausgerichtet. Während Facharbeiterbrief und Karriere im Beruf für die Auszubildenden zum wichtigsten Kriterium gemacht werden, ist Lustlosigkeit und Interesselosigkeit am erlernten Beruf weit verbreitet, wie der Leserbrief anschaulich beweist. Während die Jugend in den sozialistischen Ländern nach dem obersten Prinzip „Dem Volke dienen" ausgebildet und erzogen wird und gerade im Bereich des Gesundheitswesens hingabevoll als Barfußärzte oder Arbeiter im Gesundheitsdienst am Aufbau des Sozialismus teilnimmt, ist der Beruf für große Teile der Jugend in der DDR eine auferlegte Pflicht und überhaupt nur von Bedeutung, wenn der persönliche Aufstieg gesichert ist.

Diese kapitalistischen Ausbildungsbedingungen, Ausdruck der Ausbeutung der Werktätigen der DDR durch die neuen Herren, versucht die D„K"P/SDAJ zu vertuschen. Sie reden von „freier Entfaltung und freier Berufswahl" von „glänzenden Aussichten der Jugend im Sozialismus" u. ä. Wie es mit der Wahl des Berufes und der Vorbereitung der Jugendlichen auf den Beruf wirklich aussieht, zeigen folgende Auszüge aus zwei weiteren Leserbriefen, die ebenfalls in der Zeitschrift „Neues Leben" abgedruckt wurden: „Wir waren 32 Schüler und davon haben zwölf ihren Wunschberuf bekommen. Die anderen wollen nach der Lehre etwas anderes machen. In der Schule wurden wir so gut wie überhaupt nicht beraten. Wir haben fast alle auf uns selbst gestellt gehandelt. Ich meine, man müßte den Schülern rechtzeitig vor dem Lehrvertragsabschluß ihre zukünftige Arbeit zeigen." „In meiner ehemaligen Klasse griffen viele Jungen und Mädchen sozusagen in letzter Minute einfach zu einer eben offenstehenden Lehrstelle."

Natürlich ist das Übel nicht durch bessere Beratung der Ausbilder oder durch Einrichtung von Beratungszentren der FDJ, wie es in „Neues Leben" vorgeschlagen wird, beseitigt. Zeigt es doch nur, daß nach dem revisionistischen Verrat der Ulbricht-Clique in der DDR in allen Bereichen der Kapitalismus restauriert wurde. Die sozialfaschistische Diktatur der neuen Bourgeoisie in der DDR hat der Jugend weder eine gute Ausbildung, noch „glänzende Aussichten im Beruf" zu bieten, wie es die D„K"P/SDAJ über ihre Propagandamühlen an den Mann bringen will.

NOSTALGIEWELLE IN UNGARN

Der „Generalanzeiger" aus Reutlingen veröffentlichte vor kurzem einen Bericht über die „Nostalgiewelle" in Ungarn. „Während sich Ungarns Mädchen sozusagen wieder im Hofknicks üben, prunken die jungen Männer auf der Suche nach einer schönen Vergangenheit häufiger mit Visitenkarten, die im sozialistischen Ungarn lange Zeit als lächerliche Requisiten der bourgeoisen Gesellschaft galten. Nach Schätzungen haben sich 40 000 meist jugendliche Ungarn damit ausgestattet, wobei man mattes Papier dem hochglänzenden vorzieht, denn es gilt als vornehmer. Die Druckereien des Landes sind mit Aufträgen dieser Art überschüttet." Deutlich wird hier der Einfluß der westlichen kapitalistischen Welt. Hofknicks und Visitenkarte, Zeichen der sogenannten „Vornehmheit", sind nichts anderes als Requisiten einer Herrenklasse und ihrer Ideologie. Nicht vereinzelte Ausschreitungen werden hier benannt. Die neuen Bourgeoisien der revisionistischen Länder tragen gezielt die dekadente, bürgerliche Ideologie unter die Werktätigen und besonders unter die Jugend, um sie dort zu verankern. Im krassen Widerspruch dazu stehen die folgenden Ausführungen von Karl Marx im Kommunistischen Manifest: **„Die kommunistische Revolution ist das radikalste Brechen mit den überlieferten Eigentumsverhältnissen; kein Wunder, daß in ihrem Entwicklungsgang am radikalsten mit den überlieferten Ideen gebrochen wird."**

"Das Revolutionäre Bündnis" Bochum:

Forschung und Lehre im Dienst des Kapitals

526 000 DM zahlen Bonn und Düsseldorf bis 1978, um über eine neue „Kontaktstelle" die Ruhruniversität Bochum (RUB) der Industrie näherzubringen. In diesem Zusammenhang gab Rektor Meyer-Dohm ein Interview, in dem er stellenweise recht offen sprach und direkt die Wahrheit sagte.

So erklärte er: „Was die RUB betrifft, so erhoffen wir uns eine stärkere Hinlenkung unserer Forschung auf die in der Industrie gegebenen praktischen Bedürfnisse." Und damit kein Zweifel bleibt, wem das Ganze dienen soll, setzt der Leiter der Kontaktstelle, Methfessel, dazu, worum es ihm geht: „... festzustellen, was eigentlich gebraucht wird, damit die deutsche Wirtschaft auch noch in fünf oder zehn Jahren gegenüber dem Ausland konkurrenzfähig ist."

Hier wird offen gesagt: Die Forschung an der Uni, größtenteils von den Steuern der Werktätigen finanziert, wird betrieben zum Nutzen der „Industrie", also des Kapitals und hier wieder vor allem für die riesigen Monopole, die in der Forschung an der Spitze stehen. Auch wir Studenten werden in diesem Sinne ausgebildet.

Viele Studenten kann so was wohl gar nicht überraschen. Jeder Ingenieurstudent weiß doch z.B., wie die Lehrstühle dort mit „der Wirtschaft" verfilzt sind. Da arbeiten Assistenten, von Steuergeldern bezahlt, für Firmen; da werden Firmenaufträge gleich direkt als Diplom- oder Studienarbeiten ausgegeben (wobei sinnigerweise alle Rechte an der Arbeit der Lehrstuhl und nicht der Student hat). Auch Meyer-Dohm machte sich gar nicht erst die Mühe abzustreiten, daß „es schon immer mehr oder weniger enge Kontakte zwischen einzelnen Lehrstühlen, Instituten der Universität und der Industrie gegeben hat. Es gibt ganze Fakultäten, die seit jeher auf einen engen Kontakt mit der Industrie ausgerichtet sind. Nehmen Sie einmal die chemischen Fakultäten in der Bundesrepublik."

Wer es immer noch nicht glauben mag, wie sehr die Uni auf die Interessen des Kapitals ausgerichtet ist, auch dem hilft Meyer-Dohm weiter — er kommt aufs Geld zu sprechen: „Technische Hochschulen sind zum Beispiel gar nicht denkbar ohne eine erhebliche Finanzierung über Drittmittel der Industrie." Nun, wer zahlt, schafft an, wer wüßte das nicht? (Nur für den Steuerzahler gilt das nicht, denn er **muß zahlen**). „Die Frage der Abhängigkeit stellt sich hier sicherlich nicht und zwar darum nicht, weil hier auch schon immer eine Finanzierung der Forschung in der Universität durch die Industrie stattgefunden hat." Was für eine absurde Logik! Das kann doch nur heißen, daß die Uni also schon immer von der Industrie abhängig gewesen ist, und daß das jetzt nur noch verstärkt wird.

Alles das ist eigentlich überhaupt nichts Neues. Wir Kommunisten haben schon immer erklärt: **Eine „akademische Freiheit" oder „Freiheit der Wissenschaften" kann es in der Klassengesellschaft niemals geben. Die Wissenschaft und Ausbildung werden immer im Dienst der herrschenden Klasse betrieben.** Zum Beispiel: Ob ein Chemiker Giftgas für Hitlers Gaskammern, Kunststoffe für Bayer und Hoechst oder Napalm gegen die Völker Indochinas für Dow Chemical entwickelt — er dient der Bourgeoisie, ihrem Streben nach Maximalprofit und Weltherrschaft. Im sozialistischen China dagegen dient er der dort herrschenden Klasse, der Arbeiterklasse und den Bauern, gleich ob es um neue Düngemittel geht, damit jeder gut zu essen hat oder um die Synthetisierung von Insulin für die medizinische Versorgung des Volkes oder um neue Methoden, Schadstoffe aus Luft und Gewässern in nützliche Stoffe zu verwandeln, damit das Volk nicht im Dreck lebt.

Diese Wahrheit, diese Lehre des Marxismus-Leninismus wurde aber bisher meist von der Bourgeoisie geleugnet, als Hetze usw. bezeichnet. Nicht ohne Grund nannte sich der erzreaktionäre Professorenverein „Bund Freiheit der Wissenschaft". Dieser ideologische Weihrauchvorhang der Unabhängigkeit ist aber nun für die Kapitalistenklasse selbst auf der Jagd nach immer mehr Profit lästig geworden; sie richtet die Hochschule ganz straff auf die Bedürfnisse des Kapitals aus und nimmt es dabei in Kauf, daß einige Hüllen fallen. ***„Die Bourgeoisie"***, schrieben schon Marx und Engels im Kommunistischen Manifest, ***„hat alle bisher ehrwürdigen und mit frommer Scheu betrachteten Tätigkeiten ihres Heiligenscheins entkleidet. Sie hat den Arzt, den Juristen, den Pfaffen, den Mann der Wissenschaft in ihre bezahlten Lohnarbeiter verwandelt."***

Unsere Alternative zu solchen Maßnahmen kann nicht darin bestehen, Luftschlösser zu bauen und von einer „akademischen Freiheit" zu träumen, die in der Klassengesellschaft nicht möglich ist. Die Alternative kann nur sein: Eine Forschung und Lehre im Dienste des Volkes, eine von der Arbeiterklasse geführte Universität. Das aber ist erst möglich, wenn die Arbeiterklasse zur herrschenden Klasse geworden ist, nämlich in der Diktatur des Proletariats, im Sozialismus. Aufgeräumt werden muß mit allen Illusionen in dieser Frage, wie sie vor allem vom MSB/Spartakus, den Verrätern am Kommunismus, verbreitet werden mit der Losung einer „demokratischen Studienreform" im Kapitalismus.

Noch was zeigt dieses Interview recht deutlich: Wie man eine reaktionäre Sache mit Schlagworten aus der Studentenbewegung aufpolieren kann. Methfessel erklärt nämlich: „Entweder macht die Universität eine gesellschaftsrelevante Forschung ... oder sie bleibt in ihrem Elfenbeinturm. Entscheidet sich die Universität für ersteres, dann muß sie sich natürlich rausbewegen aus ihrer Isolierung." „Gesellschaftliche Relevanz" ist ein Schlagwort aus dem berechtigten Kampf der Studentenbewegung gegen die Praxisferne des Studiums. In diesem Kampf hatten vor allem die MSB-Revisionisten die Ansicht hineingetragen, es komme nur auf die „gesellschaftliche Relevanz" an, ganz gleich, ob die dann im Sinne der Arbeiterklasse oder der Kapitalistenklasse sei. Hier haben wir die Quittung dafür: So sieht die Bourgeoisie ihre „gesellschaftliche Relevanz".

Methfessel weiß aber auch genau, daß das nicht so glatt läuft. „Selbstverständlich läuft sie (die Uni) dabei die Gefahr der Polarisierung. Diese Gefahr muß man erkennen, dann kann man sie steuern." Wir wissen zum Teil aus Bochumer Erfahrungen, wie das „gesteuert" wird: mit Polizeieinsatz und Berufsverbot, mit Prozessen gegen Studenten und nach dem HRG mit Ordnungsrecht und Zwangsexmatrikulation. **Was er da vornehm „Polarisierung" umschreibt, das ist der Kampf der revolutionären Studenten gegen die Ausbildung im Dienst des Kapitals, und er weiß auch genau, daß solche neuen Maßnahmen mit einer Verschärfung des Kampfes beantwortet werden.**

Studenten kämpfen gegen das HRG und die Verschlechterung ihrer Lebenslage

DARMSTADT

Die Studenten der Technischen Hochschule Darmstadt kämpfen gegen das reaktionäre Hochschulrahmengesetz (HRG). Eine Woche lang, vom 3. bis zum 7. Mai traten sie in den aktiven Streik. Die Losung, unter der die Mehrheit von ihnen den Kampf führte, war: **„Weg mit dem Hochschulrahmengesetz!"**

Bei einer Wahlbeteiligung von 46% der Studenten, der höchsten seit fünf Jahren, hatten 86% für den aktiven Streik gestimmt. In den einzelnen Fachbereichen und für die gesamte TH wurden Streikkomitees und Streikposten organisiert, so daß während der Streikwoche mindestens 95% der Lehrveranstaltung ausfielen. Die Studenten wendeten sich auch an die Bevölkerung, verteilten ein Flugblatt in der Stadt und stellten Informationsstände auf. Der KSB/ML hatte schon vor der Urabstimmung zwei Flugblätter verteilt, in denen er den faschistischen Charakter des HRG entlarvte und die Studenten unter der Losung: „Weg mit dem Hochschulrahmengesetz!" zum Streik aufrief.

Der KSB/ML kämpfte gegen die Jusos und die modernen Revisionisten des MSB Spartakus, die die Studenten dazu bringen wollten, auf die von ihnen beherrschten Organe, die Landesastenkonferenz und den VDS zu vertrauen. Besonders die modernen Revisionisten traten gegen die Hauptparole des Streiks auf und behaupteten demagogisch, es gebe für die Losung: „Weg mit dem HRG!" keine Basis. Die Jusos schließlich versuchten Stimmung für die SPD zu machen, die das HRG ja gerade im Bundestag eingebracht hat. Die Jusos versuchten auch mit allen Mitteln die Herausgabe eines Flugblatts der Maschinenbaustudenten, in dem das HRG in eine Reihe mit den Notstandsgesetzen, den Paragraphen 88a und 130 gestellt wird, zu verhindern. Sie stürmten sogar die Asta-Druckerei, um den Druck zu stoppen, konnten aber nicht verhindern, daß die Vollversammlung beschloß, daß das Flugblatt gedruckt wird.

Am 7. Mai beteiligten sich 2 000 Studenten an einer Demonstration gegen das HRG. Es gelang den Jusos und dem MSB/Spartakus zwar, den Streik nach einer Woche „auszusetzen". Eine Vollversammlung beschloß aber, den Streik wiederaufzunehmen, wenn sich auch andere Hochschulen anschließen. Aber dennoch hat sich gezeigt, daß die Studenten sich die verschärfte politische Unterdrückung immer weniger gefallen lassen.

DORTMUND

Mit Beginn des Semesters sind an den Dortmunder Hochschulen die Mensapreise erhöht worden: von 1,20 auf 1,80 DM bzw. von 1,80 auf 2,50 DM. Diese Verschärfung der Ausplünderung der Studenten durch den bürgerlichen Staat und seine Bürokratie hat viele Studenten — bei einem Bafög-Höchstsatz von 520 DM empört. Auf Antrag des KSB/ML und der KHG, der Studentenorganisation des KBW, forderte die Vollversammlung der Studenten der PH den unbefristeten Mensaboykott, um die Rücknahme der Preiserhöhungen zu erkämpfen.

Das war eine schwere Niederlage für die Jusos, die den Asta stellen und die modernen Revisionisten des MSB/Spartakus. Hatten sie doch vorher den Aufruf des KSB/ML zum unbefristeten Mensaboykott als „scheinrevolutionäres Aktiönchen" bezeichnet und versucht, die Studenten für einen symbolischen Boykott von einem Tag zu gewinnen. Der MSB Spartakus biederte sich in einem Flugblatt dem bürgerlichen Staat sogar soweit an, daß er schrieb: „Versetzen wir uns doch einmal in die Lage der Regierung. Sie ist nicht bereit, unseren Forderungen nachzugeben. Für die Studenten gilt es, zu beweisen, daß es im Landes- und im Bundeshaushalt Posten gibt, die keiner der betroffenen Gruppen Nutzen bringen."

Auf einer weiteren Versammlung wurde auf Initiative des KSB/ML ein Boykottkomitee gewählt, das den Boykott leitet. Inzwischen dauert der Mensaboykott bereits eine Woche und auch die Studenten der Universität beteiligen sich daran. Am 12. Mai organisierten die Studenten eine Demonstration in der Stadt, an der sich ungefähr 350 Studenten beteiligten. Im Anschluß an die Demonstration zog ein Teil der Studenten zu einer Dortmunder Druckerei um den streikenden Kollegen ihre Solidarität auszusprechen. Auf Druck der Studenten hatte sich der Asta dabei bereiterklären müssen, die Demonstration anzumelden. Nach wie vor ist der Boykott der Mensen fast vollständig, die Studenten werden von einer „Notmensa" versorgt, die das Boykottkomitee organisiert. Die Studenten diskutieren jetzt über eine Ausweitung des Boykotts auch auf die Cafeteria, die bisher vom Boykott ausgenommen war.

Vom Aufbau des Sozialismus

21. BAND DER WERKE ENVER HOXHAS ERSCHIENEN

In diesen Tagen erschien der 21. Band der Werke des Genossen Enver Hoxha. Er enthält Schriften und Dokumente aus der Zeit von Mai bis September 1961, von denen die meisten zum erstenmal veröffentlicht werden. Das Material dieses Bandes ist unmittelbar nach dem 4. Parteikongreß der Partei der Arbeit Albaniens geschrieben worden.

DIE ARBEITER DISKUTIEREN ÜBER DEN PLANENTWURF DES NEUEN FÜNFJAHRPLANS

In ganz Albanien findet zur Zeit die Diskussion über die Ausarbeitung des Entwurfs des 6. Fünfjahrplans, 1976 bis 1980, statt. Ein Korrespondent von Radio Tirana besuchte das elektromechanische Werk in Tirana, um zu berichten, wie die Planaufstellug vor sich geht und welche Ziele sich die Arbeiter in dem 6. Fünfjahrplan gesteckt haben. Hier ist sein Bericht.

Bereits am Werkseingang fallen zwei in großen Buchstaben gemalte Losungen auf „Die Produktion steigern, den Import verringern, die Blockade zerschlagen!" und „Arbeiten wir einen möglichst realen, mobilisierenden und revolutionären Plan aus!" Das sind einmütige Verpflichtungen der Arbeiterklasse dieses Werkes. Das Kollektiv ist weitgehend von einer intensiv-schöpferischen Atmosphäre erfaßt. Auf Grund der vom Industrieminister übermittelten hauptsächlichen Kennziffern sagen die Werktätigen ihr Wort zu der Entwicklungsperspektive der Produktion. Diese ganze Arbeit wird von der Parteigrundorganisation ausgerichtet. Es ist auch eine zentrale Planungskommission eingerichtet worden, die aus 27 Personen, meist ausgezeichneten Arbeitern, Technikern, Leitern und Spezialisten des Betriebes besteht. In den Abteilungen sind ähnliche Planungsgruppen eingerichtet worden. Diese Kommissionen und Gruppen leiten die Arbeit zur Ausarbeitung des Planentwurfs. Der Leiter der Planungskommission des Werkes erklärte dem Korrespondenten von Radio Tirana unter anderem: „Die Kennziffern dieses Planungsentwurfs wurden in allen Brigaden, Bereichen und Abteilungen erörtert, nachdem die im vergangenen Fünfjahrplan und im ersten Vierteljahr dieses Jahres erzielten Ergebnisse gründlich analysiert worden waren. Auch die Verwaltung des Werkes ging den Kommissionen zur Hand, indem sie ihnen alle früher erzielten sowie in die Zukunft bis 1980 reichenden Kennziffern überließ. Diese vorläufigen Schätzungen wurden bekannt gegeben, damit die Arbeiter möglichst wirksam und fruchtbringend ihre Meinung dazu sagten. Die Mitglieder der Planungsgruppen in den Abteilungen notierten alle Vorschläge und trugen sie auf der Betriebsversammlung des Werkskollektivs vor. Auf der erweiterten Werkversammlung übernahmen die Arbeiter konkrete Verpflichtungen für sich, die Abteilung und das Werk. Hier das Ergebnis: Es wurden annähernd 100 Vorschläge gemacht, davon 36 über die Herstellung neuer Artikel, 24 über die Kürzung des Imports ... Die industrielle Gesamtproduktion wird 1980 um 53,9% größer sein als 1975 und etwa 2% über der Richtquote liegen."

In diesem Fünfjahresplan wird das Kollektiv des Werkes zum erstenmal Ausrüstungen wie Generatoren, Turbinen, Elektromotoren, Kondensatoren, Industrieaufzüge usw. probeweise und dann serienweise herstellen. Die meisten Vorschläge, um den Import einzuschränken, wurden von Arbeitern und Technikern gemacht, die direkt in der Produktion arbeiten. „Die Teilnahme an der Ausarbeitung des Planentwurfs", sagte ein Arbeiter, „ist ein bei uns tatsächlich verwirklichtes Recht." Und eine Arbeiterin fügte hinzu: „In unserem sozialistischen Vaterland führen diejenigen, die die materiellen Güter erzeugen, nicht nur die Produktionspläne aus, sondern stellen sie auch auf. Und das ist der Fall, weil wir selbst Herren der Produktion sind. Bei uns gibt es keine Ausbeuterklassen, keine Bourgeoisie, wie in den kapitalistischen und revisionistischen Ländern. Ist das nicht eine Quelle des Ansporns? Wir sind uns bewußt, daß wir, indem wir die gesellschaftliche Produktion ständig steigern und die Volkswirtschaft stärken, unseren materiellen Wohlstand erhöhen. Davon sind wir überzeugt, denn unsere Realität beweist es uns täglich. Die mit der Vergangenheit unvergleichbaren Errungenschaften steigern unseren Optimismus, unser Vertrauen auf die eigenen Kräfte und vermitteln uns die Entschlossenheit, stets voranzuschreiten."

Antikriegstagsprozeß in München

Genosse Sascha soll für 18 Monate ins Gefängnis

Wenn der ROTE MORGEN vom „imperialistischen Staatsapparat" spricht, wenn er Polizisten, die Revolutionäre und Menschen aus dem Volk erschossen haben, „Mörder" nennt, dann trägt das seinem verantwortlichen Redakteur und seinem Verleger neben anderen – eine Anklage wegen „Volksverhetzung" ein.

Ein Staatsanwalt dagegen kann offiziell die Kommunistische Partei vergleichen mit „Terrorbanden", ähnlich denen, die den Nazi Faschisten an die Macht verholfen haben, ein Richter darf einen Kommunisten als „mittelalterlichen Wanderprediger" beschimpfen, und nicht nur das! Diese widerliche Hetze ist die einzige „Begründung" dafür, einen Kommunisten für 18 Monate hinter Gitter zu sperren. So geschehen im Prozeß gegen den Genossen Sascha Haschemi in München.

Wir haben bereits im letzten ROTEN MORGEN berichtet über das Terrorurteil gegen Genossen Sascha. Er, den die Bourgeoisie mehr als zwei Jahre lang zwang, in der Illegalität zu leben, weil er in den Iran abgeschoben werden sollte, wo er mit Sicherheit gefoltert und vielleicht sogar zum Tod verurteilt worden wäre, soll nun noch für 18 Monate ohne Bewährung ins Gefängnis. Nur zwei Monate der Untersuchungshaft wurden angerechnet, obwohl Sascha schon seit fast einem halben Jahr eingesperrt ist.

Eines war in diesem Prozeß von vornherein klar. Die Klassenjustiz wollte sich rächen, sie wollte einschüchtern und die breite Solidaritätsfront, die im Kampf um Saschas Einbürgerung geschmiedet worden war, zerbrechen. Die Bourgeoisie hat weder ihre Niederlage am Roten Antikriegstag 1972 noch ihre Niederlage im Kampf um einen deutschen Paß für Sascha vergessen.

Das wurde bereits an der Auswahl des Richters deutlich. Richter Höfner hatte sich als Kommunistenjäger schon hervorgetan im Prozeß gegen die Genossen Bernd Reisser, Hubert Lehmann und Peter Bayer, die auf seinen Spruch hin eingesperrt und erst vor wenigen Wochen aus dem Gefängnis entlassen worden waren. Auch sonst hat er seine reaktionäre Meinung nicht hinterm Berg gehalten: Auf dem Deutschen Richtertag war er einer der lautstärksten Befürworter der Strafprozeßänderung, die die Rechte angeklagter Genossen und ihrer Verteidiger noch mehr einschränkte als bisher.

Auch die übrigen Vorbereitungsmaßnahmen durch Justiz und Polizei machten klar, wie die Sache laufen sollte. Der Saal war mit Sperrgittern abgeriegelt, jeder Zuschauer wurde durchsucht, seine Personalien kontrolliert. Den Genossen, von denen viele hier Sascha zum ersten Mal seit Monaten wiedersahen, die ihm ihre Solidarität ausdrücken und ihm Mut machen wollten, wurde strikt verboten, ein Wort mit ihm zu wechseln. Auch die Blumen, die sie für ihn mitgebracht hatten, durften sie nicht überreichen. **Freilich: Mit solchen Methoden gelingt es der Bourgeoisie nicht, Solidarität mit einem verfolgten Kommunisten zu unterdrücken. Trotz des Redeverbotes gelang es den Zuschauern, sich mit Sascha zu verständigen. Auch in den Tagen vor dem Prozeß hatten die Genossen in München Aktionen durchgeführt, um seinen mutigen Kampf vor Gericht zu unterstützen. So hielten z.B. die Rote Hilfe Deutschlands und die Rote Hilfe e.V. am 1. Mai eine Kundgebung vor dem Gefängnis Stadelheim ab, die Genosse Sascha in seiner Zelle Wort für Wort verfolgen konnte.**

Zwar konnte Sascha eine Erklärung dazu abgeben, daß er sich zwei Jahre lang der Klassenjustiz entzogen hatte, und eine weitere Erklärung, in der er zeigte, daß es 1972 richtig war, die Straße mit revolutionärer Gewalt freizukämpfen, ohne daß ihn das Gericht unterbrach. Aber schon bei der Zeugenvernehmung zeigte sich, daß das nichts war als liberales Theater, daß das Gericht sich nicht für fünf Pfennig dafür interessierte, was damals während der Antikriegsdemonstration tatsächlich geschah. Die Vernehmung einer Passantin zum Beispiel, die von Polizisten zusammengeschlagen worden war, wurde ebenso abgelehnt wie die Ladung eines Straßenhändlers, dessen Obstwagen damals von prügelnden Polizisten umgeworfen wurde. Vernommen wurden allein die Standardzeugen der Staatsanwaltschaft aus allen Antikriegstagsprozessen: Die Berufszeugen der Polizei, ein Bildzeitungsreporter und ein alter Faschist, er selbst voll Stolz berichtete, er sei nur deshalb zur Demonstration gekommen, um sich hinterher der Polizei als Zeuge zur Verfügung zu stellen, und dessen „Gedächtnis" von Verhandlung zu Verhandlung besser wurde.

Aus der Urteilsbegründung sprach dann der ganze reaktionäre Geist der Bourgeoisie. Mit den Tatsachen hielt sich Richter Höfner erst gar nicht lange auf. Umso ausführlicher beschimpfte er Saschas kommunistische Gesinnung: Er habe jeden Bezug zur Realität verloren, sei ein „mittelalterlicher Wanderprediger", eine gescheiterte Existenz, die aus Schule und Betrieb hinausgeworfen wurde. Diese Behauptung ist umso unverschämter, wenn man weiß, daß es die Staatsanwaltschaft München war, die Sascha in seinem Betrieb denunziert und so bewirkt hatte, daß seine Lehrstelle gekündigt wurde. Besonders niederträchtig ist die Begründung dafür, warum Sascha nur zwei Monate Untersuchungshaft angerechnet wurden und nicht, wie üblich, die ganze Haftzeit: Erstens habe er durch sein Untertauchen und durch die breite Solidaritätskampagne viele Menschen mit in die Sache hineingezogen und so die Klassenjustiz „gezwungen", Verfahren gegen Flugblattverteiler und Unterschriftensammler einzuleiten. Und zweitens habe er nur deshalb eine Berufungsprozeß angestrengt, weil er sich „produzieren" wollte. Mit anderen Worten: Läßt man sich den Terror der Klassenjustiz nicht gefallen, wehrt man sich, kämpft man um sein Recht, dann ist das strafverschärfend. Mit der gleichen Begründung wurden Sascha auch die hohen Gerichtskosten aufgebürdet. Richter Höfner: „Das bezahlt ja ohnehin die Rote Hilfe."

Die Taktik ist klar: Mit solchen Mitteln will die Bourgeoisie die Schmiedung einer breiten Solidaritätsfront verhindern. Denn nichts fürchtet sie mehr als die Einheit der Massen im revolutionären Klassenkampf. Nur diese Solidarität hat ihr einen deutschen Paß für Sascha abgetrotzt. Und nur diese Solidarität kann die Forderung durchsetzen: Freiheit für Sascha! Die Ortsgruppe München der Partei hat diesen Kampf aufgenommen mit Flugblättern, Informationsständen und einer Veranstaltung.

5 000 gaben Ulrike das letzte Geleit

Fortsetzung von Seite1

wegen Differenzen zu ihren Genossen umgebracht. Geht es noch niederträchtiger? Jene, die selbst durch Isolation gefoltert werden, deren eigenes Leben auf das höchste durch die Vernichtungshaft bedroht ist, sollen also die Verantwortlichen für den Tod Ulrikes sein.

Eine andere Methode, einen gefallenen Kämpfer zu diffamieren ist es, wenn nach seinem Tod die Bourgeoisie plötzlich „Verständnis" für ihn entdeckt, wenn sie beginnt, „positive" Seiten an ihm hervorzuheben. Sie will seinem Tod so die Schärfe nehmen, will verwischen, daß sein Tod das genaue Gegenteil von Versöhnung mit dem Kapitalismus ausdrückt: unversöhnlichen, revolutionären Haß. Und auch auf diese Weise setzt die Bourgeoisie ihren Kampf gegen Ulrike Meinhof über den Tod hinaus fort. Justizminister, die jahrelang über Verschärfungen der Vernichtungshaft sinniert haben, die Millionen aufwandten, um die Festungen für die Schauprozesse zu bauen, sind plötzlich über den Tod der Ulrike Meinhof „erschüttert". Die bürgerliche Presse hebt ihre früheren schriftstellerischen und journalistischen Arbeiten hervor usw. Es sind dies die gleichen Leute, die zu Lebzeiten stets nur gegen die „kriminelle Bandenführerin", gegen die „Mörderin" usw. gehetzt haben. Die gleichen Leute, die jeden zum Sympathisanten der RAF abgestempelt haben, der es auch nur gewagt hat zu erwähnen, daß Ulrike Meinhof einen politischen Kampf führt.



Jetzt versucht die Bourgeoisie eine für sie annehmbare Ulrike Meinhof aufzubauen, die Moralistin, Pazifistin, Journalistin und Schriftstellerin, die schließlich durch fremden Einfluß, fast gezwungen, auf den Weg der Gewalt geraten sei und so auf tragische Weise in eine ausweglose Situation geraten sei.

Die Hetze nach ihrem Tod ist keineswegs weniger infam als die Hetze vor ihrem Tod. Ulrike Meinhof war Mitglied der illegalen KPD. Obwohl sie ein komfortables Leben als bekannte Journalistin hätte führen können, hat sie sich nicht durch die Bourgeoisie kaufen lassen. Enttäuscht und abgestoßen von der revisionistischen Entartung und vom modernen Revisionismus, hielt sie am unversöhnlichen Kampf gegen den Kapitalismus fest. Aber aus dem Aufkommen des modernen Revisionismus zog sie falsche Schlußfolgerungen. Aus der bürgerlichen Entartung der KPD zog sie nicht den Schluß, daß es notwendig ist, eine wirklich revolutionäre, marxistisch-leninistische Partei aufzubauen, sondern sie glaubte, die Revolution könne ohne die Führung durch eine kommunistische Partei siegen, aus dem Verrat der modernen Revisionisten an der gewaltsamen proletarischen Revolution zog sie nicht den Schluß, daß man für die sozialistische Revolution, die nur das Werk der Arbeiterklasse sein kann, kämpfen muß, sondern sie glaubte, die Revolution könne das Werk einer bewaffneter Kämpfer sein usw. So vertrat sie wie die RAF insgesamt falsche und schädliche Anschauungen. Aber dem Kapitalismus, der Bourgeoisie stand sie stets unversöhnlich, revolutionär gegenüber. Darum bekämpft die Bourgeoisie Ulrike Meinhof über den Tod hinaus.



MANNHEIM

Vor kurzem fand in Mannheim ein Prozeß im Zusammenhang mit dem Tod des Jungarbeiters Hans-Jürgen Remiszko statt, der bekanntlich von Polizisten erschossen worden ist. Angeklagt waren sechs junge Männer, die die Erschießung Hans-Jürgen Remiszkos aus nächster Nähe miterlebt hatten. Sie wurden unter die Anklage des „besonders schweren Landfriedensbruchs" gestellt, weil sie verhinderten, daß die beiden an der Tat beteiligten Polizisten noch mehr Schüsse abgaben. Eben diese beiden Polizisten traten jedoch in dem Prozeß als Zeugen der Anklage auf. Sie gaben vor dem Gericht an, sie seien von den Angeklagten mit Holzknüppeln und Stahlruten bedroht worden. Obwohl aber der eine Polizist behauptete, er hätte eine Stahlrute als Beweismittel sichergestellt, war sie jedoch während des Prozesses nirgends aufzufinden. Genossen berichten, daß im Gerichtssaal zwei hohe Beamte der Mannheimer Polizei saßen, um den Polizisten noch während der Verhandlungspausen Instruktionen geben zu können. Nach mehreren Verhandlungstagen verurteilte die Klassenjustiz einen der Angeklagten zu einem Jahr Gefängnis mit Bewährung. Er hatte einem der Polizisten den Revolver entrissen und an den Kopf gesetzt, um den anderen dazu zu bringen, mit der Schießerei aufzuhören. Die übrigen Angeklagten mußte die bürgerliche Klassenjustiz freisprechen.

WÜRZBURG

Am 22. 4. fand in Würzburg die Berufungsverhandlung gegen den Presseverantwortlichen der „Roten Lehrlingsfront" statt. Der Genosse war in der ersten Instanz zu 900 DM Geldstrafe verurteilt worden wegen eines Artikels über den Tod des Genossen Günter Routhier. Jetzt mußte das bürgerliche Klassengericht den Genossen freisprechen, weil die Bestimmungen des bayrischen Presserechts überhaupt keine Voraussetzungen für eine Verurteilung bieten.

FRANKFURT

In Frankfurt fand am 26. 4. ein Günter-Routhier-Prozeß gegen die beiden kommunistischen Lehrer Ilse und Tobias W. statt. In diesem Prozeß versuchten Richter und Staatsanwalt die beiden Genossen mit der Einstellung des Verfahrens zu ködern, wenn sie sich davon distanzieren, daß „Günter Routhier von der Polizei ermordet wurde". Natürlich gingen die beiden Genossen auf dieses Bestechungsangebot der bürgerlichen Klassenjustiz nicht ein. Angesichts der Unhaltbarkeit der Anklage mußte das Verfahren dennoch eingestellt werden.

SPENDENKONTO

Spenden zur Unterstützung politisch Verfolgter bitte einzahlen auf das Konto:

Vorstand der KPD/ML
— Spendenkonto —
Sparkasse Dortmund
Kto.-Nr.: 321 004 547
Stichwort: SOLIDARITÄT

Korrespondenzen

Redaktion „ROTER MORGEN"
Wellinghofer Str. 103
Postfach 30 05 26
4600 Dortmund 30

SPITZEL VERSUCHEN KINDER AUSZUHORCHEN

Während der Großveranstaltung zum ROTER-MORGEN-Prozeß in Dortmund versuchten einige Polizisten sich an die Kinder heranzumachen, die draußen vor dem Versammlungssaal spielten. Nachdem sie versucht hatten, sich einzuschmeicheln, fragten sie die Kinder, ob ihre Eltern im Saal wären, und was sie dort machten. Als sie darauf keine Antwort erhielten, fragten sie einen sechsjährigen Jungen nach seinem Namen und seiner Wohnung. Sie erhielten aber die richtige Antwort: „Das geht dich gar nichts an!" Als dann eine Genossin dazukam, zogen es die Spitzel vor, sich eiligst zu verdrücken.

Ein Genosse .us Bochum

SPANISCHER MINISTER IM BKA

Im ROTEN MORGEN 19/76 steht, daß das Amtsgericht Köln den ROTEN MORGEN 13/76 sichergestellt hat, weil die Arbeit des Bundeskriminalamtes mit dem Hitlerfaschismus verglichen wird. Wie zutreffend der Vergleich jedoch ist, zeigt eine kleine Meldung aus der Frankfurter Rundschau vom 24. 6. 1975. Da heißt es unter der Überschrift: „Spanischer Minister im BKA": „Über Organisation und neue Techniken der zentralen Verbrechensbekämpfung hat sich der spanische Minister des Präsidentenamtes, Antionio Carro Martinez, am Dienstag während eines Besuchs im Bundeskriminalamt (BKA) informiert . . ."

Zu dem Zeitpunkt war Franco; Hitlers Blutsbruder, noch am Leben. Die Hetzjagd der spanischen Faschisten auf Revolutionäre war gerade verschärft worden und gipfelte wenige Monate später in den standrechtlichen Morden der Guardia Civil. Zu der Zeit traf ich in Madrid zufällig einen westdeutschen Korrespondenten. In einem Gespräch über die Methoden der spanischen Polizei erzählte er, daß er im BKA einige Leute kenne und daß die spanische Polizei dort in hohem Ansehen stünde, „allerdings rein polizeitechnisch gesehen", wie er sich ausdrückte.

Die regen Beziehungen zwischen BKA und der faschistischen spanischen Polizei sind nicht zufällig. Hitlers Polizei war der Lehrmeister der spanischen Faschisten-Polizei. Heute kann das BKA im praktischen Einsatz der spanischen Faschisten-Polizei studieren, wie man Methoden des faschistischen Terrors gegen die revolutionären Kämpfe eines Volkes einsetzen kann – „rein polizeitechnisch", versteht sich.

Rot Front!

Spenden

Im Monat April 1976 gingen folgende Spenden auf das Spendenkonto des Parteivorstandes der KPD/ML ein:

SPENDEN FÜR DIE SEKTION DDR DER KPD/ML

1. 4., Spende aus Schweden	500,00
1.4., RG West, Kiel	100,00
RG und Partei Krankenhaus St. Georg, Hamburg	210,00
2. 4., R. S., Westerland	30,00
5. 4., Spendenbüchse Dortmund	30,00
5. 4., Jugendtreff RG Wilhelmshaven	32,50
6. 4., RM-Leserkreis Kiel	80,00
6. 4., RM Leserkreis Kiel	54,67
9. 4., RG-Fest, Darmstadt	140,00
12. 4., OG Mannheim	40,00
12. 4., A. Z., Krefeld	30,00
20. 4., Schulungsgruppe Hamburg-Barmbek	30,00
21. 4., Genossen aus Saarbrücken	103,21
22. 4., A. F., Essen	21,00
23. 4., OG Kitzingen	180,00
27. 4., W. H. S., Hamburg	20,00
27. 4., OG Mannheim	80,00
27. 4., H. S., Dortmund	50,00
Summe:	1 731,38 DM.

SPENDEN FÜR DIE KPD/ML

1. 4., R. W., Wien	50,00
1. 4., R. D. S., Witten	25,00
12. 4., Skatrunde Roter Stern, Duisburg	10,00
27. 4., F. K., Vlotho	57,00
Summe.	142,00 DM.

„SOLIDARITÄT"

1. 4., E. N., Brunsbüttel	32,00
7. 4., Veranstaltung München (RM-Prozesse)	360,00
14. 4., Sympathisanten aus Schweinfurt	80,00
15. 4., J. H., München (RM-Prozesse	100,00
26. 4., J. B., Essen	20,00
Summe	592,00 DM.

SPENDEN FÜR DEN ROTEN MORGEN

7. 4. OG Münster	80,00
8. 4., KSB/ML, PH W.-Berlin	160,00
9. 4., B. T., Köln	50,00
21. 4., Arbeiterrunde Nord, Westberlin	70,00
Summe:	360,00 DM.

SONSTIGE SPENDEN

1. 4., Thälmann-Buchladen, Kiel (Spanien)	49,00
6. 4., Geburtstagsfeier Westberlin (Kambodscha)	90,00
9. 4., Kulturabend RG Gießen, (Spanien)	44,15
14. 4., OG Hannover (Kambod.)	23,25
20. 4., Kambodscha-Fest, Münster (Kambodscha)	150,00
21. 4., Veranstaltung der RG Moers (Kambodscha)	40,00
21. 4., Arbeitertreff Lübeck (Kambodscha)	54,40
23. 4., Wanderung RG Kitzingen (Spanien)	75,00
Summe:	525,80 DM.

Wir danken allen Genossen und Freunden für die Spenden.

Redaktioneller Artikel von "Zeri i Popullit"

Die Flotten der Supermächte aus dem Mittelmeer verjagen!

Der Beschluß Ägyptens, den sowjetisch-ägyptischen Vertrag aufzukündigen und die Schiffe der Militärflotte der Sowjetunion aus seinen Häfen zu verjagen, ist ein mutiger Akt, um die nationale Unabhängigkeit und die staatliche Souveränität zu verteidigen. Dieser Schritt der ägyptischen Regierung, der von allen revolutionären Menschen und Völkern der Welt gebilligt und begrüßt worden ist, stellt einen neuen schweren Schlag gegen die Expansionspolitik der sowjetischen Sozialimperialisten, eine weitere starke Entlarvung der falschen Freundschaft der Kremlführer gegenüber den arabischen Völkern dar.

Das albanische Volk freut sich aufrichtig darüber, daß das Volk und die Regierung Ägyptens die Heimtücke der sowjetrevisionistischen Führer durchschauten und klar die Gefahr erkannt, die es bedeutet, ihrer Flotte verschiedene Erleichterungen zu gewähren. Das albanische Volk begrüßt diesen richtigen und vernünftigen Beschluß der ägyptischen Regierung. Unsere Regierung hat bereits vor vielen Jahren, noch zur Zeit des Präsidenten Nasser, offiziell und freundschaftlich der ägyptischen Regierung ihre Meinung über die Gefahren dargelegt, die die Gewährung von Stützpunkten oder Hafenerleichterungen für die Militärflotte der sowjetischen Sozialimperialisten für Ägypten und für die anderen souveränen Länder des Mittelmeerbeckens darstellt.

Es besteht kein Zweifel, daß das ägyptische Volk und seine Führer aus dieser bitteren Erfahren wertvolle Lehren gezogen haben, um die Freiheit und die Souveränität ihres Landes entschlossen zu verteidigen und in den ägyptischen Häfen keinerlei Militärflotten irgendeiner Supermacht, die sich als Alliierter und Freund aufspielen mag, zu dulden.

Es ist inzwischen klar geworden, daß kein Land seine Hoffnungen zur Verteidigung der Freiheit und Unabhängigkeit seines Vaterlandes auf die USA und auf die Sowjetunion, auf deren Armeen und Kriegsflotten setzen kann, und daß jede Illusion in dieser Hinsicht schwerwiegende Folgen für die Freiheit und Unabhängigkeit nicht nur des eigenen Landes, sondern auch anderer Länder in sich birgt.

Die Verjagung der Sowjetflotte aus den ägyptischen Häfen muß auch den anderen Ländern des Mittelmeerbeckens als Lehre und Beispiel dienen, so daß die Kriegsschiffe der imperialistischen und sozialimperialistischen Kriegstreiber keinen Platz in ihren Häfen, unter welchem Vorwand und in welcher Form auch immer, finden. Das wird sowohl im Interesse des Landes sein, das die Konzessionen zurücknimmt, als auch im Interesse der anderen Länder, im Interesse der Völker, die in guter Nachbarschaft mit allen Völkern, besonders mit den Völkern des Mittelmeerbeckens leben möchten.

Die Kriegsflotten der Supermächte nutzen die Krisensituationen aus und kommen angeblich zu Hilfe, „vergessen" aber, sich wieder zu entfernen. Sie kommen als Freunde getarnt, verwandeln sich aber sehr rasch in Feinde der Völker, in ein Mittel, die bekannte Kanonenbootpolitik zu betreiben, Erpressungen auszuüben und sämtliche Länder zu bedrohen, die in ihren Aktionsradius fallen.

Die Volksrepublik Albanien hat eindeutig und öffentlich ihre Ansicht und ihre Einstellung zum Ausdruck gebracht, daß es ein äußerst gefährlicher Akt ist, unter welchen Bedingungen auch immer, den sowjetischen und amerikanischen Kriegsschiffen, die wie wilde Ungeheuer im Mittelmeer kreuzen, Erleichterungen in den Häfen zu gewähren.

Genosse Enver Hoxha hat in seiner Rede vor den Wählern am 3. Oktober 1974 sehr deutlich zum Ausdruck gebracht, daß sich das albanische Volk entschlossen der Präsenz der Kriegsflotten der Supermächte in fremden Häfen widersetzt. *„Wir erklären unseren Nachbarn:"*, sagte Genosse Enver Hoxha,



Die russischen und amerikanischen Flotten – eine drohende Gefahr für die Völker des Mittelmeerraumes(US-Flugzeuge beobachten russische Schiffe im Mittelmeer)

„In unserem Lande gibt es und wird es keine ausländischen Militärstützpunkte geben. Wir wünschen jedoch, daß auch sie die ausländischen Stützpunkte in ihren Ländern beseitigen. Kein Vorwand kann aufrechterhalten werden, den Flotten der beiden Supermächte nicht nur zu gestatten, ständige Basen zu haben, sondern auch das Recht zuzugestehen, vor Anker zu gehen, repariert und versorgt zu werden. Das ist sehr gefährlich, sowohl für das Land, das diese Zugeständnisse gewährt als auch für den Nachbarn. Mit diesen Handlungen können wir auf keinen Fall einverstanden sein. Wir haben unseren Standpunkt gegenüber den aggressiven amerikanischen und sowjetischen Flotten im Mittelmeer zum Ausdruck gebracht und stehen fest und konsequent zu dieser Politik."

Diese Rede des Genossen Enver Hoxha muß von jenen Ländern, die den Flotten der Supermächte Erleichterungen gewähren, richtig verstanden werden; denn niemand kann diese so einfache und für jedermann erkennbare Sache bestreiten, daß die sowjetischen Sozialimperialisten in irgendeiner Krisensituation z.B., wenn sie eventuell beschließen sollten, Albanien vom Meere aus anzugreifen, dies leichter von den Häfen der Nachbarländer aus tun könnten, als sich vom Mittelmeer aus durch die Straße von Otranto aufzumachen. Die „friedlichen", „freundschaftlich gesinnten" und „unbewaffneten" sowjetischen Schiffe, die in diesen Häfen zur Reparatur oder zu Besuch anlegen, kreuzen in günstigen und von ihren Stäben ausgewählten Augenblicken bewaffnet auf offener See auf und können, wen sie wollen, angreifen. Ein Angriff der Kriegsflotte der sowjetischen Sozialimperialisten kann auch auf das Gastgeberland erfolgen, vielleicht nicht, wenn die Schiffe in den Häfen „unbewaffnet" vor Anker liegen, aber wenn sie bewaffnet aus den Häfen auslaufen.

Irgendjemand mag behaupten, daß von dem Augenblick an, da die Kriegsschiffe der Supermächte die Häfen des Gastgeberlandes verlassen, die Regierung dieses Landes keinerlei Verantwortung dafür trägt, was sie weiter unternehmen, daß sie also die Hände in Unschuld wäscht. Aber es ist nicht so leicht, die Hände in Unschuld zu waschen. Deswegen brandmarken wir offen und prinzipienfest alle von wem und von welcher Seite auch immer unternommenen Handlungen, die die Unabhängigkeit unseres Volkes, die allgemeine Sicherheit auf dem Balkan und im Mittelmeerbecken gefährden.

Worauf die Flotten der Supermächte Kurs nehmen, und was sie zu tun beabsichtigen, wenn sie aus den ausländischen Häfen auslaufen, das kann niemand kontrollieren und auch keine Garantie darüber geben. Die Jugoslawen zum Beispiel konnten, wie sie es selbst zugegeben haben, nicht einmal ihr eigenes Schiff kontrollieren, das im vergangenen Dezember einen albanischen Fischkutter in albanischen Territorialgewässern angriff und seinen Kapitän tötete. Sie versuchen jetzt durch allerlei Rechtfertigungen ihre Hände in dieser Angelegenheit in Unschuld zu waschen. Dieser sträfliche Akt kann jedoch nicht verhüllt werden. Es wurde eine Provokation verübt, ein Mensch wurde getötet, Blut vergossen. An das Problem muß mit größter Ernsthaftigkeit herangegangen werden, und man soll nicht nach „Argumenten" suchen und sie schaffen, um die Hände in Unschuld zu waschen.

Jeder Staat ist souverän und frei, seine Politik so zu betreiben, wie er sie zur Verteidigung der Interessen seines Landes als richtig erachtet und beurteilt. Es ist jedoch weder zulässig noch annehmbar, daß die Verteidigung der Interessen eines Landes auf eine Weise erfolgt, die die Interessen eines anderen Landes berührt und ihnen schadet.

Noch weniger können wir billigen, daß verschiedene Unterstellungen gegenüber der von der albanischen Regierung verfolgten richtigen Politik gemacht werden, die eine prinzipienfeste und korrekte Politik ist, um die Interessen des eigenen Landes und der benachbarten Länder zu verteidigen, mit denen wir in Frieden und guter Nachbarschaft leben wollen.

Uns wundert die Tatsache sehr, daß der Bundesminister für auswärtige Angelegenheiten Jugoslawiens, Minić, in einer Rede vor Offizieren der Belgrader Garnison unser Land beschuldigte, es schüre angeblich die Spannung und es sei nicht für dieses und nicht für jenes. Wir lehnen die unbegründeten Urteile des jugoslawischen Außenministers ab, und wir möchten weder mit ihm noch mit einigen anderen jugoslawischen zentralen und Gebietsführern, die Albanien ungerechtfertigt attackieren, in eine Polemik treten. Nicht Albanien ist es, das die Politik, die Spannung anzuschüren, betreibt. Die Albaner haben keinen jugoslawischen Schiffskapitän in den Territorialgewässern Jugoslawiens getötet. Im Gegenteil. Wir haben die jugoslawischen Verletzer unserer Territorialgewässer im Shkodrasee und in der Buna heil und gesund an die jugoslawischen Behörden übergeben.

Einige Führer des Gebiets von Kosova begehen einen schweren Fehler, wenn sie versuchen, Albanien und seine Politik zu beschmutzen. Sie wissen sehr genau, daß wir uns niemals in die inneren Angelegenheiten Jugoslawiens und Kosovas eingemischt haben. Im Gegenteil. Wenn man es von uns verlangt hat, haben wir aufrichtig und brüderlich mit all unseren Möglichkeiten die Bestrebungen des Volkes von Kosova für die Entfaltung von Bildung und Kultur unterstützt. Diese Unterstützung, die wir nach wie vor als unsere wichtige Aufgabe betrachten, haben wir gegeben und sind bereit, sie, wann immer man sie von uns verlangt, zu geben. Auch sind wir dafür, korrekte Handels- und kulturelle Beziehungen zu der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien aufgrund des gegenseitigen Interesses und Vorteils zu unterhalten. Indessen unternimmt aber die jugoslawische Regierung keinen einzigen Schritt, um das Abkommen über die kulturelle Zusammenarbeit abzuschließen, ein Abkommen, das nicht unserer Schuld wegen seit langem schon in der Schwebe geblieben ist.

Die Volksrepublik Albanien und die Partei der Arbeit Albaniens haben ihre eigene Politik, die eine korrekte und konsequente Politik ist, weil sie marxistisch-leninistisch und internationalistisch ist. Gerade wegen dieser offenherzigen und prinzipienfesten Politik, wegen unserer reifen, konstruktiven und gegenüber den Völkern niemals feindseligen Haltungen, achten und respektieren uns unsere Freunde, wo sie auch immer sein mögen, und die Autorität und das Prestige Albaniens auf der internationalen Arena sind hoch und unerschütterlich. Wir verteidigen nach wie vor das Prinzip, wonach es jedem Staat und jeder Partei freisteht, ihre Politik und Haltungen selber und frei zu bestimmen und so zu handeln, wie es ihnen am besten und vernünftigsten für das eigene Wohl und das Interesse der Freiheit und Sicherheit aller Völker scheint. Was Albanien betrifft, so verfolgt es eine Politik, die nicht durch die verschiedenen Umstände bedingt ist, eine Politik, die den Interessen unseres Landes entspricht, die aber auch die Freiheit, Unabhängigkeit und Souveränität der anderen respektiert.

Wir Albaner lieben und achten die Völker und die Freunde, aber es ist unsere Gewohnheit, frank und frei zu sprechen, weil die Aufrichtigkeit die sicherste und unersetzlichste Waffe für die Festigung der wirklichen Freundschaft und Zusammenarbeit zwischen den Völkern ist.

Genosse Enver Hoxha gibt bekannt

Zwei junge Frauen zu Ministern ernannt

In der letzten Ausgabe des ROTEN MORGEN veröffentlichten wir den von Radio Tirana gesendeten Bericht über den Empfang einer Gruppe chinesischer und albanischer Arbeiter und Spezialisten, die beim Bau des Eisenhüttenkombinats Elbasan mitgearbeitet haben, bei Genossen Enver Hoxha. Wir drucken jetzt den Schlußteil dieses Berichts ab, wie er inzwischen von der albanischen Nachrichtenagentur ATA veröffentlicht wurde. Genosse Enver Hoxha spricht hier über die Entlassung des Landwirtschaftsministers und des Ministers für das Kultur- und Erziehungswesen. Unter der Führung der Partei der Arbeit Albaniens führt das albanische Volk entschlossen den Klassenkampf gegen alle äußeren und inneren Feinde, um die Diktatur des Proletariats zu schützen und zu festigen. Die Entlassung der beiden Minister ist einer der Erfolge der Partei in diesem Kampf.

Genosse Enver Hoxha sagte den Arbeitern, daß die Partei kürzlich den Landwirtschaftsminister und den Minister für das Kultur- und Erziehungswesen entlassen habe, die schwere Verstöße gegen die Parteilinie und schwere Fehler bei der Erfüllung ihrer Aufgaben begangen haben.

Genossin Themie Thomai, 31 Jahre alt, Heldin der sozialistischen Arbeit, die neue Landwirtschaftsministerin der Volksrepublik Albanien.

„Und wißt ihr, wen das Zentralkomitee mit diesen Posten betraut hat? Landwirtschaftsministerin ist Genossin Themie Thomai, eine Frau, die erzogen worden ist, während sie auf den Feldern gearbeitet hat. Zuerst war sie eine einfache Arbeiterin, dann Brigadeführerin, schließlich Leiterin der landwirtschaftlichen Genossenschaft von Kemishtaj und eine auf der höheren Schule ausgebildete Wirtschafts- und Landwirtschaftsexpertin. Ganz sicher wird es für die Genossenschaftsbäuerinnen eine große Freude sein und sie beflügeln, wenn sie sehen, daß zum ersten Mal in der Geschichte Albaniens es eine ihrer Genossinnen verdient hat, eine Abteilung von so lebenswichtiger Bedeutung für unser Land wie das Landwirtschaftsministerium zu leiten. Genossin Themie Thomai wird die machtvolle Unterstützung der Partei und aller Genossenschaftsbauern haben, so daß sich unsere sozialistische Landwirtschaft weiter stürmisch vorwärtsentwickelt, so wie es die Partei erwartet.

Auch im Erziehungswesen ernannte das Zentralkomitee der Partei eine Frau zur Ministerin, die Genossin Tefta Cami, die ebenfalls vom Land kommt. Sie hat die Universität absolviert, war eine einfache Lehrerin, Direktorin einer Schule und Sekretärin des Parteikomitees. Zwei junge Frauen, aber trotz ihrer Jugend mit hohem Bewußtsein und großen Fähigkeiten.

Das ist ein Sieg der Politik der Partei für die vollständige Befreiung der Frau. Es ist die Linie der Partei, daß jedermann die ihm anvertrauten Aufgaben durchführt. Wer nicht richtig arbeitet, der muß zurück aufs Feld und die Menschen vom Land, die gut arbeiten und leiten, werden von der Partei auf leitende Posten versetzt."

Zum Abschluß des Empfangs umarmten Genosse Enver Hoxha und die anderen Partei- und Staatsführer die Gruppe der chinesischen und albanischen Arbeiter und Spezialisten voller Wärme und wünschten ihnen neue Erfolge und Siege.

Rede der Genossin Karin Wagner vor Gericht

"Isolation ist Folter"

Im Dortmunder Prozeß gegen den ROTEN MORGEN waren Genossin Karin Wagner und Genosse Gernot Schubert unter anderem auch deshalb angeklagt, weil der ROTE MORGEN die Isolationsfolter, wie sie gegen politische Gefangene, gegenwärtig vor allem gegen die RAF-Gefangenen ausgeübt wird, angeprangert und zum Kampf gegen sie aufgerufen hat. Genossin Karin Wagner nahm vor Gericht zu dieser Frage Stellung und wies in ihrer Rede nach, daß „Isolationsfolter" keine „Propagandalüge" der revolutionären Bewegung ist, wie es die bürgerliche Presse und die Regierung immer wieder behauptet, sondern Bestandteil der Faschisierung des Staatsapparates. Wir drucken im folgenden leicht gekürzt die Rede der Genossin Karin Wagner ab.

„Die Staatsanwaltschaft wirft mir unter anderem „Verächtlichmachung des Staates" vor. Ein kurzes Beispiel soll hier zu Beginn meiner Ausführungen genügen, um den Charakter dieses Staates deutlich werden zu lassen. Bekanntlich wurden auch Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, das Opfer des blutigen Terrors der Bourgeoisie gegen die Kommunisten und Revolutionäre. Hervorgetan beim Meuchelmord an Karl und Rosa hatte sich ein gewisser Polizeihauptmann Pabst. Über diesen Pabst nun heißt es im Bulletin des Presse- und Informationsdienstes der Bundesregierung im Jahre 1962: ‚Pabst bestreitet nicht seine Verantwortung für die standrechtlichen Erschießungen, aber er versichert, es in höchster Not und in der Überzeugung getan zu haben, nur so den Bürgerkrieg beenden und Deutschland vor dem Kommunismus retten zu können.'

Es ist dieser gleiche Staat, der einem der Mörder Karl und Rosas seine Ehrenhaftigkeit bescheinigt, der heute die politischen Gefangenen psychisch und physisch vernichtet. Die Staatsanwaltschaft behauptet in ihrer Anklageschrift, diese Feststellung, daß der imperialistische Staatsapparat die planmäßige psychische und physische Vernichtung der politischen Gefangenen betreibt, und daß dieses Vorgehen ein Teil der Faschisierung des Staatsapparates ist, sei eine Verächtlichmachung des Staates.

Eine solche Anklageerhebung ist zynisch. Nur wenige Wochen, nachdem das Gericht seine Strafbefehle wegschickte, starb Holger Meins. Kurz nachdem dieser Prozeß gegen uns begann, starb Ulrike Meinhof. Von 5 angeklagten Revolutionären in Stammheim sind zwei bereits tot. Was kann deutlicher zeigen, daß der kapitalistische Staat nicht nur einen Mörder Karl und Rosas in Ehren hält, sondern heute mit ebensolchem Terror gegen Kommunisten und Revolutionäre vorgeht.

Gestern konnte man in der bürgerlichen Presse lesen, daß sich mit Ulrike Meinhof der zweite Angeklagte in Stammheim dem Urteil des Gerichts entzogen habe. Das ist der Gipfel des Zynismus! Wo ist denn diese gleiche Presse, wenn es um solche Naziverbrecher wie den ehemaligen KZ-Baumeister und früheren Bundespräsidenten Lübke geht? Wo, wenn es um den Nazi Kiesinger, um Schiller und wie sie alle heißen geht? Da redet niemand davon, daß diese Verbrecher sich dem Urteil des Gerichts entziehen. Denn wer wie sie im Auftrag der Bourgeoisie Verbrechen begeht, der braucht sich auch keinem Urteil irgendeines Gerichts zu entziehen. Denn die Gerichte urteilen im Namen der herrschenden Klasse. Und deshalb kommen diese Verbrecher auch nicht ins Gefängnis, sondern werden Bundespräsident, Minister usw.

Holger Meins und Ulrike Meinhof sind nicht die einzigen Opfer, die der Terror der Bourgeoisie gegen Revolutionäre und Kommunisten gefordert hat. Thomas Weisbecker, Petra Schelm, Georg von Rauch, Katharina Hammerschmidt, Günter Routhier sind weitere Opfer. Andere wie Karl-Heinz Roth, Manfred Grashof u. a. schweben in Lebensgefahr. Wann dieser Kampf der Bourgeoisie gegen die RAF ein weiteres Opfer fordern wird, ist lediglich eine Frage der Zeit. Die Gefangenen der RAF starben oder schweben in Lebensgefahr auf Grund der Isolationsfolter und auf Grund fehlender ärztlicher Hilfe, wenn sie krank sind. Beides hat seine Vorbilder im Faschismus.

Das Vorbild für den Mord an Katharina Hammerschmidt ist der Mord an Maxim Gorki durch die 5. Kolonne des Hitlerfaschismus in der damals sozialistischen Sowjetunion. Diese Faschisten rühmten damals ihre Methode, jemanden umzubringen, indem man seine Krankheit ausnutzt, als perfekten Mord. Auch die Isolationsfolter ist keine Erfindung der Bourgeoisie heute, sondern hat seine Vorläufer im Hitlerfaschismus.

Was ist Isolationsfolter?

Die Bourgeoisie will natürlich nichts davon wissen, daß Isolation Folter ist. Sie verlegt Folter ins Mittelalter, in die Zeit der Daumenschrauben, der Inquisition. Sie läßt als Folter bestenfalls noch die Tigerkäfige in Vietnam gelten, aber nicht die Isolation in ihren eigenen Gefängnissen.

Wenn die Bourgeoisie Revolutionäre mit der Methode der Isolationsfolter ermordet, warum gibt sie das nicht zu? Weil sie genau weiß, daß man bei dem Wort Folter nicht an Demokratie denkt – und für eine Demokratie sollen die Werktätigen die Bundesrepublik ja halten –, sondern an Faschismus. Tatsächlich ist die Anwendung der Folter gegenüber Revolutionären auch ein Anzeichen für die Faschisierung, ein Anzeichen dafür, daß die Bourgeoisie die Errichtung des Faschismus vorbereitet. Damit die Werktätigen das nicht begreifen, damit sie nicht die Errichtung einer faschistischen Herrschaft verhindern, verweist die Bourgeoisie bei dem Wort Folter auf die Tigerkäfige Vietnams, auf die Daumenschrauben der Inquisition, tut sie so, als bestünde zwischen dem Faschismus und der bürgerlichen Demokratie ein Abgrund.

Manchmal allerdings hört man auch von anderer als dieser Art Folter. Hört man von den Irrenanstalten in der Sowjetunion usw. Da ist es dann so, daß „Bild", wenn diese Meldungen dementiert werden, gerade diese Dementis für den Beweis nimmt, daß gefoltert wird. Und da hat „Bild" auch ausnahmsweise recht. Bloß gilt das eben nicht nur für die Sowjetunion, sondern auch für die Bundesrepublik – die sowjetische herrschende Klasse, wie auch die herrschende Klasse in der Bundesrepublik – wissen sehr gut, weshalb sie die Tatsache der Folter leugnen und weshalb sie gleichzeitig keinem unabhängigen Beobachter gestatten, ihre Irrenanstalten bzw. ihre Toten Trakts zu besichtigen. Weil die Tatsachen nämlich den Vorwurf der Folter beweisen würden. Isolation ist Folter, wie sie in der Sowjetunion, in den USA und der Bundesrepublik angewandt wird und wir denken nicht daran, die modernen Folterknechte noch dafür zu loben, daß sie raffinierter foltern als die Inquisition.

Den Vorwurf der Folter erheben durchaus nicht nur Kommunisten. Bekanntlich hat die bürgerliche Presse oft gehetzt, daß die Genossen der RAF ja zum großen Teil aus bourgeoisen und reichen Elternhäusern kämen. Und das stimmt auch. Aber hören wir, was diese Leute – die teilweise sogar der Großbourgeoisie angehören – zu den Haftbedingungen der RAF-Genossen sagen. In einer Presseerklärung der Eltern und Angehörigen der RAF-Gefangenen heißt es:

‚Eltern und Angehörige der derzeitigen politischen Gefangenen in der BRD sind vor dem Justizministerium in Düsseldorf zusammengekommen, um gegen die Folter an politischen Gefangenen in der BRD zu protestieren. Einige der politischen Gefangenen werden schon seit 3 1/2 Jahren in totaler Einzelhaft gehalten. Den in der Presse gegebenen Bericht des Justizministers Posser über die Hafterleichterungen von Ulrike Meinhof und Gudrun Ensslin weisen wir als Eltern als unwahr und die Öffentlichkeit irreführend zurück. (Justizminister Posser hatte erklärt, für die beiden Gefangenen seien die Haftbedingungen erleichtert worden, sie könnten sich jetzt täglich unterhalten, gemeinsam Schachspielen usw.) Dieser Bericht verschweigt, daß mit den von Minister Posser gepriesenen Haftmethoden, denen Ulrike Meinhof und Gudrun Ensslin zur Zeit in Köln-Ossendorf ausgesetzt sind, bereits drei der Inhaftierten politischen Gefangenen gesundheitlich offen ruiniert worden sind (Astrid Proll, Brigitte Asdonk und Monika Beberich), ehe sie ihr Urteil bzw. ihren Prozeß erhielten. Der Bericht verschweigt, daß mit der Möglichkeit sich zwei Stunden täglich zu treffen, die Haft in Form einer Verlegung in den akustisch Toten Trakt aufs Äußerste verschärft worden ist. Laut ärztlicher, auch Justizminister Posser bekannter Gutachten, lösen dort die einsetzende Desorientierung, Sinnesdeprivation und Kreislauferkrankungen innerhalb kurzer Zeit schon einen unaufhaltsamen Prozeß der Menschenzerstörung aus.

Wir protestieren gegen die Folter als Versuch, die Lebenskraft der Gefangenen zu brechen.

Die von Justizminister Posser zur Verteidigung der Folter im Toten Trakt aufgezählten Verwandten- und Verteidigerbesuche heben die lebensvernichtende Wirkung der Isolation nicht auf.

Possers Erklärung versucht, die Angehörigenbesuche als Alibi in der Öffentlichkeit zu benutzen, um über die faktische Besuchs- und Postsperre hinwegzutäuschen.

Manche von uns wurden aufgefordert, die Gefangenen im Sinne der Ermittlungsbehörden zu beeinflussen. Wir werden vor jedem Besuch von oben bis unten abgetastet. Das Mitbringen von Obst und Zigaretten wird nur vereinzelt erlaubt. Der Besuch wird von bis zu 4 Sicherheitsbeamten überwacht. Von den Gesprächen werden Protokolle angefertigt. Teile der Gespräche und Auszüge aus den Briefen werden als Hilfsmittel der Anklage benutzt. (Und zwar so, daß sie von Anstaltspsychiatern ausgewertet werden, um festzustellen, wie weit der Bourgeoisie die Zerstörung der Gefangenen bereits gelungen ist.) Der Justiz ist es bisher nicht gelungen, den Widerstand der Gefangenen zu brechen. Die Isolationsfolter soll sie dazu bringen, Aussagen zu machen. Da von den Gefangenen keine Aussagen erpreßt werden können, beweist die Isolationsfolter nunmehr Vernichtungsinteresse . . .

Wir fordern von dem verantwortlichen Justizminister Posser die sofortige Aufhebung der menschenzerstörenden Isolationsfolter an Ulrike Meinhof und Gudrun Ensslin und deren Verlegung aus dem Toten Trakt. Wir fordern die gleiche Behandlung der politischen Gefangenen wie alle anderen Gefangenen.'

Das heißt, daß nicht nur der ROTE MORGEN von physischer und psychischer Vernichtung der politischen Gefangenen spricht, sondern auch Angehörige der Bourgeoisie, die bei ihren eigenen Kindern die Erfahrung machen mußten, mit welchen Methoden der Staat seine Machtinteressen gegen Revolutionäre durchsetzt.

Aber nicht nur die Eltern der RAF-Gefangenen sprechen von Folter. Daß Isolation Folter ist, gab zum Beispiel auch der jetzige Justizsenator von Hamburg, Klug, zu, der in einem Fernsehinterview sagte, daß man durchaus von folterähnlichen Auswirkungen sprechen könne. Entlarvend ist auch ein Interview, daß der hessische Justizminister Haempfler dem niederländischen Fernsehen gab.

Frage: ‚Gibt es Isolierhaft?'

Haempfler: ‚Nein, das gibt es nicht. Aber die Öffentlichkeit wird da unterrichtet und es wird mal wieder von Isolierhaft gesprochen, das ist falsch. Ich bin nur für den Ausdruck in Anführungsstrichen.'

Frage: ‚Ja, aber es gibt doch Leute, die isoliert werden in ihren Zellen!'

Haempfler: ‚Die für eine bestimmte Dauer, auch für einen bestimmten Prozeßverlauf, wenn zu befürchten ist, daß sie ihre Strafverfahren verdunkeln wollen, daß man sie da von anderen fern hält. Aber es ist nicht so, daß sie völlig isoliert werden, sie haben den Kontakt mit den Beamten . . . Das mag zutreffen, daß das jemand als Folter empfindet, aber ich bitte zu berücksichtigen, daß Einzelhaft bei uns grundsätzlich, nach unserer Strafprozeßordnung, wegen der Verdunklungsgefahr verhängt wird und zwar grundsätzlich.'

Frage: ‚Aber Isolationsfälle von 6 Monaten bis 1 1/2 Jahren sind doch nicht angemessen, nicht?'

Haempfler: ‚Das ist nicht angemessen, aber das liegt zum Teil ja selbst in der Person des Betroffenen, die durch ihr hartnäckiges Weigern oder durch die Tendenz alles zu verschleiern und auf keinen Fall hier die Wahrheit zu sagen oder die Wahrheitsfindung zu erleichtern, sich das selbst zuzuschreiben haben.'

Frage: ‚Herr Minister, es sind nicht nur Mitglieder der BM-Gruppe, es sind ja auch andere deutsche Gefangene, die sich über Folter beklagen . . . Nimmt der Name der BRD deswegen keinen Schaden?'

Haempfler: ‚Das glaube ich nicht, die wird keinen Schaden erleiden, denn ich betone nochmals, es wird niemand gefoltert. Wenn es notwendig ist, um die Verdunklungsgefahr auszuschalten, daß wenn es notwendig ist, um den Prozeß restlos aufzuklären, dann müssen wir einen Gefangenen vorübergehend, ich betone nochmals vorübergehend, getrennt in Haft halten, um auf diese Weise es der Staatsanwaltschaft zu ermöglichen, einen lückenlosen Beweis zu führen, um dann auch vor Gericht bestehen zu können.'

Dieses Interview beweißt nicht nur, daß die Justizminister genau wissen, daß politische Gefangene gefoltert werden, daß Isolation Folter ist. Dieses Interview macht auch einen Zweck der Isolationsfolter, die Erpressung eines Geständnisses nämlich, sehr deutlich.

Daß Isolation eine besonders geeignete Methode ist, um Geständnisse zu erpressen, wissen nicht erst die heutigen Imperialisten. Das wußten auch die Hitlerfaschisten. In einem Aufsatz der Isolationsfolterspezialisten Gross (der übrigens aus der CSSR kommt) und Svab heißt es: ‚Wenn wir die Absicht, die die Nazis durch Anwendung der psychologischen Gewalt, durch Isolation des Einzelnen verfolgt haben, betrachten wollen, kann man sagen, daß neben den Fällen wo Isolation als Strafe verwendet wurde, hat sie in der großen Mehrzahl der Fälle als ein Mittel gedient, mit dem sie von ihren Opfern ein Bekenntnis verheimlichter Tatsachen erzwingen wollten.'

Heute wird diese Methode der Folter in großem Stil betrieben. So heißt es im Spiegel Nr. 17/76, S. 129:

‚Zahlreiche psychatrische Untersuchungen von Korea- und Vietnam-Gefangenen hatten die Effizienz des Brutal-Drills längst fraglich erscheinen lassen. Kleine GIs, ebenso wie hochdekorierte Kriegshelden waren nicht etwa durch Folter oder Erniedrigung weich geworden. Sie zerbrachen vielmehr am Druck der destruktiven Wirkung längerer Isolation und Dunkelhaft."

Der Spiegel schreibt hier natürlich nicht, daß Isolation Folter ist, er tut vielmehr gerade so, als sei das nicht der Fall. Seine Beschreibung der Isolation macht aber gerade deutlich, daß Isolation Folter, raffinierte Folter ist.

Bei den Gefangenen der RAF versucht man dieses Ziel, Geständniserpressung, ebenfalls mittels Isolationsfolter zu erreichen. So wurde zum Beispiel Astrid Proll, als sie im Toten Trakt von Köln-Ossendorf saß, eine Wechselsprechanlage angeboten, mit der sie sich mit einer ihr unbekannten anderen Gefangenen unterhalten könne. Das heißt, die Bourgeoisie spekuliert also darauf, daß Astrid Proll diese scharfe Form der Isolation nicht aushält und man auf diese Weise Informationen bekommen kann, mit denen man die RAF weiter zerschlagen (das war 1973), mit denen man die Gefangenen selbst leichter und plausibler der vom Staatsanwalt erhobenen Anklage ‚überführen' kann.

Das zweite Ziel der Isolationsfolter ist die Gehirnwäsche. Dazu heißt es in dem bereits erwähnten Spiegelartikel: ‚Wird das Gehirn reizmäßig unterernährt, entzieht man ihm Farben, Töne, Gerüche, Tastempfindungen, so gutachtete vor neun Jahren der Princeton-Psychiater Bryant Wedge, dann sei Gehirnwäsche leicht möglich.'

Und ein anderer amerikanischer Psychiater, Delgado, sagte:

‚Erschöpfung und Reduktion von Sinneseindrücken rufen bekanntlich geistige Störungen hervor und bauen Verteidigungsmechanismen ab. Diese Methoden sind bei Gehirnwäsche oder ‚Reformierung der Gedanken' benutzt worden, um Gefangene zu indoktrinieren.'

Dieser zweite Zweck der Isolationsfolter ist natürlich gerade bei politischen Gefangenen von Interesse. Besser noch als ein toter Revolutionär ist für die Bourgeoisie ein Revolutionär, der – wenn er nicht ‚bekehrt', also zum Verrat

Fortsetzung auf Seite 10

Karin Wagner auf der Demonstration gegen den ROTER-MORGEN-Prozeß

Fortsetzung von Seite 9

an der Befreiung der Arbeiterklasse gebracht werden kann und so zum Propagandisten für die Bourgeoisie werden kann, — zumindest ein ‚friedlicher Bürger" wird. Dazu berichtet Professor Sigrist aus Münster:

‚In einem Konzentrationslager auf einer der Kapverdischen Inseln werden Gefangene monatelang völlig isoliert. Sie dürfen weder Briefe noch Bücher erhalten. In die Zellen, die zum Teil unter Meerwasser gesetzt werden können, dringt kein menschlicher Laut. Einzelne Gefangene werden monatelang in Zisternen gefangengehalten. Gefangene, die nach zweijähriger Isolierungshaft entlassen wurden, waren auf Grund der schweren psychischen Schäden zu keiner Form politischen Widerstands mehr fähig.'

Auch bei den Gefangenen der RAF wird auf diese Weise versucht, ihre revolutionäre Gesinnung zu brechen. So erklärte der hessische Justizminister Benda den Eltern von Ulrich Luther, ob Ulrich Luthers Haftbedingungen geändert würden, hänge von seiner ‚Einstellung' ab. Und als Ulrich Luther zum ersten Mal in Isolierhaft kam, hieß es im entsprechenden Gerichtsbeschluß:

‚Sollte das politische Engagement die einzige Alternative zur Hoffnungslosigkeit seines Daseins bleiben, wird er wohl kaum in irgendein bestehendes soziales Gefüge zurückfinden. Ulrich Luther erscheint zur Zeit nicht gemeinschaftsfähig.'

Das ist wohl das bisher offenste Eingeständnis der bürgerlichen Klassenjustiz über die planmäßig betriebene physische und psychische Vernichtungsabsicht gegenüber politischen Gefangenen, gegenüber Revolutionären.

Was heißt das denn anderes als: Engagiert man sich politisch, engagiert man sich für den revolutionären Sturz der Bourgeoisie, dann ist man in der Bundesrepublik nicht ‚gemeinschaftsfähig', dann ist man freigegeben für die Vernichtung durch die Justiz, durch die Polizei. Das ist keinesfalls die Meinung eines einzelnen Gerichts. Das ist eben darunter zu verstehen, wenn Bundeskanzler Schmidt, wie in seiner Rede zur ‚Inneren Sicherheit' davon spricht, daß man den Terrorismus ‚ausrotten muß'.

Diese Isolationsfolter, deren Ziele im Kampf gegen die Revolutionäre und gegen die Kommunisten oben gezeigt wurden, wurde und wird systematisch entwickelt, sie ist ein eigener Wissenschaftszweig. Bezahlt wird diese Folterwissenschaft von der Deutschen Forschungsgemeinschaft, betrieben wird sie in der Bundesrepublik vor allem in Hamburg. Als der Vorwurf der Isolationsfolter verstärkt in der Bundesrepublik erhoben wurde, da schlugen diese Forscher die Hände zusammen, wiesen ihn als ‚infame Verleumdung' zurück. Liest man aber ihre Schriften, so findet man Stellen, in denen ausdrücklich darauf hingewiesen wird, daß die Ergebnisse ihrer Wissenschaft für die Justiz von großem Interesse seien. Und tatsächlich liegen ihre Ergebnisse auch den Justizministern vor. Ein unfreiwilliges Eingeständnis der Wissenschaftler über den wahren Zweck ihrer Forschung ist es, wenn gleichzeitig erklärt wird, ‚daß die Forschungsergebnisse im Strafvollzug zu einer Verfeinerung der Methoden mißbraucht werden könnten!'

Isolationsfolter — Teil der Faschisierung

Die Bourgeoisie braucht die Isolationsfolter nicht nur und nicht vor allem für ihren heutigen Kampf gegen die RAF. Sie braucht die Isolationsfolter für die Zukunft. Die Entwidmung (Beseitigung) des Toten Trakts in Köln-Ossendorf wurde von Justizminister Posser abgelehnt, auch nachdem die Gefangenen der RAF nach Baden-Württemberg verlegt wurden. Warum wohl? Die Untersuchung des Toten Trakts in Hannover ergab, daß aufwendige Umbauten vorgenommen worden waren. Alles nur für Ronald Augustin? Und es gibt ja nicht nur die Toten Trakts. Es gibt die eigens nach dem Vorbild der „camera silens" in Hamburg errichteten Isolationszellen in Westberlin, in Bruchsal usw. Alle diese Tatsachen zeigen, daß sich die Isolationsfolter nicht, wie die Bourgeoisie glauben machen will, gegen einige wenige ‚Terroristen' richtet, sie zeigen, daß sich die Bourgeoisie auf einen langen und erbarmungslosen Kampf gegen revolutionäre Arbeiter und Kommunisten einrichtet. Die Isolationsfolter wird ein fester Bestandteil dieses Kampfes bleiben.

Isolationsfolter — eine faschistische Methode. Die Bourgeoisie streitet bekanntlich dies alles ab. Ein Ausschnitt aus einem Brief eines Mitglieds des Parlamentarischen Rates, Professor Eberhard, zeigt deutlich, warum die Bourgeoisie dem Volk nicht die Wahrheit sagen kann und will über die Folter.

‚Einen Menschen monatelang als einzige Insassin in einem Gefängnisflügel ‚wie im Vakuum' zu halten, ist in der Tat Folter. Ich weiß das aus der Zeit des Dritten Reiches. Amnesty International startet morgen eine internationale Kampagne zur Abschaffung der Folter. Wollen Sie dazu einen ‚Fall' liefern?

Lesen Sie Artikel I des Grundgesetzes. Ich war Mitglied des Parlamentarischen Rats. Den Artikel I haben wir geschrieben in Erinnerung an die Erlebnisse im Dritten Reich. Ich jedenfalls hätte es damals für unmöglich gehalten, daß Richter in der Bundesrepublik so bald wieder die Würde eines Mitmenschen — was immer er getan hat — so schwer verletzen würden.'

Deshalb wird einerseits der Gebrauch des Wortes Folter verboten über den Weg der Presse (Anweisung des Innenministeriums), zweitens über den Weg der massiven Einschüchterung, wenn etwa Bundeskanzler Schmidt erklärt, jeder, der das Wort Isolationsfolter gebrauche, sei für ihn ein ‚Sympathisant der Baader-Meinhof-Bande'. Was angesichts der bekannten Folgen, die man als solcher Sympathisant zu erwarten hat, eine massive Drohung ist.

Wie die Bourgeoisie andererseits versucht, ‚Zeugen' für ihre Lügen zu bekommen, zeigte der Skandal um Minister Posser und Amnesty International. Der Minister brachte groß heraus, auch Amnesty International habe erklärt, es gäbe keine Folter in der Bundesrepublik. Wie sich auf Grund von Protesten durch Amnesty International herausstellte, war dies aber nicht das Ergebnis einer Untersuchung durch Amnesty, (sie hatte nicht stattgefunden), sondern die Quintessenz der Äußerungen von Bundesanwalt Buback zu diesem Thema. Mit jemand anderem hatte der Vertreter von Amnesty nämlich damals gar nicht sprechen können.

Die Bourgeoisie gibt sich große Mühe, die Tatsache und den Begriff der Folter auszumerzen, weil er eine Maßnahme der Faschisierung ist. Warum reagiert die Bourgeoisie so allergisch, wenn der ROTE MORGEN von Faschisierung des Staatsapparates spricht? Weil sie ein Interesse daran hat, so zu tun, als gäbe es eine Kluft zwischen Faschismus und bürgerlicher Demokratie, weil sie hofft, so den Kampf gegen die Faschisierung und damit letztlich das Zuvorkommen der proletarischen Revolution gegenüber dem Faschismus verhindern zu können.

Sie belügt das Volk über das Wesen und die Aufgabe des Faschismus. Ist denn der Faschismus das Werk einer Partei, das Werk eines größenwahnsinnigen Mannes wie Hitler, ist der Faschismus die Herrschaft irgendeiner besonders blutrünstigen Clique? Nein! ‚Der Faschismus — das ist die Macht des Finanzkapitals selbst. Das ist die Organisierung der terroristischen, blutigen Niederhaltung der Arbeiterklasse und des revolutionären Teiles der Bauernschaft und der Intellektuellen.' (Dimitroff).

Wie kommt der Faschismus an die Macht? Bricht der Faschismus über die Arbeiterklasse herein wie eine Naturkatastrophe, bricht er über Nacht über ein Volk herein? Dazu sagt Genosse Dimitroff:

‚Genossen, man darf sich den Machtantritt des Faschismus nicht so glatt und einfach vorstellen, als faßte irgendein Komitee des Finanzkapitals den Beschluß, an dem und dem Tage die faschistische Diktatur aufzurichten.' Vielmehr ist es eine Tatsache, ‚daß vor der Errichtung einer faschistischen Diktatur die bürgerlichen Regierungen in der Regel verschiedene Etappen durchlaufen und eine Reihe reaktionärer Maßnahmen durchführen, die den Machtantritt des Faschismus vorbereiten und unmittelbar fördern. Wer in diesen Vorbereitungsetappen nicht gegen die reaktionären Maßnahmen der Bourgeoisie und gegen den anwachsenden Faschismus kämpft, der ist nicht imstande, den Sieg des Faschismus zu verhindern, der fördert ihn vielmehr.'

Das gilt auch für die Bundesrepublik. Die Bundesrepublik ist eine bürgerliche Demokratie. Aber die Merkmale der Faschisierung treten immer deutlicher hervor. Stets gilt für die bürgerliche Demokratie, daß sie mit Hilfe der Klassenjustiz die Arbeiterklasse und Revolutionäre und Kommunisten unterdrückt. Weil ich hier unter anderem auch wegen dieses wissenschaftlichen Begriffs ‚Klassenjustiz' angeklagt bin, will ich dazu kurz etwas sagen. Jemand sagte: ‚Wenn jemand 15 Millionen Mark Steuern hinterzieht, so ist das nur eine Ordnungswidrigkeit, die mit höchstens 100 000 DM bestraft wird, die der Mann doch vorher kaltlächelnd einkalkuliert. Wenn jemand vorsätzlich Belege fälscht zum Zwecke der Steuerhinterziehung, so ist das ebenso nur eine Ordnungswidrigkeit. Wenn aber jemand im Warenhaus einen Kamm stiehlt, dann ist das ein Vergehen.' Diesen Sachverhalt stellt niemand anders als der Chef des Bundeskriminalamtes Herold fest. Diese Tatsachen zeigen, daß es Klassenjustiz gibt. Klassenjustiz ist also das Normale in der bürgerlichen Demokratie. Ein Zeichen für Faschisierung ist es, wenn für die Gerichtsverhandlungen solche Konzentrationslager errichtet werden wie in Stammheim und anderswo. Stets gilt für die bürgerliche Demokratie auch, daß die Polizei ein Gewaltorgan, ein Teil des Staatsapparates, zur Unterdrückung der Werktätigen ist. Ein Zeichen der Faschisierung ist es aber, wenn es solche MEKs, Mordeinsatzkommandos, gibt, wie wir sie haben, wenn ein neues Gesetz jetzt sozusagen der Polizei den Todesschuß empfiehlt, wenn die Polizei wie jetzt beim Druckerstreik mit Knüppeln, Tränengas und Chemical Mace gegen die Arbeiter vorgeht.

Stets gilt für die bürgerliche Demokratie, daß die Gefängnisse zum Gewaltorgan der Kapitalistenklasse gehören. Ein Zeichen für die Faschisierung ist es, wenn die Bourgeoisie systematisch Folterforschung betreibt und diese ebenso systematisch gegen die politischen Gefangenen anwendet, wenn diese Gefängnisse Tote Trakts und Isolationszellen enthalten.

Es entspricht also den Tatsachen, daß die Bourgeoisie die Faschisierung betreibt, daß sie die Errichtung einer faschistischen Diktatur vorbereitet, weil sie weiß, daß sie auf die Dauer die Werktätigen mit der Herrschaftsform der bürgerlichen Demokratie nicht unterdrücken kann.

Ist diese Tatsache ein Zeichen der Stärke der Bourgeoisie? Nein, das ist sie nicht. Es liegt auf der Hand, daß es der Bourgeoisie lieber wäre, sie könnte zum Beweis der angeblich herrschenden Demokratie, zum Beweis, wie fest sie im Sattel sitzt, die Kommunisten ungehindert arbeiten lassen. Aber das hält sie eben für zu gefährlich. Es liegt auf der Hand, daß die Bourgeoisie, zum Beweis dafür, daß die Werktätigen ihre Auffassung von der ‚wehrhaften Demokratie' teilen, ihre Isolationsfolter lieber unter dem Beifall der Öffentlichkeit ausüben würde. Aber so sind die Verhältnisse eben nicht. Die Bourgeoisie weiß genau, daß, wenn die Werktätigen über die Folter Bescheid wüßten, das Ergebnis nicht Zustimmung, sondern Empörung, Haß wäre. Deshalb muß sie diese Tatsachen der Folter geheimhalten, muß sie die Pressefreiheit immer mehr einschränken, muß sie Richtlinien erlassen, die den Gebrauch des Wortes Folter verbieten usw. Aber auch andersherum ist das kein Beweis der Stärke. Denn die Bourgeoisie erreicht mit der Folter nicht ihr Ziel. Keiner der grausam gefolterten Genossen der RAF hat seinen revolutionären Kampf verraten. Auch Ulrike Meinhof nicht. Und auch in Zukunft wird das wirkungslos bleiben, wenn diese Isolationsfolter, worüber wir uns keinerlei Illusionen machen, auch gegen uns Kommunisten und andere Revolutionäre angewandt wird. Das steht fest. Die Faschisierung ist ein Zeichen der Schwäche der Bourgeoisie wie der Faschismus selbst auch. Dazu sagt Stalin:

‚Den Faschismus darf man nicht nur als ein Zeichen der Schwäche der Arbeiterklasse' — es ist natürlich ein Zeichen der Schwäche der Arbeiterklasse, wenn sie den Sieg des Faschismus nicht verhindern kann —, **und als Ergebnis der Verräterein an der Arbeiterklasse seitens der Sozialdemokratie betrachten, die dem Faschismus den Weg ebnete. Man muß ihn auch als Zeichen der Schwäche der Bourgeoisie betrachten, als Zeichen dafür, daß die Bourgeoisie nicht mehr imstande ist, mit den alten Methoden des Parlamentarismus und der bürgerlichen Demokratie zu herrschen und in Anbetracht dessen gezwungen ist, in der Innenpolitik zu terroristischen Regierungsmethoden zu greifen.'**

Weil das so ist, dürfen und werden wir uns von der zunehmenden Faschisierung nicht einschüchtern lassen. Müssen wir vielmehr unseren Kampf verstärken, um diesen imperialistischen Staat zu zerschlagen, um die Diktatur des Proletariats zu errichten, um so ein für allemal Schluß zu machen mit Folter, Polizeiterror, Unterdrückung und Ausbeutung.

Vorwärts zu einem vereinten, unabhängigen, sozialistischen Deutschland!

Vorwärts mit der KPD/ML!"

Terrorurteile im ROTER-MORGEN-Prozess

Fortsetzung von Seite 1

Das Urteil von insgesamt 16 Monaten Gefängnis wurde allein auf Grund von Artikeln in 12 Ausgaben des ROTEN MORGEN verhängt. Das bedeutet fast 1 1/2 Monate Gefängnis pro Ausgabe. Dieses Terrorurteil beweist in aller Deutlichkeit, daß die angebliche „Pressefreiheit" pure Heuchelei ist. Sie bedeutet lediglich für eine Handvoll Kapitalisten die Freiheit, zu verdrehen, zu hetzen und zu lügen, wie es der Erhaltung ihrer Herrschaft dienlich ist. Wo aber, wie im ROTEN MORGEN, vom Standpunkt der Arbeiterklasse aus die Wahrheit über Ausbeutung und Unterdrückung geschrieben und den Werktätigen der revolutionäre Ausweg aus dem Elend des Kapitalismus gewiesen wird, da hört die Freiheit in diesem Staat auf, da werden Gefängnisstrafen verhängt.

Von Beginn des Prozesses an haben die Genossen Karin Wagner und Gernot Schubert bewiesen, daß der ROTE MORGEN nichts als die Wahrheit geschrieben hat, wenn er vom „Ausbeuterstaat", von der „Kapitalistenklasse", von „angeblicher Demokratie" schrieb; wenn er feststellte, daß in westdeutschen Gefängnissen politische Gefangene durch Isolierhaft gefoltert werden. Und nicht eine dieser Tatsachen hat die bürgerliche Klassenjustiz im Verlauf dieses Prozesses entkräften können. Der Staatsanwalt ging in seinem Plädoyer nicht einmal darauf ein, ob es eine Kapitalistenklasse gäbe, ob dieser Staat ein Ausbeuterstaat sei. Im Zusammenhang mit der Frage der Isolationsfolter an politischen Gefangenen ging die Klassenjustiz sogar soweit, einen Sachverständigen schlichtweg als „befangen" abzulehnen, weil dessen Gutachten die Wahrheit von der Isolationsfolter bekräftigt hätte.

Die Klassenjustiz zeigte offen, daß es nicht um die Wahrheit ging, sondern darum, im Interesse der Ausbeuterherrschaft die Wahrheit zu unterdrücken. Denn was die Bourgeoisie fürchtet, ist, daß die Wahrheit über diesen Staat, daß die marxistisch-leninistische Wahrheit von der Notwendigkeit, den Kapitalistenstaat zu stürzen, um die Diktatur des Proletariats zu errichten, unter der Arbeiterklasse immer breiter Fuß faßt. Offen erklärte der Staatsanwalt in seinem Plädoyer: „Wenn die Angeklagten das nur in der Partei so geäußert hätten, wären sie nicht verfolgt worden!" Was zeigt deutlicher die Furcht der Bourgeoisie vor dem Volk und vor dem Marxismus-Leninismus. Und er strafte sich selbst Lügen, wenn er zugleich behauptete, der ROTE MORGEN sei praktisch isoliert, niemand glaube ihm, denn 95 bis 98% der Bürger bejahten unseren Staat. Wenn das so wäre — warum denn dann diese Terrorurteile, warum dann die zahllosen Prozesse, warum Gefängnis für die Redakteure? Warum muß denn der Staatsanwalt und die Klassenjustiz per Gerichtsverfahren darüber entscheiden, welche Zeitung das Volk lesen darf und welche nicht? Zurecht traut die Bourgeoisie der „Überzeugungskraft" des Kapitalismus, ihrer Klassendiktatur, nur wenig.

In seinem Plädoyer stellte der Staatsanwalt offen fest: Es gäbe durchaus Mißstände in diesem Staat, die Multis, der Einfluß der Großbanken, daß Nazileute in den Justizapparat hineingekommen wären, und man dürfe das auch durchaus kritisieren. Die Angeklagten aber würden „über das Ziel hinausschießen". Sie wollten nicht legale „Verbesserungen", sondern den Sturz des Staates. Und das sei eben eine „verbrecherische Gesinnung", gegen die „der Staat sich wehren muß". In seinem Schlußwort zeigte Genosse Gernot dazu noch einmal klar auf, daß es eben zwei Ziele gäbe: Zum einen das Ziel der Bourgeoisie ihre Klassenherrschaft, ihre Diktatur, gegen die Arbeiterklasse zu erhalten und auf der anderen Seite das Ziel der Arbeiterklasse, diese Herrschaft zu stürzen, um die Diktatur des Proletariats zu errichten, die Herrschaft der Millionen Werktätigen unter der Führung der Arbeiterklasse. Im Rahmen der „erlaubten Kritik" zu bleiben, wie dies eben die modernen Revisionisten tun, bedeutet nichts anderes, als sich in den Dienst der Kapitalistenklasse und ihres Zieles zu stellen. Die Marxisten-Leninisten aber werden stets „hinausschießen über das Ziel", das die Bourgeoisie und ihr Staatsanwalt gesteckt haben. „Wenn uns die Bourgeoisie heute derart massiv bekämpft", erklärte Genosse Gernot vor der Klassenjustiz, „ist das gut und nicht schlecht. **Es steht absolut fest, — auch wenn die Verfolgung des Marxismus-Leninismus und der Partei durch die Bourgeoisie sich weiter verschärft: Keine Macht der Welt wird uns daran hindern, für ein vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland zu kämpfen. Keine Macht der Welt wird verhindern, daß wir eines Tages auf den Trümmern der kapitalistischen Staaten in Ost und West die Diktatur des Proletariats, die sozialistische deutsche Republik errichten werden!"**

DIE HAUPTTENDENZ IN DER WELT IST REVOLUTION!

Kampfplattform der Bergleute Boliviens

„L'Humanite rouge", die Tageszeitung der französischen Kommunisten Marxisten-Leninisten veröffentlichte in ihrer Ausgabe vom 13. Mai einen Korrespondentenbericht über einen neuen Erfolg der bolivianischen Bergleute im Kampf gegen die faschistische Diktatur des Regime Banzers, den wir hier abdrucken.

Am 7. Mai wurde in Corocoro, 85 km südlich von La Paz, der „Kongreß der Bergleute Boliviens" mit der Annahme einer „Plattform für den Kampf" beendet. Der Kongreß begann am 1. Mai. 400 Delegierte vertraten 33 000 Bergleute des Landes, und zwar sowohl die der staatlichen als auch die der privaten Unternehmen.

Es ist bekannt, daß das faschistische Banzer-Regime alle Gewerkschaften verboten hat. Die Bergleute haben dem Verbot der Regierung, sich zu vereinigen, und allen Repressionen getrotzt. Angesichts der Einheit und der Kampfkraft der Bergleute wagte die Polizei nicht einzuschreiten. Die „Plattform für den Kampf", die vom Kongreß gebilligt wurde, weist „jede patriachalische und korporative Einmischung in die Arbeiterbewegung seitens der Regierung" mittels gewerkschaftlicher Beisitzer" zurück, die vom Arbeitsministerium ernannt werden und die keineswegs, wie die Arbeiter erklären, ihre Vertreter sind, sondern profaschistische Handlanger.

Die Bergleute fordern einen Mindestlohn von 80 Pesos am Tag (das entspricht etwa DM 11,50) und drohen mit einem unbefristeten Streik, wenn ihnen diese Lohnerhöhung nicht innerhalb eines Monats zugesichert wird. Der Kongreß hat die Forderung nach Generalamnestie für alle von der Justiz verfolgten oder eingekerkerten Arbeiter aufgestellt, sowie nach Rückkehr der im Exil lebenden.

Weiter fordert die „Plattform für den Kampf" die Einführung des Sechsstundentages für alle Bergleute unter Tage. Die mittlere Lebenserwartung eines bolivianischen Bergmanns liegt bei 37 Jahren. Das Rentenalter ist auf 50 Jahre festgesetzt. Wie der Kongreß betonte, erreichen nur wenige Bergleute dieses Alter, der größte Teil von ihnen stirbt infolge von Silikose, Tuberkulose und anderen Krankheiten.

Darüberhinaus hat der Kongreß die Wiedereinführung der Autonomie der Universität gefordert. Eines der Charakteristiken der bolivianischen Arbeiterbewegung und insbesondere der Bewegung der Bergleute ist die Verbindung mit den Studenten, die trotz aller Spaltungsversuche entwickelt und verteidigt werden konnte. Im März unterstützten die Bergleute den Streik der Studenten sehr wirksam durch eine 48-stündige Arbeitsniederlegung aus Solidarität mit ihrem Kampf gegen die Diktatur. Der Kongreß drückte seine großartige gewerkschaftliche Einheit auf der Grundlage des kompromißlosen Kampfes gegen die faschistische Diktatur aus.

Selbst nach Auskunft der Presseagenturen bedeutet er einen Sieg der korrekten Positionen der Kommunistischen Partei Boliviens/Marxisten-Leninisten über die „reformistischen" Positionen der revisionistischen Partei. Die bolivianischen Bergarbeiter haben so die Grundlage befestigt für neue Kämpfe und neue Siege gegen das faschistische Regime.

46. Jahrestag der KP Malayas

Die Kommunistische Partei Malayas konnte kürzlich den 46. Jahrestag ihrer Gründung feiern. Aus diesem Anlaß veröffentlichen wir im folgenden Auszüge einer Erklärung, die der Rundfunksender „Stimme der malaiischen Revolution" am 29. April gesendet hat.

In der Erklärung heißt es, daß der Weg der Revolution niemals einfach ist oder geradewegs zum Ziel führt. „In den Stürmen des Klassenkampfs geboren hat die Kommunistische Partei Malayas einen Weg des harten und glorreichen Kampfes hinter sich. In den vergangenen 46 Jahren hat unsere Partei zweimal, über 30 Jahre lang, revolutionäre bewaffnete Kämpfe geführt. Der zweite revolutionäre Kampf dauert, ohne abzubrechen, weiter an und entwickelt sich vorwärts."

Die Kommunistische Partei Malayas hat die Völker Malayas während des 2. Weltkrieges dazu aufgerufen, zu den Waffen zu greifen, um die faschistischen Eindringlinge aus dem Land zu jagen. Nach dem Sieg im Krieg gegen die japanischen Imperialisten kämpften die unterdrückten Volksmassen Malayas unter der Führung ihrer Partei gegen den britischen Imperialismus und erschütterten seine Herrschaft über das Land bis in die Grundfesten. Die britischen Imperialisten mußten dem Land die Unabhängigkeit geben, aber es gelang ihnen, ein neokolonialistisches Regime zu errichten und den Staat Malaysia zu gründen. Gleichzeitig gelang es ihnen, der Kommunistischen Partei Malayas und den Befreiungskämpfern schwere Schläge zu versetzen. Das war eine Folge des Verrats der modernen Revisionisten innerhalb der Partei, die mit dem Auftreten der Chruschtschow-Revisionisten offen hervortraten, Verwirrung in den Reihen der Partei und der Befreiungskämpfer stifteten, die Einstellung des bewaffneten Kampfes verlangten und bereit waren, für die Beteiligung an der neokolonialistischen Regierung die Revolution zu verraten. Aber die Kommunistische Partei Malayas führte einen entschiedenen Kampf gegen diese Verräter, warf sie aus der Partei, richtete ihre Reihen von Neuem auf marxistisch-leninistischer Grundlage aus und stärkte sich, um den bewaffneten Kampf mit neuer Kraft und unverminderter Stärke wiederaufzunehmen.

Die „Stimme der malaiischen Revolution" erklärt deshalb: "Unsere Partei hat beim Sieg im antijapanischen Krieg, während der langen Zeit, in der sie Rückschläge erlitten hat, während der Offensiven, der Rückzüge und der erneuten Offensiven seit dem antibritischen Befreiungskrieg, die Erfahrung gemacht, daß wir niemals den Weg der sogenannten ‚parlamentarischen Demokratie' ... im Kampf für den Sieg unserer Revolution gehen dürfen. Wir müssen vielmehr den Weg gehen, die Städte vom Land her einzukreisen und die politische Macht durch den bewaffneten Kampf zu erringen. An diesem korrekten Weg müssen wir unter allen Umständen festhalten."

In Bezug auf die internationale Lage bekräftigt die Kommunistische Partei Malayas ihre Verbundenheit mit der Kommunistischen Partei Chinas und allen anderen wahrhaft kommunistischen Parteien. Sie prangert die beiden imperialistischen Supermächte, die USA-Imperialisten und die russischen Sozialimperialisten, an, in ihrem Kampf um die Weltherrschaft einen neuen Weltkrieg heraufzubeschwören.

Abschließend wird in der Erklärung festgestellt: „Auf unserem Weg vorwärts wird es noch viele Schwierigkeiten und Windungen und Wendungen geben. Der Kampf ist langwierig, aber die Zukunftsaussichten sind glänzend. Unter der Führung der Kommunistischen Partei Malayas wird das malaiische Volk den langwierigen Kampf weiterführen und neue Siege erringen."

Zimbabwe: Die Befreiungskämpfer nähern sich der Hauptstadt

Während die Imperialisten und das rassistische Regime Rhodesiens versuchen, das Volk von Zimbabwe mit ihren Parolen von „Entspannung im Süden Afrikas", „Lösung der Konflikte durch Verhandlungen" usw. zu entwaffnen versuchen, verstärken die Befreiungskämpfer den bewaffneten Kampf gegen das rassistische Smith-Regime.

Es ist jetzt gerade zehn Jahre her, daß sich die Patrioten von Zimbabwe zum bewaffneten revolutionären Kampf erhoben. Damals überfielen sie in der Stadt Sinoia eine Abteilung der rhodesischen Armee und lieferten sich mit ihr ein Feuergefecht. Seit dieser Zeit hat sich der bewaffnete Kampf auf weite Teile des Landes ausgedehnt und zahlreiche neue Partisanengebiete sind geschaffen worden. Die Befreiungskämpfer nähern sich jetzt bereits der Hauptstadt Salisbury und haben sie in ein Feuerdreieck von drei Städten der Umgebung aus eingeschlossen. Das Smith-Regime verlor innerhalb von zwei Jahren über eintausend Soldaten seiner Armee. In der letzten Zeit griffen die Befreiungskämpfer unter anderem die Straße, die Salisbury mit Südafrika verbindet, an und übernahmen die vollständige Kontrolle über einen ganzen Streckenabschnitt dieser Straße. Es ist bemerkenswert, daß die Befreiungskämpfer inzwischen auch dazu übergegangen sind, einzelne Städte anzugreifen.

Der Kampf des Volkes von Zimbabwe erschwert die Lage des rassistischen Smith-Regimes immer mehr und es greift, neben den „Entspannungs"-parolen, die das Volk entwaffnen sollen, zu immer größerem Terror, in der vergeblichen Hoffnung, den Kampf zu unterdrücken. Im Nordosten des Landes hat das Smith-Regime damit begonnen, Konzentrationslager zu errichten und ist zur physischen Ausrottung ganzer Stämme und zu Massenfestnahmen in den afrikanischen Dörfern übergegangen. Die Mannschaftsstärke der Armee und der Polizei wurde beträchtlich erhöht, mit der Anwerbung von Söldnern, vor allem in den USA und in England, wurde begonnen. Das rassistische Regime Südafrikas schickte bereits 4 000 bestens ausgerüstete Soldaten nach Rhodesien.

Aber all dies hat nur bewirkt, daß sich der Widerstand und der Kampf des Volkes noch mehr verstärken. Beweis dafür ist nicht nur die Erweiterung des Befreiungskampfes, sondern auch die breite Protestbewegung der werktätigen Massen in den Städten, wie z. B. in Salisbury, wo die Demonstranten bei Auseinandersetzung mit den Smith-Truppen offen die Regierungsgebäude stürmten.

Der Volkskrieg, den das Volk von Zimbabwe führt, zeigt immer mehr seine Unbezwingbarkeit. Deswegen vertraut das Volk von Zimbabwe darauf, daß es nur durch den Volkskrieg allein seine Freiheit erringen kann, denn nur durch den bewaffneten Kampf kann dem Feind mit Gewalt das genommen werden, was dieser sich ebenfalls mit Gewalt angeeignet hat.

Aus aller Welt

DÄNEMARK

Unter der Führung der KFML (Kommunistischer Bund/Marxisten-Leninisten) nahmen in Kopenhagen an der Demonstration zum Roten 1. Mai 2 000 Menschen teil. Im Verlauf der Demonstration wuchs der Zug weiter an, so daß an der Abschlußkundgebung schließlich 3 000 bis 3 500 Menschen teilnahmen. Die Demonstrationsteilnehmer riefen Parolen gegen Reformismus und Revisionismus, gegen Imperialismus und die beiden Supermächte, für ein sozialistisches Dänemark. Zum ersten Mal in diesem Jahr führte die KFML im ganzen Land Demonstrationen durch. Unter anderem in Esbjerg, Herning, Odensee und Alborg.

ISLAND

Trotz der ständigen Proteste der Fischer und der Regierung Islands betreiben die britischen Fischkutter weiterhin ihren rechtswidrigen Fischfang in den Gewässern des Landes. Am 14. Mai wurde bekannt, daß die britischen Imperialisten in den letzten Tagen noch mehr Kriegsschiffe und noch mehr Flugzeuge ihrer Luftwaffe in den isländischen Gewässern zusammengezogen haben. Die Kanonenboot- und offene Raubpolitik des britischen Imperialismus gegenüber Island hat tiefste Empörung im isländischen Volk hervorgerufen. In der letzten Zeit fanden überall im Land Protestdemonstrationen und Kundgebungen statt. Die Bevölkerung forderte von den Behörden, unverzüglich Maßnahmen zu ergreifen, um den Fischraub zu beenden. Das isländische Küstenschutzboot Aegir stellte am 12. Mai einen in die Gewässer Islands eingedrungenen britischen Trawler und feuerte vier Schüsse über ihn ab.

THAILAND

Die unter der Führung der Kommunistischen Partei Thailands stehenden Streitkräfte des Volkes haben Ende April bei einem Angriff auf einen Militärkonvoi der thailändischen Armee acht feindliche Soldaten getötet. Angesichts der Ausweitung des bewaffneten revolutionären Kampfes des thailändischen Volkes mußte die Regierung kürzlich zugeben, daß sie 23 Dörfer in den Grenzprovinzen Trang und Phattalung zu „unsicheren Zonen" erklärt hat.

PALÄSTINA

Vermehrte Aktionen und Angriffe auf wichtige Militärobjekte des Feindes kennzeichnen auch in den letzten zwei Wochen den bewaffneten Widerstand der palästinensischen Partisanen. So legte eine Einheit der Patrioten, nachdem sie mutig zwischen den israelischen Streifen hindurch tief in die Militärzone auf den Golanhöhen eingedrungen war, Bomben in der Nähe einer Militärgarage der israelischen Zionisten. In Jerusalem legte eine weitere Einheit, nachdem sie die starken Wachen in einer Straße Jerusalems umgangen hatte, Sprengstoff in einem Gebäude der israelischen Besatzungstruppen und zerstörten es vollständig. Im Gebiet Jenin jagten die Partisanen ein Waffenlager in die Luft und in Nablus griffen sie erneut den Sitz des israelischen Militärgouverneurs an.

BERICHTIGUNG

In der Ausgabe des ROTEN MORGEN vom 27. 3. 1976 (Nr. 13) veröffentlichten wir Auszüge eines Interviews der Zeitschrift „Democratie Nouvelle" mit Abilio Araujo, Mitglied des ZK der FRETILIN und Staatsminister der Demokratischen Republik Osttimor. **„Democatie Nouvelle" ist das Organ der „Revolutionären Organisation 18. Mai" Haitis, die unter der Führung der „Partei der Arbeiter Haitis/Marxisten-Leninisten steht.**

SPENDET FÜR DEN AUFBAU DES BEFREITEN KAMBODSCHA!
Vorstand der KPD/ML
— Spendenkonto —
Stadtsparkasse Dortmund
Kto.-Nr. 321 004 547
Stichwort: KAMBODSCHA



Spanien

PROLETÁRIOS DE TODOS OS PAÍSES POVOS E NAÇÕES OPRIMIDAS UNI-VOS!
BANDEIRA VERMELHA
ÓRGÃO CENTRAL DO PARTIDO COMUNISTA PORTUGUÊS (RECONSTRUÍDO)

Portugal

REVOLUTIONÄRE ZEITUNGEN FÜR DIE AUSLÄNDISCHEN KOLLEGEN

Lieber Leser des ROTEN MORGEN!

Die abgebildeten Zeitungen, aber auch andere Zentralorgane der Bruderparteien der KPD/ML sowie weitere revolutionäre Zeitschriften von befreundeten ausländischen Organisationen können über die „Gesellschaft für die Verbreitung des wissenschaftlichen Sozialismus" (GewiSo) bezogen werden. Wir bitten insbesondere auch die ausländischen Kollegen auf diese Möglichkeit hinzuweisen. Die Zeitungen sind nur im Abonnement erhältlich.

Bestellungen bitten wir zu richten an: **Gesellschaft für die Verbreitung des wissenschaftlichen Sozialismus, 2 Hamburg 11, Postfach 11 16 49.**

Italien

PROLETARI DI TUTTI I PAESI, UNITEVI!
nuova unità

Türkei



HÖRT DIE REVOLUTIONÄREN SENDER

RADIO TIRANA

UHRZEIT	WELLENLÄNGE
1. Programm	
13.00-13.30	32 m und 41 m (KW)
16.00-16.30	32 m und 41 m (KW)
19.00-19.30	41 m und 50 m (KW)
2. Programm	
14.30-15.00	32 m und 41 m (KW)
18.00-18.30	32 m und 41 m (KW)
21.30-22.00	41 m und 50 m (KW) und 215 m (MW)
3. Programm	
6.00- 6.30	41 und 50 m (KW) und 215 m (MW)
23.00-23.30	41 m und 50 m (KW) und 206 m (MW)

32 m entspricht 9,26 MHz (KW)
41 m entspricht 7,23 MHz (KW)
50 m entspricht 5,95 MHz (KW)
215 m entspricht ca. 1400 KHz (MW)

RADIO PEKING

Uhrzeit	Wellenlänge		
19.00-20.00	31,7 m, 42,7 m und 38,5 m (KW)	31,7 m entspricht	9,46 MHz (KW)
		42,7 m entspricht	7,01 MHz (KW)
21.00-22.00	ebenso	38,5 m entspricht	7,78 MHz (KW)

Ist man gegen Erdbeben machtlos?

Korrespondenz – Als sich in Norditalien das schwere Erdbeben ereignete, das Hunderte Tote, Tausende Verletzte gefordert und Zigtausende Menschen obdachlos gemacht hat, waren wir gerade im Urlaub in Südtirol. Jetzt, nach dem Erdbeben spielen sich die Behörden als selbstlose Helfer auf – obgleich noch nicht die Schäden des Erdbebens von 1968 beseitigt sind. Die Zeitungen bejammern das Unglück und stellen die Bevölkerung als hilflos, verzweifelt und unwissend dar, die ihre einzige Hoffnung jetzt im Staat sehen würde.

Allerdings hat dieses Erdbeben viel Leid über die Menschen gebracht, Familien vernichtet, die Existenz Vieler zerstört. Es ist jetzt schon sicher, daß all die betroffenen werktätigen Menschen, wenn erst einmal die Sensationsgier der Zeitungen und das Propagandageschrei der Behörden vorbei ist, ihr Schicksal allein zu tragen haben. Die Frage, die sich viele Menschen hier stellen, ist: Muß es zu solchen Katastrophen kommen?

Es muß nicht. Selbst die reaktionäre Zeitung „Dolomiten" in Südtirol muß in ihrer Ausgabe vom 12. Mai zugeben, daß in der Volksrepublik China die Erdbebenforschung und entsprechende Vorhersage am weitesten auf der Welt ist, so daß z. B. 1975 Zigtausende Menschen gerettet wurden, weil in Liaoning ein Erdbeben bereits 1 Jahr im voraus angekündigt worden ist. Warum aber ist so etwas nicht in Italien möglich? Weil eine solche Forschung Aufwände und vor allem Beteiligung der Volksmassen bei den Beobachtungen verlangt. Und das ist eben nur möglich in einem Land, wo die Arbeiterklasse an der Macht ist, wo das Leben der werktätigen Menschen und ihre Interessen im Mittelpunkt stehen. Die Zeitung „Dolomiten" aber besitzt die Frechheit, den Zigtausenden Betroffenen ins Gesicht zu sagen: In Italien lohnt sich solche Forschung nicht. „Der Aufwand von Beobachtungen für Erdbebenvorhersagen lohnt sich sicherlich nur in den Zonen der Erde, die besonders gefährdet sind." Dazu aber gehört Italien nach Meinung der Zeitung eben nicht. Ein paar tausend Menschenleben und Opfer lohnen sich eben nicht. Und die Zeitung spricht noch offener ihre direkten Befürchtungen bei Vorhersagen von Erdbeben aus: Es „wird wahrscheinlich das Wirtschaftsleben einer Region, die einige Monate später von einem Erdbeben betroffen sein soll, völlig lahmgelegt." Im Kapitalismus ist die Sicherung der werktätigen Bevölkerung vor Erdbeben eben keine Frage der Sorgen um die Bevölkerung, sondern eine reine Kostenfrage für die herrschende Kapitalistenklasse. Was sind für sie Tausende Menschenleben gegen ihren Profit, den sie sich sichern wollen.

Erneuter Anschlag auf Buchladen der KPD/ML

Auf den Buchladen „Ernst Thälmann" in Hamburg-Wilhelmsburg, der zugleich Kontaktstelle und Treffpunkt der KPD/ML ist, wurde vor kurzem ein Anschlag verübt. Die Schaufensterscheibe wurde nachts mit Steinen eingeworfen.

Wer die Steine geworfen hat, kann nicht sicher festgestellt werden. Daß die Revisionisten der D„K"P diesen Anschlag jedoch zumindest begrüßten, konnte man zwei Abende später hören, als die SDAJ in der nebenanliegenden Gaststätte „Stübens Gesellschaftsräume" ein „Rock-Festival" feierte. Da kamen angetrunkene SDAJler mit der Bierflasche in der Hand und D„K"P-Abzeichen am Revers am Laden vorbei, versuchten die vorgenagelten Holzplatten herunterzureißen und meinten sinngemäß: „Das wurde aber auch Zeit, daß dieser Chaoten-Faschistenladen mal endlich zu Bruch ging!" Zur Rede gestellt freuten sie sich hämisch über den Schaden.

Ganz anders die vorbeikommende Bevölkerung, die das als große Schweinerei empfand und uns mit Hinweisen half, um den genauen Zeitpunkt des Anschlages herauszufinden. Ein Nachbar hat unsere Telefonnummer aufgeschrieben, um besser eingreifen zu können, falls ein weiterer Anschlag erfolgen sollte.



Das zerstörte Schaufenster des Parteibüros

Faschisten unterm Heiligenschein

In Westdeutschland breitet sich in den letzten Jahren eine Organisation aus, die bereits in vielen kapitalistischen Ländern Fuß gefaßt hat. Sie firmiert unter den Namen „Vereinigungskirche", „Föderation für Weltfrieden und Vereinigung", als „CARP" und ist allgemein bekannt unter dem Namen „Mun-Sekte".

3 000 Mitglieder hat diese Organisation nach eigenen Angaben in Westdeutschland gewonnen. Worin der besondere Charakter dieser „Religions-Sekte" liegt, zeigen ihre Flugblätter, die sie verteilt. „Aufruf gegen den Kommunismus" ist der Titel, ein anderer „Kommunismus ist Faschismus", ein nächster, in Millionenauflage verbreitet: „Betet! Fastet! Handelt! Gegen den Kommunismus!" Hinter diesem neuen „Kreuzzug gegen den Kommunismus" steckt nichts anderes als eine offen faschistische Organisation.

Der neue „Messias" dieser Organisation ist der in Korea geborene San Myung Mun, der es inzwischen zum vielfachen Multimillionär gebracht hat und sich in einem eigenen Schloß in den USA anbeten läßt. Die Versprechungen, mit denen diese Sekte lockt, sind nicht gering: Zwar muß sämtlicher Besitz an die Organisation abgegeben werden, die Mitglieder erhalten Reisbrei und Haferschleim, aber dafür gibt es „Höheres": Man erlangt „Hellsichtigkeit", man lernt „auserlesene himmlische Musik" zu hören und erhält Kontakt mit den „höchsten Regionen der geistigen Welt". Es lohnt sich in der Tat, diese Gesellschaft etwas mehr unter die Lupe zu nehmen. Denn was da so hochtrabend „höchste Region der geistigen Welt" genannt wird, mit der man Kontakt erhalten soll, ist in Wirklichkeit recht irdischer Natur: der CIA.

Im Jahr 1936 begann San Myung Mun als abgebrochener Student seinen Betrug. Eine dreimalige strafrechtliche Verurteilung als Sexualverbrecher hinderte ihn nicht daran, sich zum „Messias" der Menschheit zu ernennen. Besonders angetan hatten es ihm die US-Imperialisten, die damals über Korea herfielen und das Land spalteten. Mun setzte seine Gruppen zugleich als sogenannte „Aufklärungsgruppen gegen den Kommunismus" ein. Da wurde er selbst den US-Imperialisten heilig. Sein finanzieller Aufstieg war seither ebenso gesichert wie breiteste Unterstützung bei der Ausweitung seiner konterrevolutionären Machenschaften. Inzwischen ist er Aufsichtsrat mehrerer Konzerne, in denen seine Anhänger wie Sklaven für ihn schuften müssen. Dazu gehört die Tongil Industrial Co., die leichte Waffen herstellt, die Titanium Industria Co. (Titan wird für die Rüstung gebraucht), die Ilwa Pharmazeutical Co., die die in vielen Zeitungsanzeigen gepriesenen Ginseng-Wurzeln vertreibt und viele andere. Eine der Hauptaufgaben der CARP-Kirche ist daher natürlich auch der weltweite Verkauf der „heiligen Produkte", um für Mun die Millionen heranzuschaffen. Auch in Frankfurt, dem Hauptsitz der CARP in Westdeutschland, gibt es einen solchen Verkaufsladen. Muns Gesamtvermögen wird auf zig Millionen geschätzt.

Der stellvertretende „Messias", Bo Hi Pak, was soviel heißt wie „Hauptmann Gottes", ist da schon mehr Hauptmann als heilig. Er baute den südkoreanischen Geheimdienst der Faschisten in Seoul auf, arbeitete als Militärattaché in Washington und verfügt über außerordentliche Kontakte zum CIA. Er ist Vorsitzender der faschistischen „Koreanischen Kultur- und Freiheitsgesellschaft" (KCFF) und war auch in Vietnam aktiv an der psychologischen Kriegsberatung beteiligt. Rechtsberater der KCFF ist Robert Amory, ehemaliger Vizedirektor für Nachrichtenbeschaffung im CIA. Von gleicher Sorte ist der Vorsitzende der CARP-Kirchensektion in Japan, Sasagawi Ryoichi. Nach Gründung einer faschistischen Partei 1931 in Japan flog er 1939 nach Rom und bereitete mit Mussolini den Pakt der faschistischen Achsenmächte Deutschland-Italien-Japan vor. Nach dem Krieg stieg er vorerst ins Wett- und Glückspiel-Geschäft ein, um sich schließlich wieder seinem eigentlichen Geschäft zuzuwenden: Er gründete die „Internationale Föderation für die Ausmerzung des Kommunismus", die schließlich 1970 in der „World Anticommunist League", der „Antikommunistischen Weltliga", aufging. Letztere ist natürlich wiederum heilig und der CARP-Kirche angeschlossen. Ryoichi ist übrigens auch dadurch bekannt, daß er wesentlich den faschistischen CIA-Putsch gegen Sukarno in Indonesien 1965 organisierte, bei dem Hunderte Revolutionäre ermordet wurden. Unter anderem hat er einen Vorstandsposten in der Welt-Karate-Föderation und mischt auch bei der All-Nippon-Airways mit. Mit zur Partie gehören da auch Leute wie der CIA-Spezialist William Blatty, der in Nordvietnam konterrevolutionären Machenschaften nachging und mit Sprüchen „Jungfrau Maria hat Nordvietnam verlassen" Unruhe zu stiften suchte. Eben dieser Blatty ist übrigens zugleich der Autor des Buches zu dem dekadenten Film: „Der Exorzist".

An der „Antikommunistischen Weltliga" sind wiederum neben der CARP-Kirche offen faschistische Banden wie „Antibolschewistischer Block der Nationen", der „Christliche Antikommunistische Kreuzzug" und nicht zuletzt das „Komitee zur Verteidigung der christlichen Kultur", dem neben spanischen Faschisten auch westdeutsche CDU-Politiker angehören. Der Chef dieser „Antikommunistischen Weltliga" der Sektion Taiwan, das von der Tschiang-Kai-Tschek-Clique besetzt gehalten wird, ist übrigens der Schwiegersohn von Tschiang Kai Tschek. Und in Südkorea ist der Sektionschef Admiral Son Won Yil, der als Botschafter nach Westdeutschland geschickt wurde.

In Westdeutschland gehören zu dieser erlauchten Gesellschaft Prof. Oberländer als Sektionspräsident, der frühere Vertraute des Nazi-Führers Heß sowie unter anderen Kurt Ziesel, Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung. Und dazu gehört natürlich auch Paul Werner, der Präsident der CARP-Vereinigungskirche in Westdeutschland.

Werner, der schon mehrfach von Eltern wegen Menschenraub angezeigt worden ist, weil er Jugendliche, die er mit seinem Religionsbetrug hat blenden können, entführt hatte, residiert auf einem Bauernhof im Taunus. Er, der früher Häusermakler war, läßt allen Besitz der Sektenmitglieder auf seinen Namen überschreiben. Auf seinen Namen läuft auch der Frankfurter Verkaufsladen der Mun-Sekte sowie eine Druckerei in Walldorf in Hessen, wo die CARP-Schriften für die antikommunistischen Hetzkampagnen gedruckt werden.

Inzwischen hat diese Faschistenbande auch in Westdeutschland reichhaltige Verbindungen zu Finanzkreisen und verfügt für ihre Hetzpropaganda über beliebig viel Geld. Natürlich gehört ihr wie allen offen faschistischen Organisationen die Unterstützung des kapitalistischen Staatsapparates. Wo zum Beispiel fortschrittliche Menschen gegen die faschistische Hetze im Heiligenschein vorgehen, ist stets die Polizei zur Stelle, um die Faschisten zu beschützen.

Obwohl diese Bande von offenen Faschisten geführt wird, die praktisch direkt eine Abteilung des CIA bilden und bereits schwerste Verbrechen gegen die Völker begangen haben, gelingt es ihnen dennoch, Mitglieder zu gewinnen. Der Grund dafür besteht in zweierlei: Zum einen haben sie ein ganzes Gewirr von Organisationen aufgebaut, von scheinbar rein religiösen Gruppen bis zu direkten Agententrupps, das schwer durchschaubar ist. Zum anderen aber, und das ist das Entscheidendere, kleiden diese Verbrecher ihre konterrevolutionäre Tätigkeit in einen Heiligenschein. Sie geben damit erneut ein Beispiel dafür, daß die Religion ein Mittel im Dienste des Imperialismus und der finstersten Reaktion ist, das dazu dient, das Volk zu unterdrücken, ein Rauchvorhang, hinter dem im Namen der „Menschlichkeit" übelste Verbrechen gegen die Völker begangen werden.

Abonniert das Zentralorgan der KPD/ML

Verlag
G. Schneider
Postfach 30 05 26

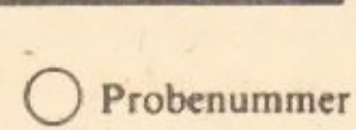
4600 Dortmund 30

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt Euch!
ROTER MORGEN
Zentralorgan der KPD/ML

Hiermit bestelle ich:

Abonnement ab Nr. . . . . .

○ für 1 Jahr ○ für 1/2 Jahr ○ Probenummer



Name: ....

Straße: ....

Plz/Ort: ....

Unterschrift .... Datum ....

(Bitte deutlich in Druckbuchstaben schreiben).

Die Zahlung erfolgt:

○ jährlich DM 30,-- ○ halbjährlich DM 15,-- ○ vierteljährlich DM 7,50

Die jeweiligen Gebühren sind im voraus zu überweisen auf das Postscheckkonto Dortmund Nr. 236 00 – 465 oder Bankkonto Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 004 911. Das Abonnement verlängert sich jeweils um 1 bzw. 1/2 Jahr, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird.

Parteibüros der KPD/ML

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD/ML und der ROTEN GARDE, Jugendorganisation der KPD/ML. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen. Über die Parteibüros können auch Literatur aus der VR China, der VR Albanien und Veröffentlichungen des Verlages ROTER MORGEN bezogen werden.

○ Ich möchte besucht werden. Ich bitte um Informationsmaterial ○

(Bitte ankreuzen und an das nächstgelegene Parteibüro einsenden).

Zentrales Büro, Redaktion ROTER MORGEN und Landesverband (LV) NRW: 46 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231 / 43 36 91 und 43 36 92. Öffnungszeiten: Mo-Fr 15-18, Sa 10-14 Uhr.

PARTEIBÜROS:

LV Wasserkante, Hamburg, Buchladen „Roter Morgen", Stresemannstr. 110, Tel.: 040/4399137. Öffnungszeiten: Mo-Fr 15.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.

LV Niedersachsen, Hannover, Elisenstr. 20, Tel.: 0511/44 51 62. Öffnungszeiten: Di und Do 16.30 bis 19.00, Sa 9-13 Uhr.

LV Südwest, Mannheim, Lortzingstr. 5, Tel.: 0621/376744. Öffnungszeiten: Mo-Fr 17.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.

LV Bayern, München, Buchladen „Roter Morgen", Maistr. 69, Tel.: 089/53 59 87. Öffnungszeiten: Mo-Fr 14.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

LV Baden-Württemberg, Stuttgart, Buchladen „Roter Morgen", Haußmannstr. 107, Tel.: 0711/432388. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

Sektion Westberlin, Berlin 65 (Wedding), Buchladen „Roter Morgen", Schererstr. 10, Tel.: 030/4652807. Öffnungszeiten: Mo-Fr 14.30-18.30, Sa 10-14 Uhr.

Bielefeld, Buchladen „Roter Morgen", Sudbrackstr. 31. Öffnungszeiten: Mo, Do und Fr 16.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

Bochum, Buchladen „Roter Morgen", Dorstener Str. 86, Tel.: 0234 / 51 15 37. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16-19, Sa 10-13 Uhr.

Bremen-Walle, Waller Heerstr. 70. Öffnungszeiten: Do und Fr 16.00-19.00, Sa 9-13 Uhr.

Duisburg-Hochfeld, Paulusstr. 36. Öffnungszeiten: Mi und Fr 16.00-18.30, Sa 10-13 Uhr.

Frankfurt, Buchladen „Roter Morgen", Burgstr. 78

Kiel, „Thälmann-Buchladen", Reeperbahn 13. Tel.: 0431/74762. Öffnungszeiten: Mo-Fr 15.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.

Köln, (Köln 91), Buchladen „Roter Morgen", Kalker Hauptstr. 70, Öffnungszeiten: Di-Fr 15.00-18.30 Sa 9-13 Uhr. Tel.: 0221 / 85 41 24.

Lübeck, Buchladen „Roter Morgen", Schlumacherstr. 4. Öffnungszeiten: Mo, Mi und Fr 16.30-18.30 Uhr.

Münster, Buchladen „Roter Morgen", Bremer Platz 16. Tel.: 0251/65205. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16.00-18.30, Sa 11-14 Uhr.

VERANSTALTUNG DER ROTEN GARDE

DETMOLD

„Albanien – Leuchtfeuer des Sozialismus in Europa"

– am 29. 5. 76 um 16 Uhr in der Jugendbegegnungsstätte Höxter, Henneckenstr. 15 (mit Film und Albanienausstellung)

– am 30. 5. 76 um 19.30 Uhr Treffpunkt Detmold Markplatz (mit Film)